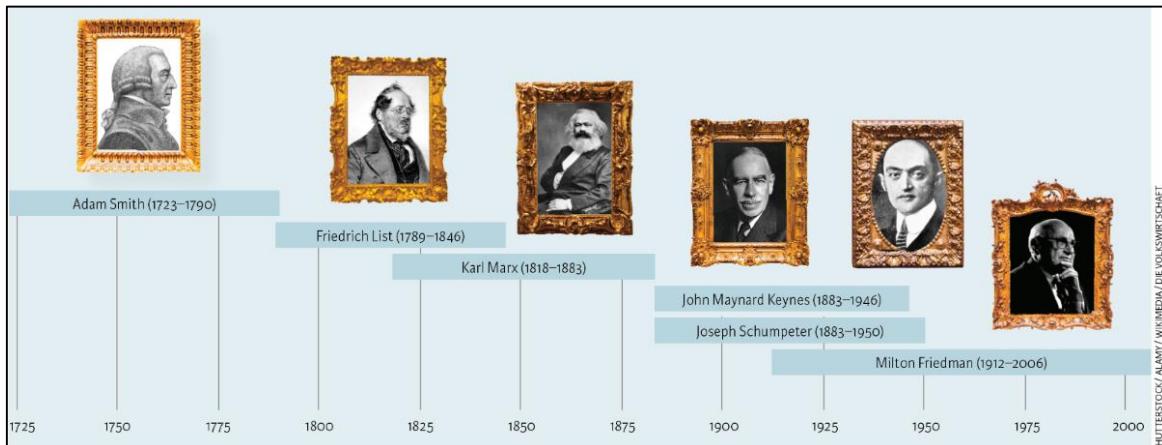
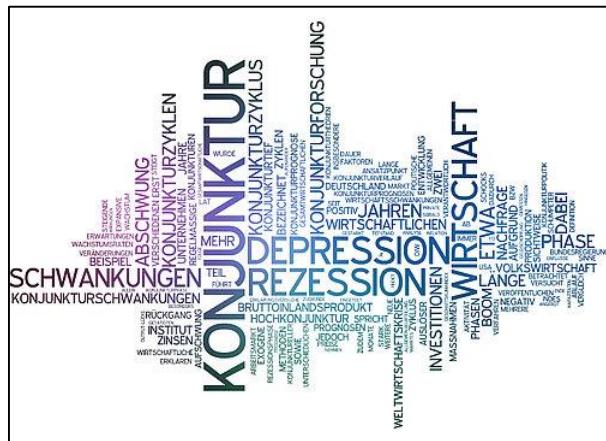


MAKROÖKONOMIE

2024-2025

Prof. Dr. Kurtar Tanyılmaz



“Wir leben nicht, um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um gut zu leben.”

Inhaltsverzeichnis

1- Aktuelle Probleme der Wirtschaft

2- Wirtschaftswissenschaften und Makroökonomie

3- Unterschiedliche Theorieansätze

4- Makroökonomische Themenbereiche

4.1- Betrachtung des gesamten Kreislaufs

4.2- VGR und Grundformen der Berechnung des BIP

4.3- Kritik des BIP als Wohlstandsmaßstab

4.4- Wachstums- und Konjunkturschwankungen

4.5- Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung

4.6- Geldmarkt, Zinsen und Kredite

4.7- Inflation, Preisniveau, Deflation

4.8- Außenbeziehungen der Wirtschaft

5- Wirtschaftspolitik

5.1- Wirtschaftspolitische Ziele

5.2- Geldpolitik

5.3- Fiskalpolitik

5.4- Angebots- und nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Theorien

Anhang: Lesetexte

1-Aktuelle Probleme der Wirtschaft

In der Makroökonomik werden gesamtwirtschaftliche Entwicklungen bzw. Probleme dargestellt und untersucht. Es geht um Konjunkturschwankungen, Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und andere Phänomene (siehe: Lesetext)

Probleme

- Wirtschaftskrisen
- Arbeitslosigkeit
- Einkommenverteilung
- Inflation
- Verschuldung (Staats-, Unternehmens- und Haushaltsverschuldung)
- Ungleiche regionale/internationale Entwicklung

Zentrale makroökonomische Fragestellungen

- Welche Faktoren bestimmen den Lebensstandard eines Landes?
- Welcher Zusammenhang besteht zwischen Nachfrage und Produktion? Bestimmt die Nachfrage die Produktion?
- Wie kann das gesamtwirtschaftliche Wachstum erhöht werden?
- Wie kann Arbeitslosigkeit erklärt werden?
- Wie wirkt eine Ausweitung der Geldmenge auf den Gütermarkt und/oder den Arbeitsmarkt?
- Welchen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben außenwirtschaftliche Einflüsse (Außenhandel, Kapitalströme)?
- Wie lassen sich unterschiedliche Einkommensentwicklungen in unterschiedlichen Ländern erklären?
- Welche Maßnahmen zur Förderung eines schnelleren Wachstums sollten die armen Länder ergreifen?
- Welche Rolle spielt die Wirtschaftspolitik?

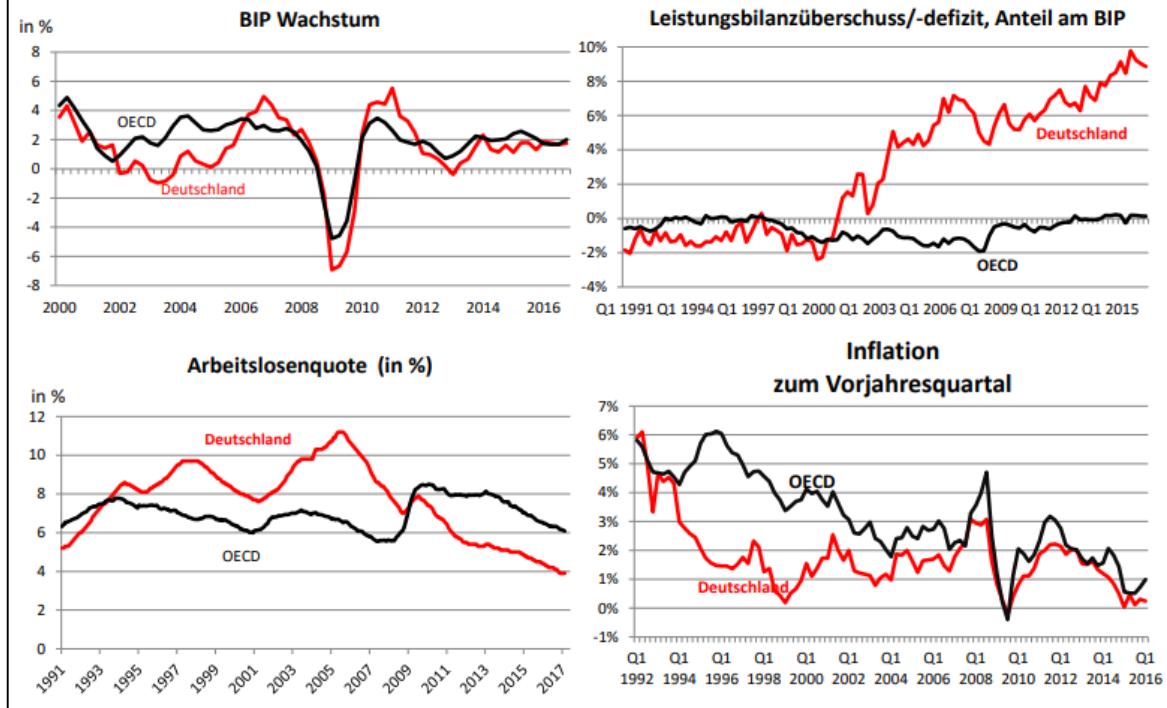
Ziele bei der Analyse der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen

- Wohlstand (materiell: hoher Lebensstandard, gesundheitlich: hinreichende Grundversorgung, Krankenversicherung, geistig: Selbstverwirklichung)
- Wachstum (eine Zunahme der Wirtschaftsleistung (je Land, Region oder global) im Zeitablauf)
- Preisniveaustabilität (stabiles Einkommen)
- Beschäftigung (Arbeitsplatzsicherheit)

Kennzahlen bzw. Variablen

- Bruttoinlandsprodukt (BIP)
- Arbeitslosenquote
- Inflationsrate
- Leistungsbilanz

Aktuelle Makroökonomische Situation



IW-Prognose für Deutschland 2025

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2023	2024	2025
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,7	0,2	-0,1
Arbeitslosenquote	5,7	6,0	6,2
Arbeitsvolumen	0,4	0,0	-0,4
Produktivität	-0,6	-0,2	0,5
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2	0,1
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	-0,4	0,2	0,4
Konsumausgaben des Staates	-0,1	2,0	1,0
Anlageinvestitionen	-1,2	-3,0	-0,8
- Ausrüstungen	-0,8	-5,9	0,0
- Sonstige Anlagen	4,7	4,0	2,0
- Bauten	-3,4	-3,7	-2,3
Inlandsnachfrage	-0,4	-0,4	0,4
Export	-0,3	-0,5	0,3
Import	-0,6	-1,0	1,0
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	5,9	2,1	2,1
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo	-2,6	-2,2	-2,0

Arbeitslosenquote: registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen;
Produktivität: reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigkeitenstunde;
Finanzierungssaldo: in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd



Sinkendes Wachstum der Arbeitsproduktivität

Lange Frist graphisch

Lange Frist:

- Welche Faktoren beeinflussen die langfristige Wachstumsrate (Trendwachstum des Produktionspotentials), so dass die Wirtschaft bei gegebener Ressourcenausstattung (Arbeit, Kapital, natürliche Ressourcen weiter wächst? Antwort: neue Technologien steigern die Produktivität

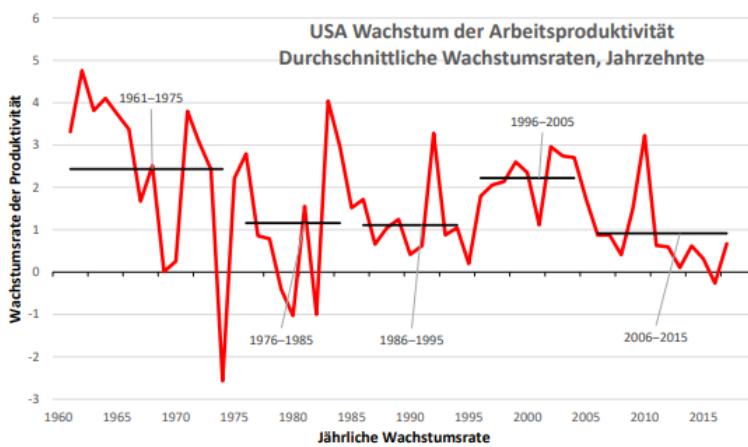
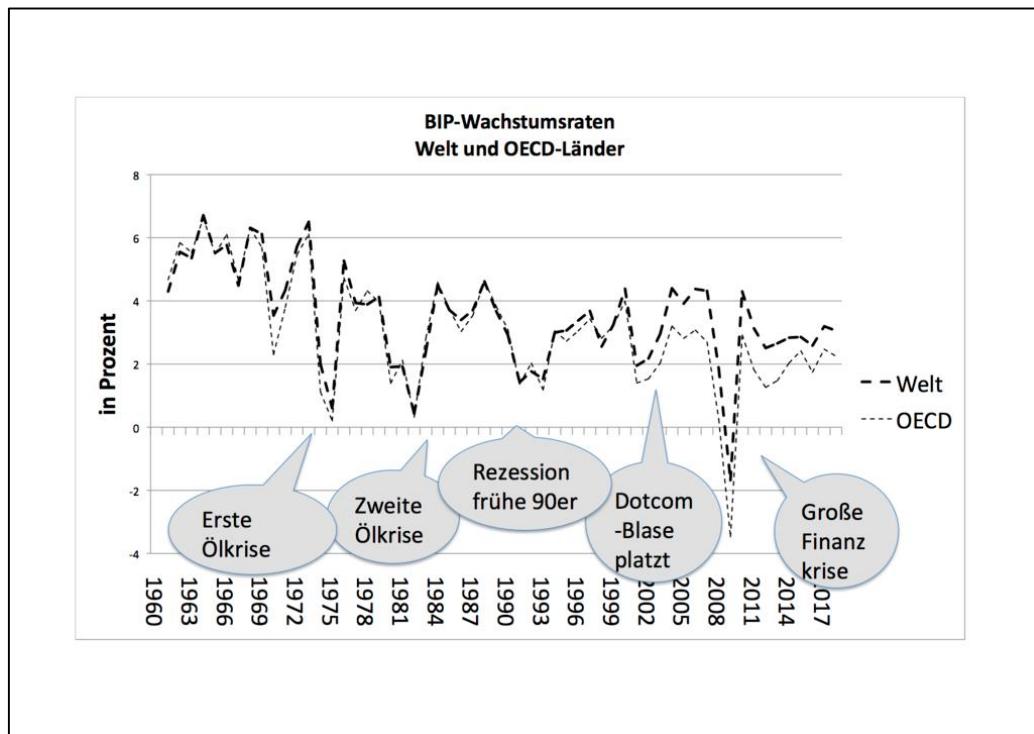


Abbildung 1.2:
Jährliche und durchschnittliche Wachstumsrate der Produktivität der Vereinigten Staaten

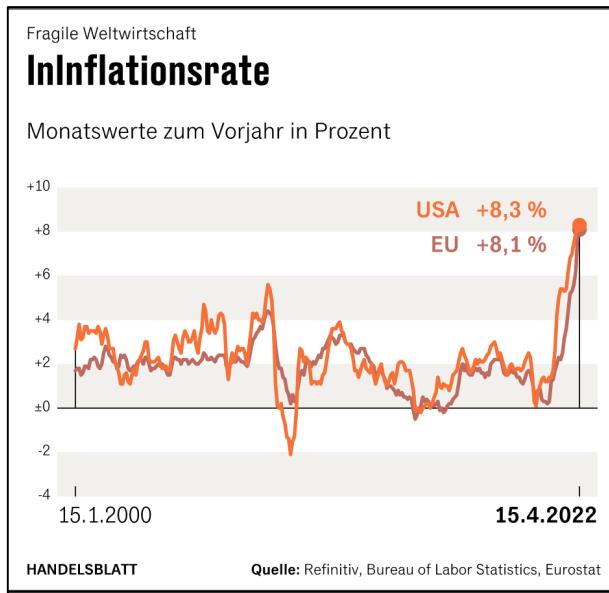
Die durchschnittliche Wachstumsrate der Produktivität in den Vereinigten Staaten ist seit Mitte der 90er Jahre angestiegen.

Quelle: Blanchard/Illing (2017)

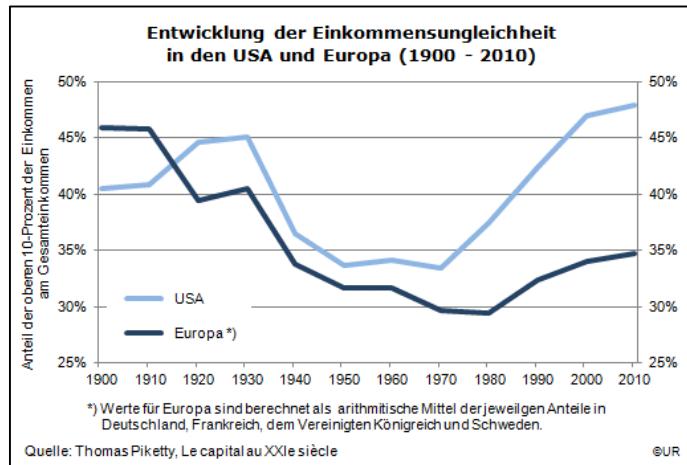
Sinkende Wachstumsraten



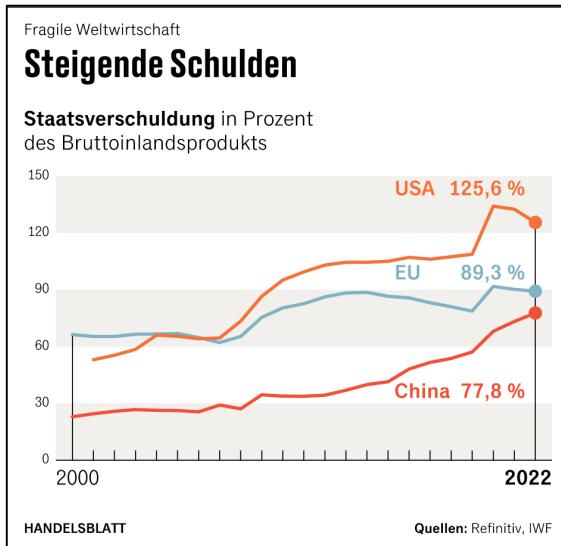
Erhöhung des Preisniveaus



Ungleiche Entwicklung der Einkommen

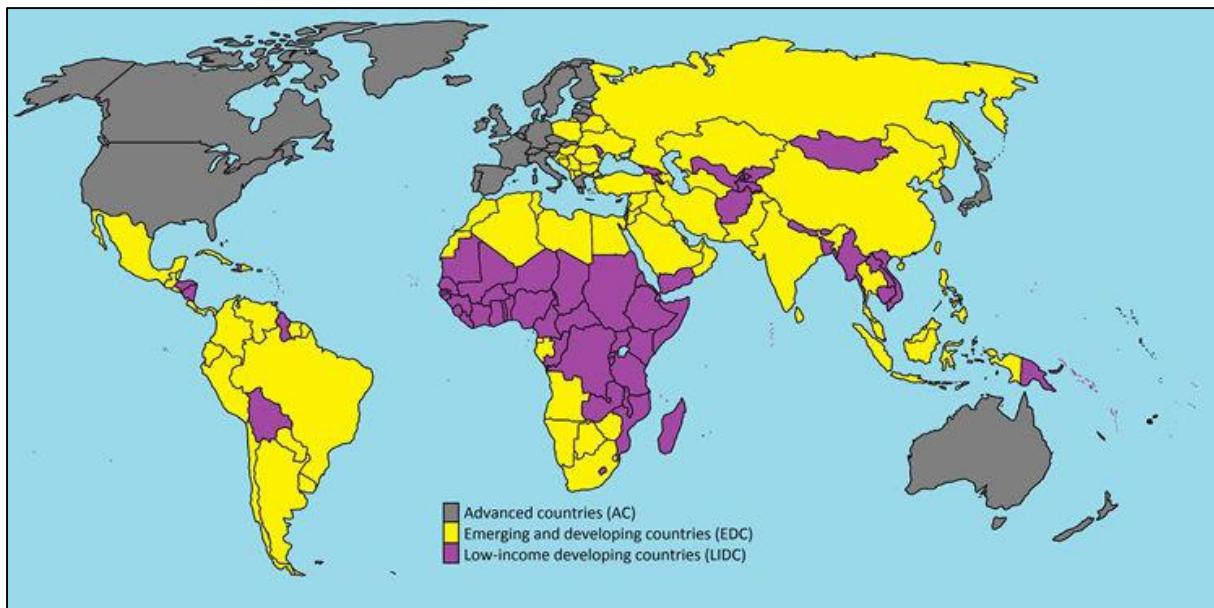


Steigende Staatsverschuldung



Ungleiche Entwicklung der Nationalökonomien





2- Wirtschaftswissenschaften und Makroökonomie

Womit beschäftigt sich die ökonomische Theorie?

Die ökonomische Theorie (Wirtschaftswissenschaften - Volkswirtschaftslehre - Politische Ökonomie) umfasst alle Versuche, wirtschaftliche Erscheinungen (Phänomene) - z.B. Wert, Preis, Verteilung, Konsum, Beschäftigung - systematisch zu erklären.

Drei Grundfragen, die die Volkswirtschaftslehre stellt und um deren Beantwortung sie sich bemüht:

- Wie wird die arbeitsteilig organisierte Volkswirtschaft gesteuert?
- Nach welchen Regeln verteilt sich das volkswirtschaftliche Gesamteinkommen auf die Löhne als Einkommen aus der Arbeit, auf Zinsen, Mieten und andere Formen arbeitslosen Einkommens aus Vermögensbesitz und auf die Unternehmergevinne?
- Welche Ursachen führen zu Konjunkturschwankungen?

Die Volkswirtschaftslehre fragt also nach den Ursachen für ein bestimmtes wirtschaftliches Verhalten und für wirtschaftlichen Probleme.

Eine moderne Volkswirtschaft ist sehr komplex. Um sie zu analysieren, konzentrieren sich Ökonomen auf drei wesentliche Ebenen: Einzelentscheidungen, Märkte und die Gesamtwirtschaft.

An einem Beispiel lässt sich die Relevanz der oben beschriebenen drei Untersuchungsebenen illustrieren: Wenn Sie einen Job suchen, dann entscheiden Sie zunächst einmal ganz individuell, unter welchen Bedingungen (Entschädigung, Arbeitsweg, Alternativen) Sie bereit wären, Ihre Arbeitskraft anzubieten. Wenn Sie sich dann bewerben, begeben Sie sich sozusagen auf den Arbeitsmarkt, wo Sie in Konkurrenz mit anderen ihre Arbeitskraft anbieten und Unternehmen diese nachfragen. Die Erfolgsschancen, die Sie dann auf diesem

Arbeitsmarkt haben, werden schließlich zu einem guten Teil von gesamtwirtschaftlichen Faktoren wie der Konjunkturlage oder der Arbeitslosenquote mitbestimmt.

Was sind die Kernbereiche der Wirtschaft?

Die Wirtschaft zeichnet sich durch 3 Kernbereiche aus:

Produktion – Distribution – Konsumtion.

Konsumtions-, Distributions- und Produktionsbereich sind in starkem Maße interdependent.

Beispiel: Autoindustrie. Sinkende Produktionstätigkeit → Auswirkungen auf Zulieferunternehmen, Groß- und Einzelhandel, Reparaturwerkstätten, Gebietskörperschaften (weniger Einnahmen) und die privaten Haushalte (sinkende Kaufkraft)

Was bedeutet Makroökonomie?

Die **Makroökonomie** (von griechisch *μακρός makros* „groß“; *οἶκος oīkos* „Haus“ und *νόμος nomos* „Gesetz“), auch **Makroökonomik, makroökonomische**

Theorie oder **Makrotheorie**, ist ein Bereich der Volkswirtschaftslehre. Sie beschäftigt sich mit dem gesamtwirtschaftlichen Verhalten der Wirtschaftssektoren, der Analyse der gesamtwirtschaftlichen Märkte und deren Zusammenhängen.

Die Makroökonomie ist **Teil der Volkswirtschaftslehre** und nicht der Betriebswirtschaftslehre. Im Gegensatz zur Mikroökonomie analysiert die Makroökonomie die **gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge** und die Rolle der Märkte aus einer übergeordneten Perspektive. Die Makroökonomie versucht, die wesentlichen Bestimmungsgründe, die internationalen Unterschiede und die zeitliche Entwicklung makroökonomischer (gesamtwirtschaftlicher) Schlüsselvariablen, wie zum Beispiel gesamtwirtschaftliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Gesamteinkommen, Arbeitslosigkeit, Inflation und Zahlungsbilanz, zu erklären.

Was ist die Aufgabe der Makroökonomie?

Aufgabe der Makroökonomie ist es zu erklären, wie sich die Entscheidungen von Unternehmen, Haushalten und Staat gesamtwirtschaftlich auswirken.

- Wie kommt es zu Konjunkturschwankungen, Arbeitslosigkeit und Inflation?
- Welche Rolle spielt das Geld?

Welche makroökonomischen Analyseverfahren gibt es?

Partialanalyse: isolierte Untersuchung von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen

Änderung einer exogenen Variable → Wirkung auf endogene Variable, während alle nicht betrachteten Veränderlichen als konstant angenommen werden (*ceteris paribus*)

z.B. Wechselwirkungen zwischen Preis und Nachfrage auf einem Gütermarkt

Totalanalyse: Interdependenz aller relevanten ökonomischen Größen betrachtet (ohne *ceteris-paribus* Annahme)

alle Märkte (Güter-, Geld-, Wertpapier- und Arbeitsmarkt). Dient als Grundlage für Diagnose, Prognose und Stabilisierungspolitik

Welche sind die wichtigsten makroökonomischen Kennzahlen?

Kennzahlen sind ein **bestimmtes Maß für eine quantitativ festgelegte Größe**. Aufgrund dieses Maßes können Zustände oder Prozesse bewertet werden. Die wichtigsten makroökonomischen Kennzahlen sind:

- Bruttoinlandsprodukt (Die Wirtschaftsleistung der gesamten Volkswirtschaft)
- Arbeitslosenquote (Der Anteil der Arbeitnehmer in der Volkswirtschaft, der in keinem Beschäftigungsverhältnis steht, der aber auf der Suche nach Beschäftigung ist)
- Inflationsrate (Die Rate, mit der in der betrachteten Volkswirtschaft das durchschnittliche Preisniveau aller Güter im Zeitverlauf zunimmt)
- Kapitalmarktzins (Zins für langfristige Kredite oder für langfristige Wertpapiere)
- Wechselkurse (das Wert-Verhältnis von zwei Währungen zueinander. Es handelt sich um den Preis einer Währung aus dem Ausland, die man im Inland in die jeweilige Währung tauschen möchte)

Was ist der wirtschaftspolitische Relevanz?

Mittelpunkt makroökonomischer Theorien ist schließlich die Frage nach der Rolle des Staates im gesamtwirtschaftlichen Kontext; aus den Theorien werden Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik abgeleitet. Im Rahmen der Wirtschaftspolitik geht es um Möglichkeiten des staatlichen Eingriffs in die Wirtschaftsordnung und den Wirtschaftsablauf.

- Was sollen Zentralbank und Regierung tun?
- Welche Rezepte gibt es zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme einer Nation?

Was sind die wirtschaftspolitischen Ziele?

1- angemessenes Wachstum, 2- Stabilität des Preisniveaus, 3- außenwirtschaftliches Gleichgewicht, 4- Vollbeschäftigung

Eine durchdachte Wirtschaftspolitik wird sich dabei auf die Erkenntnisse der Wirtschaftstheorie stützen. Regierungen versuchen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen. So werden durch Änderungen bei Steuern, Zinsen oder Staatsausgaben politisch definierte Ziele wie Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und/oder Wirtschaftswachstum angestrebt.

Welche sind die wirtschaftspolitischen Akteure?

Staat, Zentralbank, Unternehmerverbände und Gewerkschaften. Ihr Ziel ist es, wirtschaftliche Fehlentwicklungen (Krisen) mit Hilfe ihrer fiskal- und geldpolitischen Instrumenten zu vermeiden oder sie soweit wie möglich abzuschwächen.

3- Unterschiedliche Theorieansätze

Warum gibt es verschiedene Paradigmen in der Ökonomie?

Konzepte bzw. Ansätze über Wirtschaftswissenschaften ist immer mit Interessen verbunden!

Cui bono?-Frage (Wem nutzt es?)

Was der einzelne Wirtschaftswissenschaftler/in als die Kernfrage seiner/ihrer Disziplin ansieht und welche Ansätze und Ergebnisse er/sie deshalb für wichtig und richtig hält, hängt entscheidend von seinem Selbstverständnis und seinem/ihrem spezifischen Erkenntnisinteresse ab.

In der Makroökonomie existieren verschiedene Erklärungsansätze. Hierbei werden zentrale ökonomische Themenfelder jeweils aus der Perspektive der drei Paradigmen Neoklassik, Keynesianismus und Politische Ökonomie gesondert behandelt. (Lesetext: Vergleich der Ansätze im Überblick)

- 1- Markttheoretischer Ansatz bzw. Neoklassik (A. SMITH)
- 2- Staatsinterventionistischer Ansatz bzw. Keynesianismus (J.M. KEYNES)
- 3- Polit-ökonomischer Ansatz bzw. Marxismus (K. MARX)

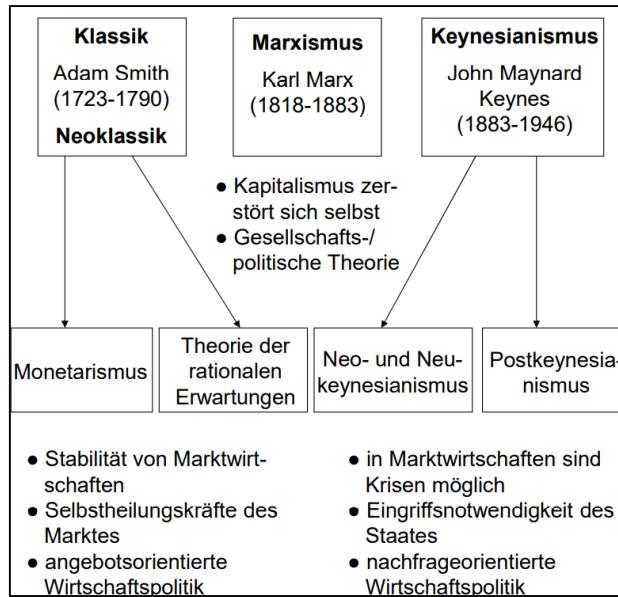
Worin unterscheiden sich Annahmen/Grundstrukturen der drei großen Paradigmen?

Am Anfang steht die Frage nach den Ursachen von Wohlstand, Wachstum, Entwicklung und Krise im Kapitalismus. Die drei Paradigmen liefern sehr unterschiedliche Erklärungen für die Ungleichheiten, die auf globaler, nationaler und lokaler Ebene beobachtet werden können. Daraus ergeben sich divergierende wirtschaftspolitische Implikationen.

Grundfragen:

- Wie erfolgt die Preisbestimmung?
- Welche Kräfte regeln die Einkommensverteilung,
- was bestimmt das Ausmass der Arbeitslosigkeit?

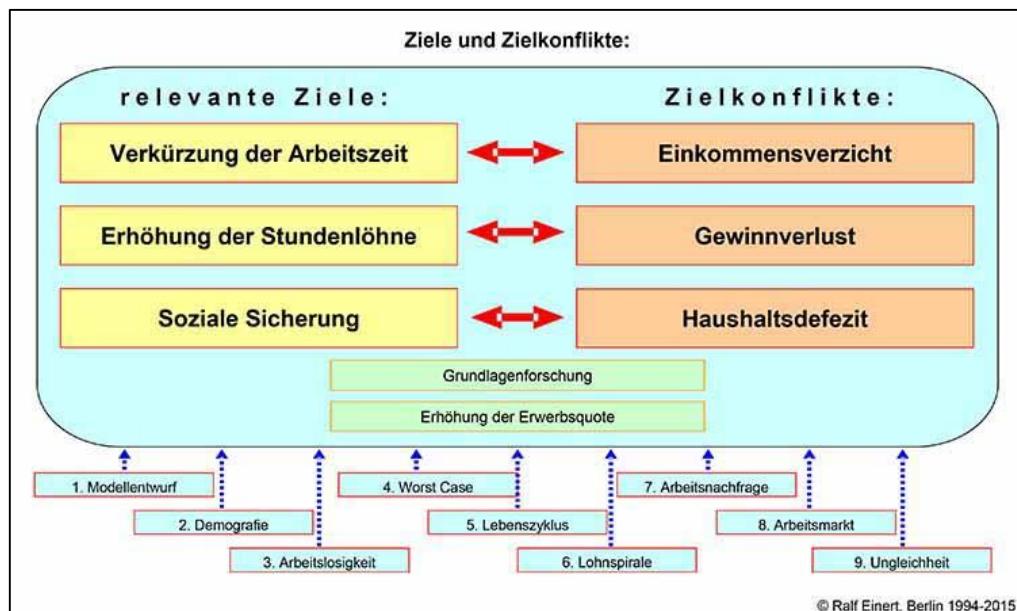
Die Geschichte der ökonomischen Theorie ist damit die Geschichte des systematischen Denkens über wirtschaftliche und soziale Probleme, also der wirtschaftlichen und sozialen Ideen beim Übergang von Feudalismus zum Kapitalismus. (Lesetext: Geschichtliche Entwicklung des Kapitalismus)



Grundfragen:

- Frage nach dem Funktionieren,
- Frage nach der Koordinationsfähigkeit und
- Frage nach der Stabilisierungskapazität des marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systems.

So verschieden die Antworten ausfallen, so unterschiedlich sind auch die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Schlußfolgerungen. Je nach Theorie werden die entsprechenden Vorschläge verschieden sein. Bei Arbeitslosigkeit würde ein Neoklassiker eher auf Lohnsenkungen drängen (Arbeit wird billiger, und die Unternehmer stellen zusätzliche Arbeiter ein). Ein klassisch-Keynesianischer Politischer Ökonom würde, was die lange Frist angeht, Lohnsteigerungen vorschlagen, um die Kaufkraft und damit die effektive Nachfrage zu steigern. Dies wurde zu zusätzlicher Beschäftigung führen. (für weitere Informationen siehe Anhang: Lesetexte!)



4- Makroökonomische Themenbereiche

4.1- Betrachtung des gesamten Kreislaufs

Der Wirtschaftskreislauf ist ein Modell, das die Verbindungen zwischen den Wirtschaftssubjekten für jeden verständlich schematisch darstellt, um die Zusammenhänge einer arbeitsteiligen Wirtschaft besser zu verstehen.

Die Kreislaufanalyse reduziert die verschiedenen Geschäfts- und Austauschbeziehungen, welche in einer Volkswirtschaft miteinander gepflegt werden, auf wenige, überschaubare Größen. Somit kann man sagen, dass sie ein volkswirtschaftliches Modell ist. Überdies werden für das Modell des Wirtschaftskreislaufs verschiedene Annahmen getroffen, welche manchmal mehr, manchmal weniger, logisch erscheinen. Sie sind wichtig, um das Modell zu definieren.

Ökonomische Aktivitäten: Darunter versteht man die Produktion und Verwendung von Gütern, Erzielung und Verwendung von Einkommen sowie die Bildung von Vermögen – „Geldströme“ und „Güterströme“

Güterströme: Waren und Dienstleistungen, Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital)

Geldströme: Einkommen und Ausgaben der Unternehmen/Haushalte

Stromgrößen: Zeitraumbezogene Größe

Bestandsgrößen: Zeitpunktbezogene Größe

Welche Wirtschaftssektoren der Makroökonomie gibt es?

In der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)“ werden **Sektoren durch Zusammenfassung institutioneller Einheiten** gebildet. Unterschieden werden:

- nicht finanzielle Kapitalgesellschaften
- finanzielle Kapitalgesellschaften
- Staat
- private Haushalte
- private Organisationen ohne Erwerbszweck
- die übrige Welt

Eine weitere Unterteilung erfolgt in den **primären Sektor** (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), den **sekundären Sektor** (Waren produzierendes Gewerbe), den **tertiären Sektor** (Handel, Verkehr, Kreditgewerbe, die Versicherungen) sowie sonstige Dienstleistungsunternehmen, den Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Unter einer geschlossenen Volkswirtschaft ist eine Volkswirtschaft ohne Handelsbeziehungen zum Ausland zu verstehen. Demnach sind Exporte und Importe gleich Null. Diese Annahme steht im Widerspruch zur Realität, denn alle modernen Volkswirtschaften haben zahlreiche und komplexe Handelsbeziehungen mit dem Rest der Welt.

Zum besseren Verständnis wird im Folgenden ein Beispiel mit lediglich zwei Protagonisten herangezogen: Die privaten Haushalte (meist Arbeitnehmer) und die Unternehmen. In diesem Modell, welches auch als „**einfacher Wirtschaftskreislauf**“ bezeichnet wird, stellen die

privaten Haushalte zuerst die **Produktionsfaktoren** (Arbeit, Boden und Kapital) den Unternehmen zur Verfügung, aus denen dann die Güter hergestellt werden.

Dafür erhalten die privaten Haushalte den Geldstrom **Entlohnung** von den Unternehmen. Diese Entlohnung nutzen die privaten Haushalte dann komplett, um alle **hergestellten Güter zu konsumieren**. Dies führt dazu, dass der Kreislauf wieder geschlossen ist.

In der Realität verkonsumieren die privaten Haushalte aber nicht den gesamten Lohn, sondern **sparen einen Teil**. Das gleiche gilt für Unternehmen, die zusätzlich noch Investitionen tätigen. Der erweiterte Wirtschaftskreislauf enthält daher noch den Akteur **Banken** („Kapitalsammelstellen“), womit nun drei der fünf Protagonisten im Modell miteinbezogen sind.

Damit haben die privaten Haushalte die Möglichkeit, zu sparen und dafür Zinsen zu erhalten. Im Gegensatz dazu geben die Banken den Unternehmen einen Kredit mit einem Zins, womit der Kreislauf wieder geschlossen ist. Voraussetzung für diesen Kreislauf ist aber, dass die **Sparhöhe der Investitionshöhe entspricht**.

Wenn nun die Unternehmen und Haushalte jeweils eine Geldeinheit bei den Banken einzahlen, werden insgesamt zwei Geldeinheiten dem Kreislauf entzogen. Geben die Banken aber nur eine Geldeinheit als Kredit an die Unternehmen weiter, ist dem Kreislauf eine Geldeinheit entzogen worden. Damit entsprechen die **Zuströme nicht den Abströmen** und der Kreislauf ist nicht geschlossen. Dann handelt es sich um einen **offenen Wirtschaftskreislauf**.

In der Regel reicht die einfache Form aus, um eine Volkswirtschaft abzubilden, da sie einen Markt darstellt, auf dem Waren gehandelt werden. Es besteht also Angebot durch die Unternehmen und Nachfrage durch die Haushalte. Es können beide Protagonisten auch die jeweilig andere Rolle übernehmen. **Dass das so ist, liegt daran, dass zwei verschiedene Arten von Märkten gibt:**

Gütermärkte: Hier werden die produzierten Güter verkauft.

Faktorenmärkte: Hier geht es um die Faktoren, mit welchen die Güter produziert werden. Zu diesen gehören Kapital, Boden und Arbeit.

Mit dem Produktionsfaktor „**Arbeit**“ bieten die Haushalte den Unternehmen vor allem ihre **Arbeitskraft** an, die notwendig ist, um ein Produkt zu fertigen. Der zweite Produktionsfaktor „**Kapital**“ enthält unter anderem das wichtige **Sachkapital**, wie beispielsweise Gebäude, Maschinen und Werkzeuge. Ohne dieses Sachkapital können keine Produkte hergestellt werden. Der dritte Produktionsfaktor „**Boden**“ enthält alle relevanten **Rohstoffe**, die die Unternehmen von den Haushalten gegen einen Pachtzins erhalten.

Dadurch, dass in der Volkswirtschaft zwei verschiedene Märkte existieren, gibt es auch zwei Kreisläufe bzw. Ströme, welche die Beziehungen zwischen den Sektoren einheitlich beschreiben. **Diese beiden Kreisläufe („Tauschvorgänge“) sind:**

Geldkreislauf

Der Geldkreislauf beschreibt die Bewegung von Geld innerhalb der Volkswirtschaft. Dieser Kreislauf umfasst verschiedene Komponenten, wie Einkommen, Konsum, Sparen und Investieren.

Einkommen: Haushalte verdienen Einkommen durch die Bereitstellung von Arbeitskraft und Kapital an Unternehmen. Dieses Einkommen wird in Form von Löhnen, Gehältern, Zinsen und Dividenden ausbezahlt.

Konsum: Ein Großteil des Einkommens wird von den Haushalten für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben. Dies ist die Hauptquelle der Nachfrage in der Wirtschaft.

Sparen: Der Teil des Einkommens, der nicht konsumiert wird, wird gespart. Diese Ersparnisse fließen in die Finanzmärkte und stehen als Kapital für Investitionen zur Verfügung.

Investieren: Unternehmen verwenden das Kapital aus den Ersparnissen, um in neue Produktionsmittel, Technologien und Erweiterungen zu investieren. Dies fördert das Wirtschaftswachstum und schafft Arbeitsplätze.

Güterkreislauf

Der Güterkreislauf beschreibt die Bewegung von physischen Gütern und Dienstleistungen innerhalb der Volkswirtschaft. Dieser Kreislauf umfasst die Produktion, den Konsum und den Handel von Gütern und Dienstleistungen.

Produktion: Unternehmen produzieren Güter und Dienstleistungen, die auf dem Markt angeboten werden. Sie nutzen dafür die von den Haushalten bereitgestellten Produktionsfaktoren wie Arbeitskraft, Kapital und natürliche Ressourcen.

Konsumgüter: Diese Güter werden von den Haushalten gekauft und konsumiert. Der Konsum dieser Güter treibt die Nachfrage an und bestimmt die Produktionsentscheidungen der Unternehmen.

Investitionsgüter: Unternehmen kaufen Investitionsgüter, um ihre Produktionskapazitäten zu erweitern. Dazu gehören Maschinen, Ausrüstungen und Gebäude.

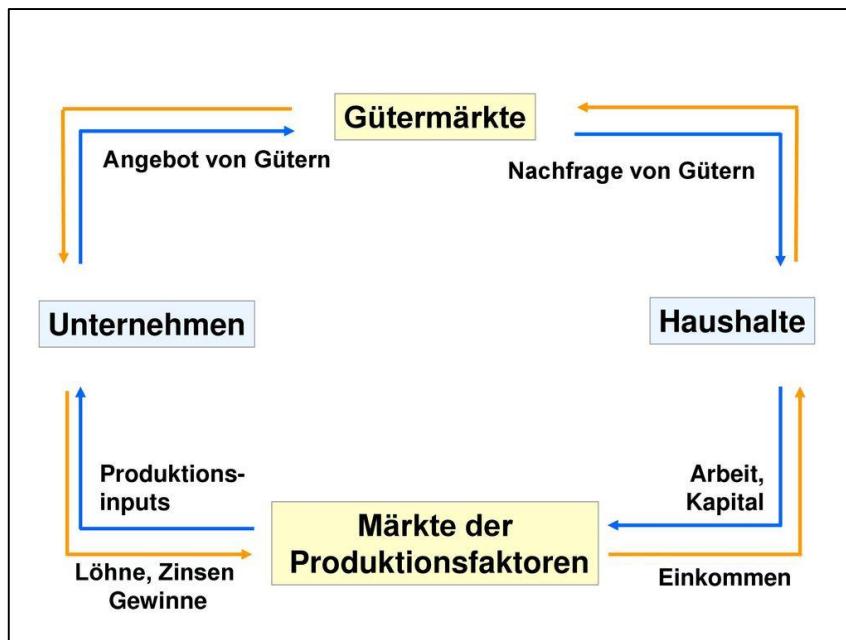
Handel: Der Handel von Gütern und Dienstleistungen findet sowohl innerhalb der Volkswirtschaft als auch mit dem Ausland statt. Exporte und Importe sind wesentliche Bestandteile des Güterkreislaufs und beeinflussen das nationale Einkommen und die wirtschaftliche Stabilität.

Beim einfachen Kreislauf stellen die Haushalte den Unternehmen ihre **Arbeitskraft** zur Verfügung. Dadurch kann das Unternehmen **Güter produzieren**. Für die geleistete Arbeit erhalten die Haushalte ein **Einkommen**, welches sie verwenden, um notwendige Güter zu erwerben, welche von Unternehmen produziert worden sind. Somit kommt man auf die ursprüngliche Aussage zurück, demnach **Haushalte Anbieter von Arbeit als auch Konsumenten** sein können.

Bei der offenen Volkswirtschaft wird das Ausland mit einbezogen, d. h. Importe und Exporte spielen im Gegensatz zur geschlossenen Volkswirtschaft eine entscheidende Rolle. Besondere Bedeutung haben hierbei die Außenbeziehungen einer Volkswirtschaft. Diese werden in der Außenwirtschaftsrechnung erfasst, welche eine Nebenrechnung der Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnung (VGR) ist. Die wichtigsten Teile der Außenwirtschaftsrechnung sind die Zahlungsbilanz und die Erfassung der Wechselkurse.

Einfache Kreislaufanalyse



Dieses Modell beschränkt sich auf die Beziehungen zwischen den Sektoren Konsumenten und Produzenten. Der Wirtschaftskreislauf stellt die wesentlichen Geldströme und Güterströme zwischen beiden dar. Einflüsse von Staat, Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen sowie des Auslands werden dabei nicht betrachtet.

Erweiterte Kreislaufanalyse

Der erweiterte Wirtschaftskreislauf, welcher auch als **evulatorischer** bzw. **dynamischer Wirtschaftskreislauf** bezeichnet wird, basiert auf dem Grundkonzept des einfachen Kreislaufs. Er beschreibt ebenfalls Tauschvorgänge zwischen privaten Haushalten und Unternehmen, jedoch unter **Berücksichtigung eines dritten Protagonisten, den Banken** („**Kapitalsammelstellen**“).

Das Modell geht davon aus, dass die Haushalte Einkommen nicht vollständig für den Konsum ausgeben, sie **sparen** auch einen Teil. Hier kommt nun die Bedeutung des Kapitalmarktes ins Spiel. Er „verwaltet“ sozusagen die **Ersparnisse** der Konsumenten und gibt sie als Kredite an die Unternehmen weiter, mit welchen diese **Investitionen** tätigen können.

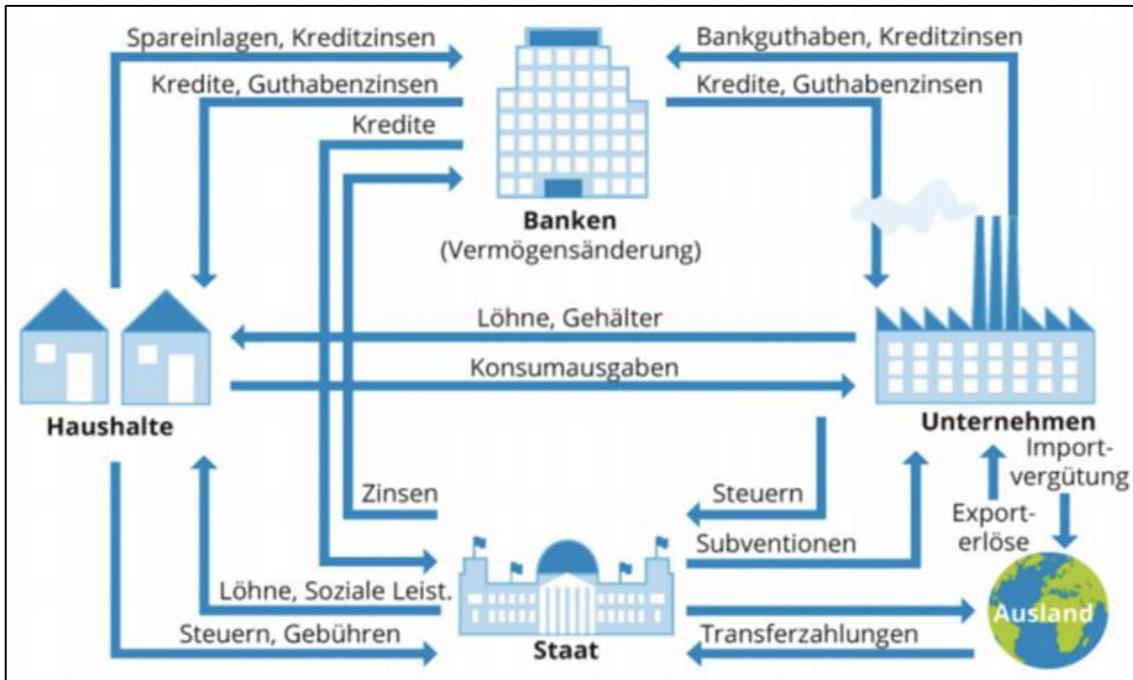
Der erweiterte Wirtschaftskreislauf wird als **geschlossen** bezeichnet, da sich Geld- und Güterströme wertmäßig entsprechen. Das Kapital innerhalb des Kreislaufes bleibt daher konstant und es gilt die fundamentale Beziehung **Ersparnisse = Investitionen**.

Offene Volkswirtschaft mit Staat: Erweiterter Wirtschaftskreislauf

Bei einem offenen Wirtschaftskreislauf, welcher auch **Akteure außerhalb des eigenen Wirtschaftskreislaufes miteinbezieht**, kann beispielsweise durch Import und Export schnell

ein **Ungleichgewicht von Zu- und Abflüssen** entstehen. Daraus ergibt sich die Offenheit des Kreislaufs.

Erweiterter Wirtschaftskreislauf



Weil ohne den Staat eine Volkswirtschaft nicht komplett wäre, berücksichtigt der vollständige Wirtschaftskreislauf den Sektor „**Staat**“. Der Staat enthält **Einnahmen**, beispielsweise (aber nicht nur) durch Steuern, tätigt aber auch **Ausgaben**.

Der Staat kann dem Kreislauf in vielerlei Hinsicht Gelder entziehen und zurückgeben. Die Einnahmen beziehen sich vor allem auf **direkte und indirekte Steuern**, die sich auf Arbeitnehmer, Bürger sowie Unternehmer auswirken. Dazu gehören unter anderem die Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Abgeltungssteuer, Tabaksteuer oder auch die Biersteuer.

Gleichzeitig führt der Staat die **eingenommenen Gelder als Transferzahlungen an die Haushalte zurück**. Familien erhalten beispielsweise Kindergeld und Arbeitssuchende Arbeitslosengeld. Damit kommt dem Staat in einer Volkswirtschaft eine spezielle Rolle zu. Auf der einen Seite darf nur er **Steuern erheben**, auf der anderen Seite **bietet der Staat Leistungen an**, die jeder Bürger beziehungsweise private Haushalt als Aufgabe des Staates sieht.

Der Staat pflegt folgende Beziehungen:

Zu den Haushalten: Von den privaten Haushalten erhält der Staat Steuern und andere Abgaben. Dies bildet für ihn eine direkte Einnahmequelle. Die Haushalte erhalten vom Staat wiederum Transferleistungen.

Zu den Unternehmen: Auch von den Unternehmen erhält der Staat Steuern. Andererseits gewährt er den Unternehmen aber auch Subventionen und tritt sogar als Konsument auf, da er über staatliche Käufe oft direkt ins Marktgeschehen eingreift.

Subventionen sind also eigentlich nichts anderes als Transfers vom Staat an die Unternehmen, die ohne Gegenleistung erfolgen. Weil sie an Unternehmen fließen, werden sie aber Subventionen genannt.

Zu den Banken: Der Staat besitzt durch die Einnahmen und Ausgaben ein Haushaltsbudget, welches Defizite oder Überschüsse aufweisen kann. Die Banken verwalten dieses Budget, indem sie Überschüsse sammeln und als staatliche Ersparnisse dem Kreditmarkt zur Verfügung stellen. Defizite kann der Staat wiederum selbst durch Kreditaufnahme ausgleichen.

Der Staat kann bei einem Ungleichgewicht der Geldströme bei den Banken eingreifen. Überwiegt der Sparanteil gegenüber den Investitionen, so kann der Staat **Schulden aufnehmen und an die Bank Zinsen zahlen**. Damit können die Banken unter anderem den Sparzins bedienen und die Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaft nimmt nicht ab.

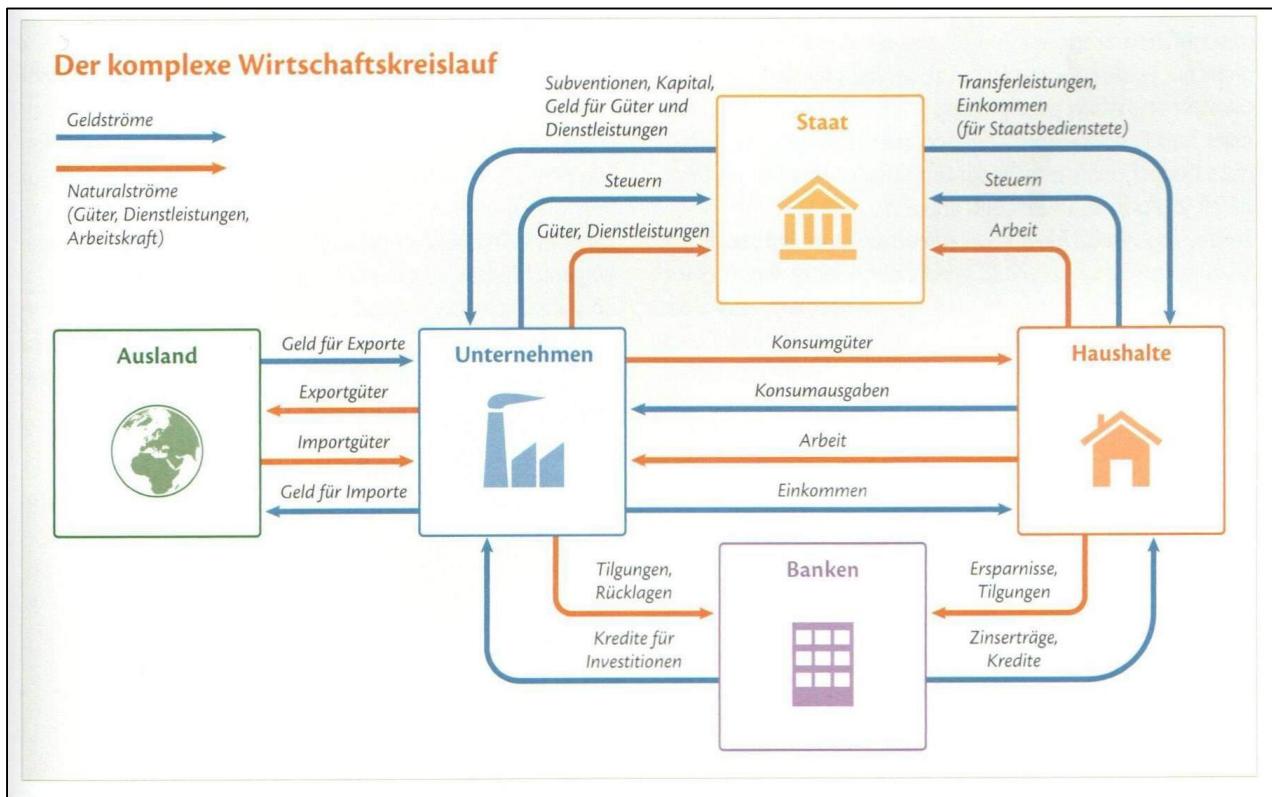
Befindet sich der Kreislauf aber in keinem **Ungleichgewicht der Geldströme**, der Staat greift trotzdem ein und **erhöht seine Schulden**, so wird dem Kreislauf Geld entzogen. Kreditnehmer beziehungsweise Unternehmen können keine weiteren Gelder aufnehmen und damit Sachanlageinvestitionen durchführen. Die **Volkswirtschaft gerät ins Stocken**.

Kreislaufanalyse in einer offenen VW mit Ausland

Der Wirtschaftskreislauf einer offenen Volkswirtschaft, welcher auch als **großer Wirtschaftskreislauf** bezeichnet wird, enthält nun noch den Sektor „**Ausland**“, der maßgeblichen Einfluss auf das Inland hat. Die wohl wichtigsten Faktoren sind dabei der **Export** und der **Import**. Hier werden Waren sowie Gelder mit dem Ausland getauscht. Ausländisches Geld kann aber auch in Form von Einkommen ins Inland fließen, wenn sich z. B. der Arbeitsplatz im Ausland und der Wohnort im Inland befindet. Gleiches gilt für einen Geldabfluss, wenn Ausländer im Inland arbeiten.

Zusätzlich können neben dem Arbeitseinkommen auch Sparleistungen, welche vom Ausland ins Inland fließen. Das ist dann der Fall, wenn jemand sein Geld bei einer ausländischen Bank angelegt hat, um bessere Zinserträge zu erhalten. Auch kann das Kapital von den privaten Haushalten ins Ausland fließen.

Erweiterter Wirtschaftskreislauf



Der Faktor „Ausland“ pflegt folgende Beziehungen:

Zu den Unternehmen: Zwischen Ausland und Unternehmen geschehen Import- und Exportzahlungen. Jenen Teil der Produktion, den die Unternehmen nicht am inländischen Markt absetzen können, exportieren sie ins Ausland. Andersrum können auch Güter aus dem Ausland ins Inland importiert werden.

Zu den Haushalten: Faktoreinkommen fließen vom Ausland an die inländischen Haushalte, oder umgekehrt. Zum besseren Verständnis kann man sich die Löhne vorstellen, die Gastarbeiter ins Ausland senden.

Zu den Banken: Aus den obigen Beziehungen, also wie das Ausland zu den Haushalten und den Unternehmen steht, ergibt sich, wie das Inland gegenüber dem Ausland auftritt und dasteht.

Bei der Beziehung zwischen dem Ausland und den Banken unterscheidet man einen positiven und einen negativen Außenbeitrag. Beim **positiven Außenbeitrag** (auch: Nettoexport) sind die **Exporte > Importe**. Das bedeutet, dass Geld **ins Inland** fließt. Beim **negativen Außenbeitrag** (auch: Nettoimport) sind die **Exporte < Importe**. Das heißt, dass Geld **ins Ausland** fließt. Die Geldmenge im Inland sinkt, da Geld ins Ausland fließt.

Natürlich pflegt das Ausland auch Beziehungen mit dem Staat, welche jedoch mengenmäßig und für das Gesamtverständnis des Modells vernachlässigbar sind.

Störungen im Wirtschaftskreislauf

Der Wirtschaftskreislauf kann durch verschiedene Faktoren gestört werden, die zu Ungleichgewichten und wirtschaftlichen Herausforderungen führen. Diese Störungen können

sowohl von externen als auch internen Faktoren herrühren und erfordern oft staatliche Interventionen und Anpassungen in der Wirtschaftspolitik, um die Stabilität wiederherzustellen.

Externe Schocks

Externe Schocks sind unvorhergesehene Ereignisse, die von außerhalb der Volkswirtschaft kommen und erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität haben können. Diese Schocks können sowohl positiver als auch negativer Natur sein.

Ölkrisen: Ein plötzlicher Anstieg der Ölpreise kann die Produktionskosten erhöhen, die Inflation ankurbeln und die Kaufkraft der Haushalte reduzieren. Dies führt zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Verlangsamung, da die Kosten für Transport und Produktion steigen.

Naturkatastrophen: Ereignisse wie Erdbeben, Hurrikane und Überschwemmungen können erhebliche Schäden an der Infrastruktur und den Produktionskapazitäten verursachen. Die Wiederaufbaukosten und die Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivität können die wirtschaftliche Stabilität gefährden.

Geopolitische Konflikte: Kriege und politische Unruhen können Handelsbeziehungen stören, Investitionen zurückhalten und die wirtschaftliche Unsicherheit erhöhen. Sanktionen und Handelsbarrieren verschärfen oft diese Effekte.

Interne Disbalance

Interne Disbalance entstehen innerhalb der Volkswirtschaft und resultieren häufig aus Ungleichgewichten zwischen Angebot und Nachfrage oder strukturellen Problemen.

Inflation: Ein anhaltender Anstieg des allgemeinen Preisniveaus kann die Kaufkraft der Haushalte verringern und zu höheren Produktionskosten führen. Zentralbanken reagieren oft mit Zinserhöhungen, um die Inflation zu kontrollieren, was jedoch die Kreditkosten erhöht und das Wirtschaftswachstum bremsen kann.

Arbeitslosigkeit: Hohe Arbeitslosigkeit führt zu einem Rückgang des Konsums und erhöhten Sozialausgaben des Staates. Eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit kann zu sozialen Spannungen und einer Verschlechterung der Lebensqualität führen.

Überproduktion: Wenn Unternehmen mehr Güter produzieren als nachgefragt werden, sinken die Preise und die Unternehmen müssen möglicherweise ihre Produktion drosseln oder Arbeiter entlassen. Dies führt zu wirtschaftlichen Einbußen und erhöhter Arbeitslosigkeit.

Staatliche Eingriffe im Wirtschaftskreislauf

Um Störungen im Wirtschaftskreislauf zu bewältigen, greifen Staaten und Zentralbanken oft aktiv ein. Diese Eingriffe zielen darauf ab, die wirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen und das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Fiskalpolitik

Die Fiskalpolitik umfasst die staatlichen Maßnahmen in Bezug auf Steuern und Ausgaben, die zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Aktivität eingesetzt werden.

Steuersenkungen: Durch die Senkung der Steuern können Haushalte und Unternehmen mehr Geld ausgeben und investieren, was die Nachfrage ankurbeln und das Wirtschaftswachstum fördern kann.

Erhöhung der öffentlichen Ausgaben: Investitionen in Infrastrukturprojekte, Bildung und Gesundheitswesen können die wirtschaftliche Aktivität stimulieren, Arbeitsplätze schaffen und das langfristige Wirtschaftswachstum unterstützen.

Geldpolitik

Die Geldpolitik wird von den Zentralbanken durchgeführt und umfasst die Regulierung der Geldmenge und der Zinssätze, um die wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten.

Zinssenkungen: Durch die Senkung der Zinssätze wird das Geldleihen günstiger, was die Investitionen und den Konsum anregt. Dies kann helfen, eine Rezession zu bekämpfen und die wirtschaftliche Aktivität zu fördern.

Erhöhung der Geldmenge: Zentralbanken können durch den Kauf von Staatsanleihen oder anderen Wertpapieren die Geldmenge erhöhen, um die Liquidität im Finanzsystem zu verbessern und die Kreditvergabe zu fördern.

— M2: Wirtschaftsimpulse und ihre Folgen	Die Nachfrageseite wird...		Die Angebotsseite wird...	
	gestärkt	geschwächt	gestärkt	geschwächt
Erhöhung der Rohstoffpreise (z.B. Ölpreis)	T	R	A	K
Steuerenkung (z.B. Einkommen- und Lohnsteuer)	O	S	B	E
Technischer Fortschritt, Erfindung neuer Produkte	M	U	N	S
Abwertung der heimischen Währung	J	V	Z	C
Lohnerhöhung	I	T	R	U
Bevölkerungswachstum (Anstieg des Konsums)	N	L	D	W
Lohnsenkung bzw. Lohnzurückhaltung	F	O	K	C
Staatsausgabensenkung (z.B. Einsparung bei Sozialleistungen)	P	T	G	K
Zinssenkung	U	Z	A	E
Steuererhöhung (z.B. Mehrwertsteuer)	H	R	D	S
Zinserhöhung	W	Z	X	M
Erhöhung der Staatsausgaben (z.B. für Straßenbau)	Y	E	F	B
Neugründung von Unternehmen	G	U	K	O
Konkurse und Abwanderungen von Unternehmen, Standortverlagerung	B	Q	J	L
Aufwertung der heimischen Währung	A	U	T	F

4.2- VGR und Grundformen der Berechnung des BIP

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

Was sind die grundlegenden Aufgaben der VGR?

VGR bildet den Ausgangspunkt für gesamtwirtschaftliche Analysen und Prognosen - Informationsgrundlage für Maßnahmen der Wirtschaftspolitik

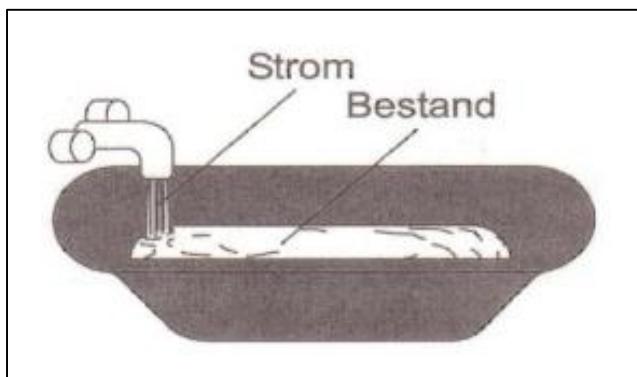
Das reale Bruttoinlandsprodukt als wichtige Maßgröße für die inländische wirtschaftliche Produktionstätigkeit

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die Wirtschaftsleistung eines Landes.

Definition: Das BIP ist der (Markt-)Wert aller Güter und Dienstleistungen, welche

- in einer Zeitperiode (in einem Jahr)
- im Inland
- für den Endverbrauch produziert werden.

Das BIP hat die Dimension Geldeinheit pro Zeiteinheit (€/Jahr). Es ist eine Stromgröße.



Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Gesamtwert aller **Waren und Leistungen, die innerhalb eines Zeitraumes** in einem Land hergestellt werden. Das BIP zeigt somit die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Es zeigt die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft. Diese Kennzahl ist für die Geschäftsleitung, z.B. bei Entscheidungen über eine Produktionserweiterung oder große Investitionen wichtig.

Die Ökonomin Diane Coyle sagt, dass es „alles zusammenzählt, von Nägeln über Zahnbürsten, Traktoren, Schuhe, Haarschnitte, Unternehmensberatung, Straßenreinigung, Yogastunden, Teller, Pflaster, Bücher und die Millionen anderer Dienstleistungen und Produkte in der Wirtschaft“.

Wenn man diese Millionen von Dienstleistungen und Produkten zusammenzählen will, muss man ein Maß dafür finden, wie viel ein Yogakurs im Vergleich zu einer Zahnbürste wert ist. Ökonominnen und Ökonomen müssen zunächst entscheiden, was einbezogen werden soll, aber auch, wie man jedem dieser Dinge einen Wert beimisst. In der Praxis ist es am einfachsten, dafür die Preise dieser Dinge zu verwenden. Weil auf diese Weise der Wert aller Ausgaben für den Kauf von Endprodukten und Dienstleistungen ermittelt wird, entspricht das BIP auch dem Gesamteinkommen aller Menschen in einem Land.

Bruttoinlandsprodukt Aufgaben: Warum bestimmt man das BIP?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird bestimmt, um einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Leistung eines Landes innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu erhalten. Es erfüllt mehrere wichtige Funktionen:

Wirtschaftswachstum messen: Das Bruttoinlandsprodukt ermöglicht es, das Wachstum oder die Schrumpfung der Wirtschaft über die Zeit zu verfolgen, indem es den Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen erfasst. Steigendes Bruttoinlandsprodukt zeigt Wirtschaftswachstum an, während ein fallendes Bruttoinlandsprodukt auf eine wirtschaftliche Rezession hinweisen kann.

Vergleiche zwischen Ländern: Das Bruttoinlandsprodukt dient als Grundlage für den Vergleich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verschiedener Länder. Es ermöglicht eine Einschätzung, wie gut oder schlecht eine Volkswirtschaft im Vergleich zu anderen globalen Akteuren abschneidet.

Politische Entscheidungen: Regierungen nutzen das Bruttoinlandsprodukt, um wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen. Wenn das Bruttoinlandsprodukt sinkt, können Maßnahmen wie Konjunkturpakete oder Zinssenkungen ergriffen werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt kann hingegen Anlass geben, über Inflationskontrollen oder das Zurückfahren staatlicher Ausgaben nachzudenken.

Investitionsentscheidungen: Investoren verwenden das Bruttoinlandsprodukt, um die Stabilität und das Wachstumspotenzial einer Wirtschaft zu beurteilen. Ein robustes Bruttoinlandsprodukt-Wachstum kann ein Signal für ein günstiges Investitionsklima sein.

Lebensstandard abschätzen: Obwohl das Bruttoinlandsprodukt nicht direkt den Lebensstandard misst, gibt ein höheres Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt oft Hinweise auf einen besseren allgemeinen Lebensstandard der Bevölkerung, einschließlich höherer Einkommen und besserer Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen.

Durch die Bestimmung des Bruttoinlandsprodukts erhalten Wirtschaftsforscher, Politiker und Investoren also wichtige Einblicke in den Zustand und die Dynamik der Wirtschaft, was für die Planung und Ausführung wirtschaftlicher Strategien unerlässlich ist.

Bei der Wirtschaftsanalyse ist es wichtig, zwischen folgenden Begriffen genau zu unterscheiden:

- Nominal: zu aktuellen Preisen gemessen
- Real: zu konstanten Preisen (um Inflation bereinigt)

Das nominale BIP ist die Summe aller verkauften Endprodukte, bewertet zu den jeweiligen Preisen, d.h. zu den Preisen der gerade betrachteten Periode.

Das nominale BIP kann aus zwei Gründen zunehmen:

1. Die Produktion der meisten Güter nimmt im Zeitablauf zu.
2. Aber auch die Preise der meisten Güter steigen.

Das reale BIP gibt die Summe aller verkauften Endprodukte, bewertet zu konstanten (nicht zu den jeweiligen) Preisen an. Es misst also nur die Zunahme der tatsächlichen realen Produktion, nicht die der Werterhöhung durch Preissteigerungen.

- Niveau: Stufe in einer Skala bestimmter Werte
- Wachstumsraten: prozentuale Veränderung
- BIP vs. BIP pro Kopf: Das BIP von China ist viel höher, als das von Luxemburg, aber nicht der Lebensstandard

Was ist der Unterschied zwischen Bruttonationaleinkommen (BNE) und Bruttoinlandsprodukt (BIP)?

Während beim Bruttoinlandsprodukt die Wirtschaftsleistung in einer Verwaltungseinheit (Herstellung und Verwendung von Gütern und Leistungen) gemessen wird (Inlandsprinzip), geht man beim Bruttonationaleinkommen davon aus, von wem die Leistungen erbracht wurden bzw. welche Leistungen von den Inländern erbraucht wurden (Inländerprinzip - Kriterium Hauptwohnsitz) und misst deren Einkommen. Addiert man zum BIP den Saldo der Primäreinkommen (PE) aus der übrigen Welt (PE der Inländer im Ausland - PE der Ausländer im Inland) erhält man das BNE.

Bruttonationaleinkommen (BNE): Summe der innerhalb eines Jahres von allen Bewohnern eines Staates (Inländer) erwirtschafteten Einkommen, unabhängig davon, ob diese im Inland oder im Ausland erzielt wurden; bis 1999 auch Bruttosozialprodukt (BSP) genannt.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) = alle im Inland erwirtschafteten Einkommen (egal ob von Inländern oder von Ausländern erzielt)

Beispielrechnung für Deutschland 2010 in Milliarden Euro			
	Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2.498,8	
-	an die übrige Welt gezahlte Einkommen	+ 33,1	(Saldo)
+	aus der übrigen Welt empfangene Einkommen		
=	Bruttonationaleinkommen (BNE)	2.531,9	

Wie lässt sich nun grundsätzlich die erwirtschaftete Leistung in der Volkswirtschaft, das Sozialprodukt (BIP), aus diesen Strömen berechnen?

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird durch drei Hauptansätze ermittelt, die jeweils unterschiedliche Aspekte der wirtschaftlichen Aktivität erfassen. Alle drei Methoden sollten theoretisch zum selben Ergebnis führen, da sie lediglich unterschiedliche Wege sind, die gleiche Größe zu messen.



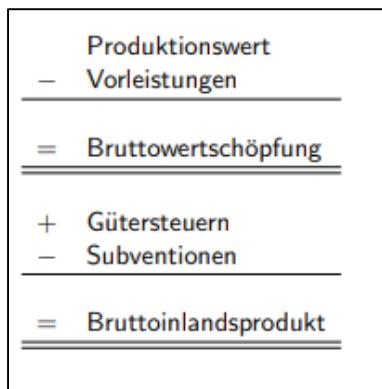
1- als Summe der Wertschöpfung aller Unternehmen der Volkswirtschaft → Entstehungsrechnung

Frage: Welchen Anteil leisten die einzelnen Branchen und Sektoren zur gesamtwirtschaftlichen Leistung?

Hierbei wird der Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen ermittelt, abzüglich der Kosten für alle Vorleistungen, die in die Produktion eingegangen sind. Dieser Ansatz misst die Wertschöpfung, also den Wert, den jeder Produktionsprozess hinzufügt. Man summiert die Wertschöpfungen aller Branchen oder Sektoren, um das Bruttoinlandsprodukt zu erhalten. Das BIP enthält den Wert der in einer Periode produzierten Endprodukte, nicht der Zwischenprodukte (Summe der Wertschöpfung. Wertschöpfung eines Unternehmens = Wert der Produktion minus Wert der eingesetzten Vorleistungen).

- a) Das BIP erfasst die gesamte Wertschöpfung aller Waren und Dienstleistungen für den Endverbrauch, die in einem bestimmten Zeitraum hergestellt wurden.
 - Ein Endprodukt ist ein Gut, das für den Endverbrauch bestimmt ist.
 - Ein Zwischenprodukt wird zur Produktion anderer Güter eingesetzt.
- b) Das BIP ist die Summe aller Mehrwerte in einem bestimmten Zeitraum.
 - Der Mehrwert bezeichnet die von einem Unternehmen im Produktionsprozess zusätzlich geschaffenen Werte!
 - Also sind Vorleistungen (die von einem Unternehmen bereits geschaffenen Werte) vom gesamten Produktionswert abzuziehen.

Entstehungsrechnung:



Formel:

$$\text{BIP} = \Sigma(\text{OUTPUT-VORLEISTUNGEN}) + \text{STEUERN-SUBVENTIONEN}$$

Beispiel: Nehmen wir an, ein Land hat drei Hauptsektoren mit folgenden Werten:

Landwirtschaft: Output = 100 Millionen Euro, Vorleistungen = 40 Millionen Euro

Industrie: Output = 300 Millionen Euro, Vorleistungen = 150 Millionen Euro

Dienstleistungen: Output = 600 Millionen Euro, Vorleistungen = 400 Millionen Euro

Steuern auf Produkte = 30 Millionen Euro

Subventionen = 10 Millionen Euro

Die Berechnung wäre dann:

$$\text{BIP} = (100 - 40) + (300 - 150) + (600 - 400) + 30 - 10$$

$$\text{BIP} = 60 + 150 + 200 + 30 - 10$$

$$\text{BIP} = 430 \text{ Millionen Euro}$$

2- als Summe der gesamten Nachfrage in der Volkswirtschaft → Verwendungsrechnung

Frage: Für was wird die Produktion verwendet? Welcher Anteil wird konsumiert bzw. investiert? Wie setzt sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zusammen?

Dies ist der vielleicht bekannteste Ansatz, bei dem das Bruttoinlandsprodukt als Summe aller Ausgaben berechnet wird, die zur Erwerbung von im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen getätigt wurden. Die Formel lautet: $\text{BIP} = C + I + G + (X - M)$, wobei „C“ für Konsumausgaben der Haushalte steht, „I“ für Investitionen in das Geschäftsleben, „G“ für Staatsausgaben und „X - M“ den Nettoexport (Exporte minus Importe) repräsentiert.

Das BIP entspricht dem Wert aller Ausgaben, also der gesamten Nachfrage (aus dem In- und Ausland).

Verwendungsrechnung

Privater Konsum	(C)
+ Bruttoinvestitionen	(I)
+ Staatsausgaben	(G)
+ Außenbeitrag	<u>(EX – IM)</u>
= Bruttoinlandsprodukt	<u>(Y)</u>

Formel:

$$\text{BIP} = C + I + G + (X - M)$$

Wo:

C = Konsumausgaben der privaten Haushalte

I = Investitionen (einschließlich der Unternehmensinvestitionen und Wohnbauten)

G = Staatsausgaben für Güter und Dienstleistungen

X = Exporte von Gütern und Dienstleistungen

M = Importe von Gütern und Dienstleistungen

(X–M) = Nettoexporte (Exporte minus Importe)

Beispiel: Nehmen wir an, die Wirtschaftsdaten eines fiktiven Landes für ein bestimmtes Jahr sind wie folgt:

Konsumausgaben der Haushalte (C) = 170 Millionen Euro

Investitionen (I) = 100 Millionen Euro

Staatsausgaben (G) = 130 Millionen Euro

Exporte (X) = 80 Millionen Euro

Importe (M) = 50 Millionen Euro

Die Berechnung wäre dann:

$$\text{BIP} = 170 + 100 + 130 + (80 - 50)$$

$$\text{BIP} = 70 + 100 + 130 + 30$$

$$\text{BIP} = 430 \text{ Millionen Euro}$$

3- als Summe der entstandenen Einkommen in einer Volkswirtschaft → Verteilungsrechnung.

Frage: Wie wird das entstandene Einkommen auf die einzelnen Produktionsfaktoren (funktionale Einkommensverteilung) bzw. die einzelnen Personengruppen (personelle Einkommensverteilung) verteilt?

Diese Methode summiert alle Einkommen, die im Produktionsprozess entstehen. Dazu gehören Löhne und Gehälter, Unternehmensgewinne, Zinsen und Mieten. Hier betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt als die Summe aller im Produktionsprozess entstandenen Einkommen. Man berücksichtigt auch Abschreibungen und Steuern minus Subventionen auf Produkte und Produktion.

Verteilungsrechnung

Verteilungsrechnung am Beispiel 2000 in der BRD in Mrd. €		
	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	1100,06
+	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	424,37
=	Volkseinkommen	1524,43
+	Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen	210,25
+	Abschreibungen	308,48
=	Bruttonationaleinkommen (BNE)	2043,16
-	Primäreinkommen aus der übrigen Welt (Saldo)	19,34
=	Bruttoinlandsprodukt	2062,50

22

Wie viel Einkommen entsteht (und wem fließt es zu): Löhne, Gewinne, Steuereinnahmen

+ Verfügbares Einkommen aus unselbstständiger Arbeit + Verfügbares Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen + Abgaben (Steuern) + Abschreibungen, indirekte Steuern, Subventionen = Bruttosozialprodukt

Formel:

$$\text{BIP} = \text{ARBEITSEINKOMMEN} + \text{KAPITALEINKOMMEN} + \text{ABSCHREIBUNGEN} + (\text{PRODUKTION & IMPORTSTEUERN} - \text{SUBVENTIONEN})$$

Beispiel: Für dieselbe Wirtschaft nehmen wir an:

Arbeitseinkommen (Löhne und Gehälter) = 200 Millionen Euro

Kapitaleinkommen (Unternehmensgewinne) = 150 Millionen Euro

Abschreibungen = 50 Millionen Euro

Steuern auf Produktion und Importe = 40 Millionen Euro

Subventionen = 10 Millionen Euro

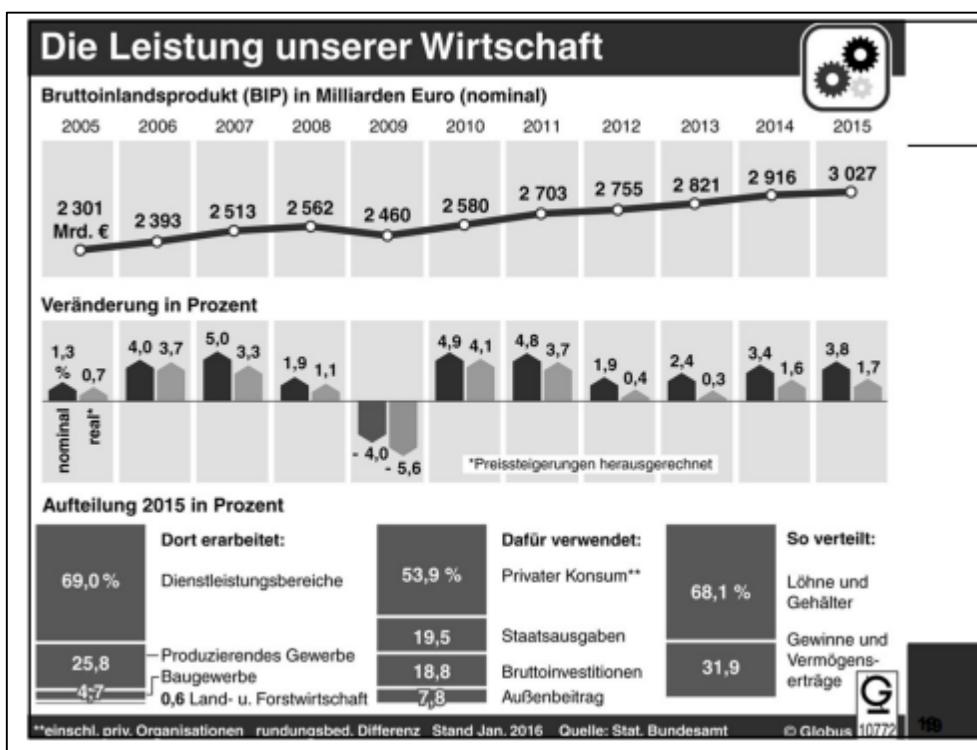
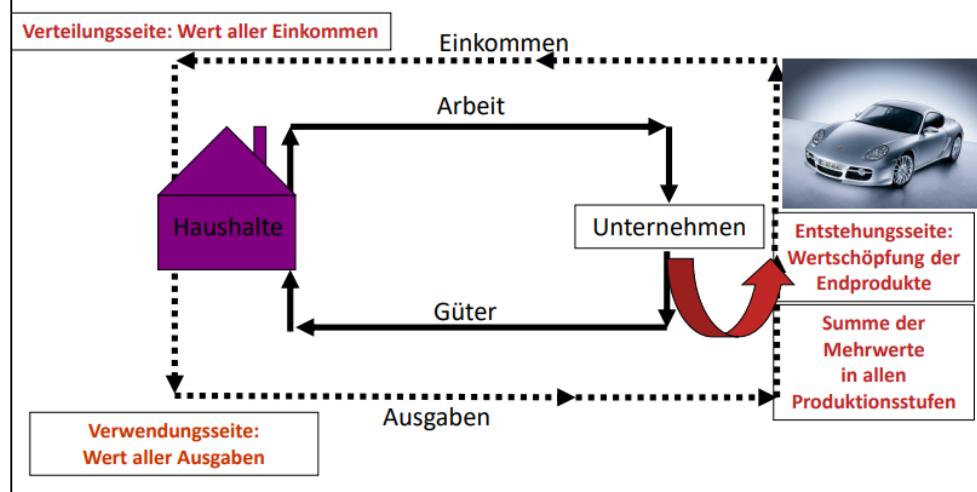
Die Berechnung wäre dann:

$$\text{BIP} = 200 + 150 + 50 + (40 - 10)$$

$$\text{BIP} = 200 + 150 + 50 + 30$$

$$\text{BIP} = 430 \text{ Millionen Euro}$$

Übereinstimmung der drei Berechnungsarten



Was versteht man unter Bruttoinvestitionen?

Unter Brutto-Investitionen versteht man die Summe aus Ersatz- und Erneuerungsinvestitionen.

Was ist der Zusammenhang zwischen Sparen und Investieren aus volkswirtschaftlicher Sicht?

Die Summe der Einkommen, die in einer Volkswirtschaft entstehen, entspricht dem Wert der verkauften Güter und Leistungen. Daher müssen diese Einkommen auch wieder ausgegeben

werden, um alle Güter und Leistungen verkaufen zu können. Wird in einer Volkswirtschaft aber gespart (Konsumverzicht), käme es zu einem Ungleichgewicht, würde nicht der adäquate Betrag durch andere (über kreditfinanzierte) Investitionsgüter nachgefragt.

Welche Einkommensarten gibt es und wodurch unterscheiden Sie sich?

Einkommen entstehen bei der Verteilung der Verkaufserlöse und unterteilen sich daher zunächst in Löhne und Gewinne. Durch die Umverteilung durch den Staat entstehen die Transfereinkommen (Übertragungen, Leistungen ohne Gegenleistungen).

Was versteht man unter öffentlichen Gütern? Wodurch unterscheiden diese sich von anderen Gütern?

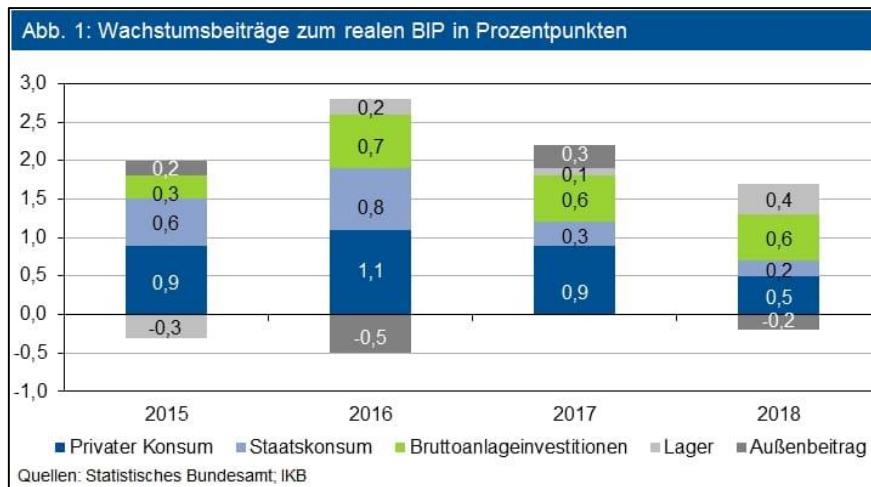
Öffentliche Güter sind Leistungen des Staates (Bildung, Verwaltung, innere und äußere Sicherheit), welche vom Staat durch Steuern finanziert und mangels Marktpreisen mit Kosten bewertet werden. Sie stehen i.d.R. allen kostenfrei bzw. kostengünstig zur Verfügung.

Was versteht man unter Lohnquote?

Unter Lohnquote den versteht man den Anteil der Löhne am Nettosozialprodukt (Volkseinkommen).

Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 2023 in Milliarden EUR

Entstehung	=	Verwendung	=	Verteilung
Bruttowertschöpfung 3 765,8		Konsumausgaben 2 978,2		Volkseinkommen 3 080,4
Prod. Gewerbe 923,5 (ohne Baugewerbe)		Private Konsumausgaben 2 089,7		Arbeitnehmerentgelt 2 158,8
Handel, Verkehr, 616,0 Gastgewerbe		Konsumausgaben des Staates 888,5		Unternehmens- und 921,6 Vermögenseinkommen
Grundstücks- und 375,7 Wohnungswesen		+ 971,4		+ 357,7
Öffentl. Dienstleister, 695,2 Erziehung, Gesundheit		Bruttoanlageinvestitionen 904,2		Produktions- und Importabgaben an den Staat abzgl. Subventionen vom Staat
Sonstige 1 155,3		Vorratsveränderungen 67,2		+ 848,1
+ 355,4		+ 171,5		- 165,0
Gütersteuern abzügl. Gütersubventionen		Exporte 1 942,5 - Importe 1 771,0		Saldo der Primäreinkommen aus übr. Welt
			Bruttoinlandsprodukt = 4 121,2	



4.3- Kritik des BIP als Wohlstandsmaßstab

BIP und der Wohlstand der Bevölkerung

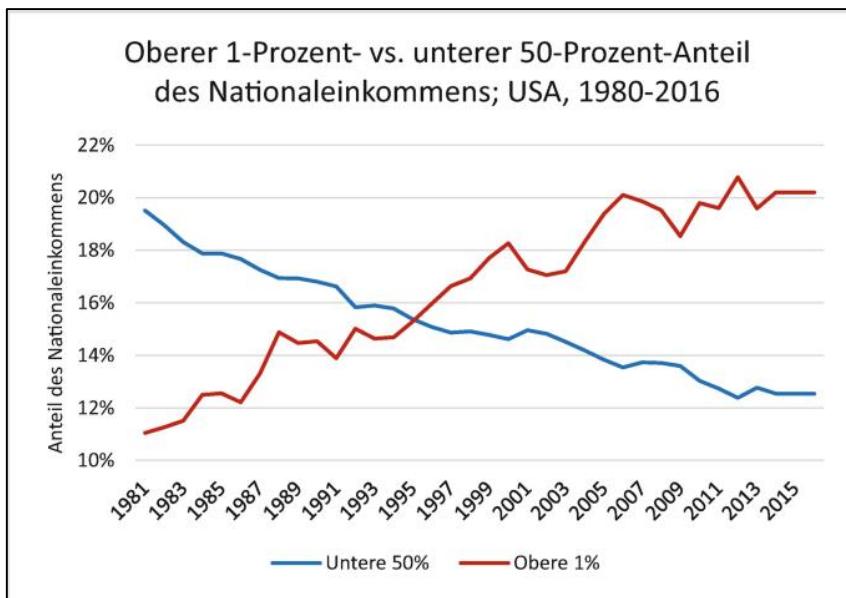
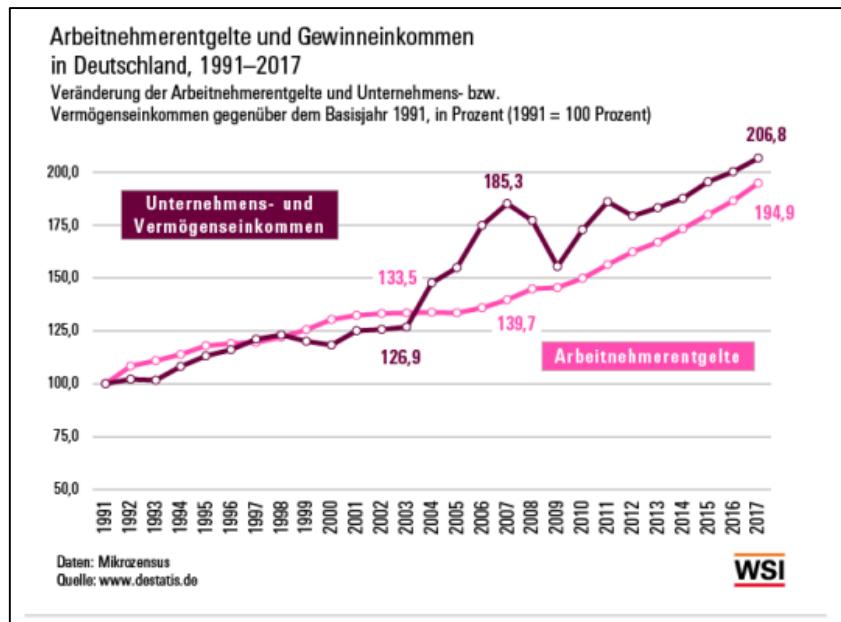
Das BIP ist ein spezialisiertes Messinstrument zur Erfassung der gesamtwirtschaftlichen Marktaktivität. Das BIP sollte daher nicht mit einem Indikator für das Wohlergehen der Bevölkerung verwechselt bzw. als Maß der Lebensqualität fehlinterpretiert werden.

Was sind also die Grenzen der Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts?

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eine weit verbreitete und kritische Maßzahl für die wirtschaftliche Leistung eines Landes ist, hat es auch bedeutende Grenzen hinsichtlich seiner Aussagekraft:

Nichtberücksichtigung von Einkommensverteilung: Das Bruttoinlandsprodukt misst die Gesamtwirtschaftsleistung, aber es sagt nichts über die Verteilung des Einkommens unter den Bürgern aus. Ein hohes Bruttoinlandsprodukt kann neben großer Armut existieren, wenn ein großer Anteil des Einkommens bei einer kleinen Gruppe von Menschen konzentriert ist.

Das BIP gibt zum Beispiel keine direkte Auskunft über die Verteilung des in der Produktion erwirtschafteten Einkommens zwischen den Haushalten. Solche Verteilungsfragen können aber für die Lebensqualität der Bevölkerung eine wichtige Rolle spielen. Wenn ein Anstieg des BIP zum Beispiel nur mit einem Einkommensanstieg der reichsten 10% der Haushalte einhergeht, würde dies kaum zu einer Verbesserung der Lebensqualität der Gesamtbevölkerung führen.



Unterscheidung: funktionelle/personelle Einkommensverteilung

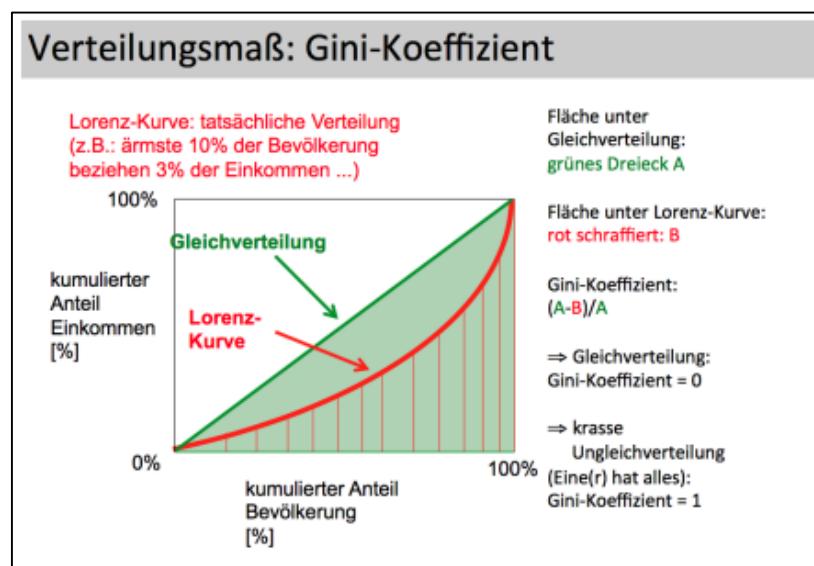
Mit der funktionalen Einkommensverteilung versucht man, das Volkseinkommen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zuzuordnen. Die bekannteste Kennziffer der funktionalen Einkommensverteilung ist die so genannte Lohnquote. Sie gibt den Anteil der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen an.

Im Gegensatz zur funktionalen Einkommensverteilung, welche die Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens (Einkommensverteilung) auf funktionale Einkommensarten (Lohn, Profit, Zins und Rente) oder auf die Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital, Boden), die zur Erwirtschaftung des Sozialprodukts beigetragen haben, untersucht, betrachtet die personelle Einkommensverteilung die Verteilung der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen auf Personen oder Haushalte unabhängig davon, aus welchen Einkommensquellen es stammt.

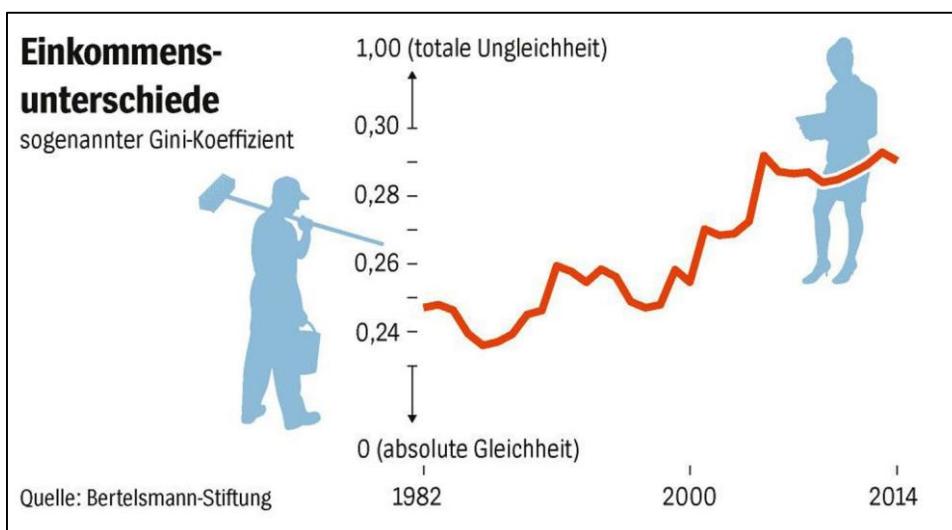
Wie kann man die Ungleichheit des Einkommens messen?

An der Lorenzkurve kann abgelesen werden, wie viel Prozent der **Merkmalssumme** auf wie viel Prozent der Gesamtheit der **Merkmalsträger** entfallen. Diese Kurve spannt sich immer zwischen den beiden Extremen der totalen Gleichheit, also der Winkelhalbierenden, und der totalen Ungleichheit auf.

Der Gini Koeffizient fasst all diese Informationen in einer einzelnen Zahl zusammen und ist somit eine Maßzahl für die **Ungleichheitsverteilung**. Um von der Lorenzkurve den Gini Koeffizienten abzuleiten, betrachtet man die Fläche, welche sich zwischen der Lorenz- oder auch **Disparitätenkurve** und der **Winkelhalbierenden** aufspannt. Diese Fläche wird auch als **Konzentrationsfläche** bezeichnet. Je größer diese Fläche ist, desto größer ist logischerweise auch der **Gini Koeffizient** und die damit verbundene **Ungleichverteilung**.



Der Gini-Koeffizient ist der Anteil der Fläche zwischen der perfekten Gleichverteilungsgerade und der beobachteten Lorenz-Kurve an der Fläche unter der Gleichverteilungsgerade. Der Gini-Koeffizient ist damit eine Zahl zwischen 0 und 1, je höher er ist, desto ungleicher ist die Verteilung.



Vernachlässigung von Umweltfaktoren: Das Bruttoinlandsprodukt berücksichtigt nicht die Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten auf die Umwelt. Wachstum kann oft auf Kosten

der Umwelt gehen, was zu langfristigen Schäden wie Luftverschmutzung, Wasserqualitätsverlust und Biodiversitätsverlust führt.

Ignorieren des informellen Sektors: In vielen Ländern macht der informelle Sektor einen bedeutenden Teil der Wirtschaft aus, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. Da diese Aktivitäten oft nicht offiziell aufgezeichnet werden, wird ihre Wertschöpfung im Bruttoinlandsprodukt nicht erfasst.

Überbewertung negativer ökonomischer Aktivitäten: Manche Ausgaben, die das Bruttoinlandsprodukt erhöhen, wie beispielsweise die Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden oder erhöhte Gesundheitsausgaben durch Unfälle und Krankheiten, reflektieren nicht notwendigerweise eine positive wirtschaftliche Entwicklung.

BIP erfasst auch nicht die Reparatur-, Rettungs- oder Korrekturaufwendungen für zunächst negativ auf die Wohlfahrt einwirkende Prozesse, wie z.B. Verkehrsunfälle, Naturkatastrophen und andere Notfälle, die jedoch positiv auf den Wert des BIPs wirken können. Andererseits geht ein Anstieg des BIPs oft auch mit Umweltschäden und -verschmutzung einher. Auch politische Stabilität und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung können von der VGR nicht abgebildet werden.

Qualität des Wachstums: Das Bruttoinlandsprodukt misst die Quantität, nicht die Qualität der wirtschaftlichen Aktivitäten. Verbesserungen in der Lebensqualität oder die Zufriedenheit der Bevölkerung werden nicht adäquat erfasst.

Freiwillige und häusliche Arbeit: Leistungen wie Hausarbeit, Kindererziehung oder ehrenamtliche Arbeit werden im Bruttoinlandsprodukt nicht berücksichtigt, obwohl sie wesentliche Beiträge zum sozialen und ökonomischen Wohlbefinden einer Gesellschaft leisten.

Das BIP erfasst darüber hinaus bei weitem nicht alle im Sinne des Wohlergehens produktiven Aktivitäten. So enthält das BIP zum Beispiel nicht die unbezahlten Eigenleistungen der Haushalte, wie die Erziehungs-, Bildungs- und Pflegearbeit von Angehörigen oder anderen Haushaltsarbeiten. Diese Arbeiten sind jedoch für das Wohl der Familien und Haushalte von großer Wichtigkeit. Gleichzeitig besteht bei der Belastung mit diesen Arbeiten eine große Geschlechterungleichheit. Die VGR und das BIP können bei diesen Fragen alleine jedoch keine Erkenntnisse liefern.

Aufgrund dieser Einschränkungen ergänzen viele Ökonomen und politische Entscheidungsträger das Bruttoinlandsprodukt mit anderen Indikatoren wie dem Human Development Index (HDI), Umweltindizes und Maßen für soziale Gleichheit, um ein vollständigeres Bild der wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte zu erhalten.

Zusammenfassung: Das BIP ist kein perfekter Wohlstandsmaßstab, weil folgende Faktoren nicht betrachtet werden:

- Verteilung des Einkommens und des Wohlstands
- Freizeit/Zeitaufwand für Produktion
- Wert von staatlichen Leistungen (kein Marktpreis → Herstellungskosten)
- Schattenwirtschaft (nicht auf dem Markt gehandelte Güter; bspw. Schwarzmarkt, Haushaltsproduktion, Ehrenamt)
- Immaterielle Werte (bspw. Qualität des Bildungs- und Gesundheitssystems)
- Nachhaltigkeit (Wohlstand zukünftiger Generationen)

- Produktionsbedingte Schäden von Umwelt, Lebens- und Arbeitsbedingungen (Externe Effekte)
- Wirtschaftliche Aktivitäten zur Beseitigung von Schäden (bspw. Überflutungen)

Für eine umfassende Beurteilung der Lebensqualität sollten daher unterschiedliche Kriterien unter anderem zu Gesundheit, Bildung, Umweltbedingungen, Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit, familiären Bindungen, gesellschaftlichen Chancen oder gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten mittels entsprechend spezialisierter Indikatoren als Maße für die Lebensqualität erfasst werden. Nicht erst seit der Finanzkrise von 2007/08 hat es deshalb eine verstärkte Diskussion um eine zweckdienliche Erfassung der wirtschaftlichen Aktivität und der Lebensqualität gegeben. Daher werden andere alternative Gesamtindikatoren entwickelt.

Beispiele für Ergänzungen zum BIP

- Gini-Index (Maß für Einkommensverteilung)
- Umweltökonomische Gesamtrechnung (UGR)
- Kaufkraftparitäten (PPP - Preis- und Kaufkraftvergleich)
- Human Development Index (HDI): Für den internationalen Vergleich der Lebensqualität wird der Human Development Index (HDI) vorgeschlagen (Amartya Sen): Er setzt sich zusammen aus:
 - der Lebenserwartung
 - der Zahl der Schuljahre
 - der Dauer der Ausbildung
 - dem BNE pro Kopf.

4.4- Wachstums- und Konjunkturschwankungen

Wachstum und Konjunkturschwankungen

Wachstum: Zunahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Konjunktur: zyklische Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität

Welche sind die wesentlichen (langfristigen!) Einflußfaktoren des Wachstums?

Von Wirtschaftswachstum spricht man, wenn der insgesamte Wert aller in einer Volkswirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen von einer Periode zur nächsten steigt. Üblicherweise wird als Wachstumsmaß die jährliche reale, also inflationsbereinigte Veränderung des Bruttoinlandprodukts (BIP) verwendet. Zahlreiche Faktoren haben Einfluss auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts:

Technischer Fortschritt, Innovation und Investition

Die zentrale Triebfeder von Wirtschaftswachstum ist die Steigerung der Produktivität, wobei Produktivität grundsätzlich das Verhältnis zwischen dem, was produziert wird (Output) und den dafür eingesetzten Mitteln (Input) bezeichnet. Die Produktivität wird von zahlreichen Faktoren bestimmt, insbesondere dem technologischen Fortschritt, dem Humankapital, dem physischen Kapital (v.a. dem IKT-Kapital wie Hardware, Kommunikationsausrüstungen und Software) und der Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen. Diese Faktoren – zwischen denen zahlreiche Wechselwirkungen bestehen – sind zentrale Elemente einer innovationsgetriebenen Wirtschaft.

Für das Wachstumspotenzial und die internationale Wettbewerbsfähigkeit spielt die Innovationsfähigkeit der Unternehmen bzw. der nationalen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit eine entscheidende Rolle. Denn die innovative Tätigkeit von gewinnorientierten Unternehmen stellt die zentrale Triebkraft von technischem Fortschritt dar. Insbesondere durch Investitionen in Forschung und Entwicklung wird ein hohes Niveau an Innovationen und somit technischer Fortschritt ermöglicht



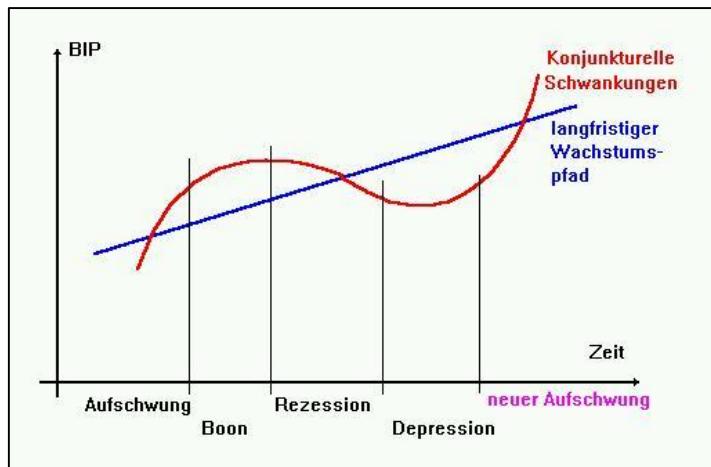
Die Arbeitsproduktivität misst die Wertschöpfung, die ein Beschäftigter mit seiner Arbeit schafft. Sie ist damit ein zentraler Indikator, um wirtschaftlichen Fortschritt zu messen.

Über die stagnierende Produktivität siehe Lesetext: Warum die Produktivität stagniert und was dagegen getan werden kann (!)

Bestimmungsfaktoren der Arbeitsproduktivität:	
Realkapital (je Arbeitskraft)	Bestand an produzierten Produktionsmitteln, die für die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen verwendet werden.
Humankapital (je Arbeitskraft)	Wissen und Fähigkeiten, die Arbeitskräfte durch Ausbildung und Berufserfahrung erwerben.
Natürliche Ressourcen (je Arbeitskraft)	Bei der Produktion eingesetzte Inputs, die von der Natur bereit gestellt werden (bspw. Land, Flüsse und Bodenschätze)
Technologisches Wissen	Wissen der Gesellschaft um die besten Wege zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen.

Unterscheidung von Konjunktur und Wachstumstrend

Während man beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum von längerfristigen Trend ausgeht, bezieht sich der Begriff Konjunktur auf die kurzfristigen Schwankungen in der Wirtschaftsleistungen um diesen Trend.



Konjunkturelle Schwankungen

4 mögliche Phasen einer Konjunkturentwicklung

Die Entwicklung der Konjunktur erfolgt in Phasen. Die einzelnen Phasen werden nach Erkenntnissen des russischen Wirtschaftswissenschaftlers Nikolai Kondratieff in vier Aufschwungphasen (siehe Grafik) unterteilt:

- Expansion, (Prosperität),
- Hochkonjunktur (Boom),
- Abschwungphase (Rezession) und
- Tiefphase (Depression)

Doch nicht alle vier Phasen treten zwangsläufig auf. So versuchen Notenbanken mit ihrer Zinspolitik Rezessionen und Depressionen zu verhindern. Einer Phase des Aufschwungs und der Hochkonjunktur folgt stets eine Abkühlung, die je nachdem, wie lange dieser dauert, auch in einer Rezession münden kann.

Was ist eine Rezession?

Das lateinische Substantiv „recessio“ bedeutet Zurückweichen und beschreibt den Begriff Rezession als das Schrumpfen der Wirtschaft.

Wann spricht man von einer Rezession?

Der am meisten verbreiteten Definition zufolge liegt eine Rezession vor, wenn die Wirtschaft saisonbereinigt (ohne Feiertage) zwei Quartale hintereinander gegenüber den Vorquartalen nicht wächst oder schrumpft. Das hat zur Folge, dass die Wirtschaftsleistung und damit Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes sinkt. Das Bruttoinlandsprodukt ist somit der wichtigste makroökonomische Indikator, um die wirtschaftliche Leistung eines Landes zu messen.

Verstärkt sich der Abschwung oder kommt es zu einer anhaltenden tiefen Rezession, also von sechs, sieben Prozent minus, spricht man von einer Depression. Charakteristisch dafür sind stark überfüllte Lager, Massenentlassungen, Verarmung, stagnierende Löhne und sinkende Aktienkurse. Es droht im Extremfall der Staatsbankrott. Die Liquidität versiegt, die Staaten können ihre Kredite nicht mehr bedienen. Ländern, die stark von Rohstoffen abhängen, werden beispielsweise in einer Rezession oder Depression hart getroffen, wenn die Preise dafür stark zurückgehen. Hohe Staatsverschuldung verkleinert den Handlungsspielraum, um

aus der Krise zu steuern. Klassisches Beispiel die Depression 1929. Das zweitgrößte Rückgang war die Finanzkrise 2008/2009.

Phasen des Konjunkturzyklus:	
Aufschwung:	Zunahme der Wachstumsraten des BIP.
Boom:	Konjunkturhoch. Beginnende Überhitzung der Wirtschaft.
Abschwung:	Abnahme der Wachstumsraten des BIP.
Rezession:	Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs, in denen das BIP in zwei aufeinander folgenden Quartalen abnimmt.
Depression:	Sehr kräftiger und langanhaltender Abschwung.

Aufschwung:

- ✓ Steigender Auftragseingang, Erhöhung der Produktion
- ✓ Arbeitslosenquote sinkt
- ✓ Geringe, aber steigende Inflation
- ✓ Niedrige, aber steigende Zinsen

Boom:

- ✓ Vollbeschäftigung
- ✓ Vollauslastung des Produktionspotentials
- ✓ Steigendes Lohn- und Preisniveau
- ✓ Steigende Zinsen
- ✓ Überhitzung des Marktes
- ✓ Sinkende Wachstumsrate

Rezession:

- ✓ Kursverluste an der Börse
- ✓ Rückgang der Nachfrage
- ✓ Überfüllte Lager
- ✓ Überstundenabbau, Kurzarbeit
- ✓ Fehlende Investitionen
- ✓ Stagnierende oder sinkende Zinsen, Preise und Löhne

Depression:

- ✓ Börsenkurse fallen
- ✓ Arbeitslosigkeit steigt an
- ✓ Deflation => Preisverfall der Güter
- ✓ Löhne und Zinsen sinken und erreichen Tiefstwert

Welche Arten von Wirtschaftsschwankungen gibt es?

Wirtschaftlichen Schwankungen lassen sich aufgrund der Länge der Zyklen unterscheiden:

Saisonale Schwankungen sind kurzfristig (etwa drei Monate) und relativ leicht vorhersehbar. Häufig werden sie durch die sich jahreszeitlich ändernden Wetterbedingungen bedingt und machen sich besonders in bestimmten, diesen besonderen Einflüssen besonders stark unterworfenen Wirtschaftszweigen, wie etwa der Bauwirtschaft, bemerkbar.

Konjunkturelle Schwankungen sind mittelfristiger Natur (etwa vier Jahre oder auch kürzer). Sie sind schwieriger in den Griff zu bekommen und sind die typische Aufgabe von Konjunkturpolitik. Sie kommen durch Ungleichgewichte zwischen gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und gesamtwirtschaftlichem Angebot zustande, die zudem noch von zeitlichen Anpassungsverzögerungen beeinflusst werden.

Strukturelle Schwankungen (Kondratjew-Zyklen) sind langfristiger Natur (rund 50 bis 60 Jahre). Sie werden durch tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft ausgelöst (Innovationen in den Schlüsseltechnologien) und haben große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Konjunktur im Duden online; von dort auch die Etymologie lateinisch coniunctura ,Verbindung‘, im Sinne von „aus der Verbindung verschiedener Erscheinungen sich ergebende Lage“, zu lateinisch coniungere ,verbinden‘.

Maßnahmen von Staat und Notenbank um Rezession zu verhindern oder einzudämmen

Geldpolitik: Zinssenkung - damit werden Finanzierungskosten günstiger.

Fiskalpolitik: Ausgabenerhöhung und/oder Steuersenkungen (zur Steigerung der Kaufkraft der privaten Haushalte). Kehrseite dieser Politik ist eine höhere Staatsverschuldung.

Außenwirtschaftspolitik: Abbau von Importhemmnissen (etwa durch Zölle) und Exportförderung.

Welche Arten von Konjunkturindikatoren unterscheidet man?

Bei den Konjunkturindikatoren unterscheidet man nach Früh-, Ist - und Spätindikatoren.

Frühindikatoren, in der Wirtschaft, beziehen sich auf die ersten Signale einer bevorstehenden Rezession oder finanziellen Krise. Frühindikatoren sind die wirtschaftliche Aktivität die im Nachhinein ausgewertet wird, um die aktuelle Wirtschaftslage zu beurteilen.

Zu den Frühindikatoren zählen die Auftragseingänge in der Wirtschaft, Investitionsabsichten sowie der Geschäftsklimaindex, zu den Ist - Indikatoren gehören die BIP - Wachstumsrate, das Preis und Zinsniveau, zu den Spätindikatoren vor allen die Entwicklung der Beschäftigung.



Arten von Konjunkturindikatoren		
Früh-indikatoren	Präsenz-indikatoren	Spät-indikatoren
ZEW-Index	Bruttoinlandsprodukt	Arbeitslosenquote
Purchasing Managers Index	Retail Sales	Consumer Price Index
Ifo-Geschäfts-klimaindex	Handelsbilanz	Big-Mac-Index
Zinsstrukturkurve	Initial Jobless Claims	

ZEW- Index= Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Index mißt die Erwartungen und Stimmung unter den Finanzinstituten

Entwicklung der Zinsstrukturkurve

Eine inverse Zinskurve hat in den vergangenen Jahrzehnten zuverlässig eine wirtschaftliche Rezession signalisiert. Vor allem der Spread (Zinsabstand) zwischen den 2- und den 10-jährigen US-Anleihen wird dazu am Markt genau beobachtet (siehe Grafik). Eine solche a-typische Zinskurve ist gekennzeichnet durch niedrige Zinsen für langjährige Anleihen und höhere Zinsen für kurzfristige Anleihen. Nach dem Eintritt einer solchen inversen Zinskurve tritt im Schnitt zwischen sechs und 24 Monaten nach dem Signal eine Rezession ein. Eine solche Entwicklung ist ein Signal dafür, dass Investoren negative Konjunkturerwartungen hegen.

Der Grund: Da Investoren mit einer Rezession rechnen, erwarten diese langfristig sinkende Leitzinsen der Zentralbanken, um dem wirtschaftlichen Abschwung zu begegnen. Sinkende Leitzinsen gehen üblicherweise mit sinkenden Anleiherenditen einher – allerdings nicht zu verwechseln mit Anleihekursen, die sich umgekehrt zum Zins verhalten.

Langfristige US-Staatsanleihen liefern beispielsweise seit Anfang 2023 geringere Rendite als kurzfristige. Da Anleger mit einer Rezession rechnen, erwarten sie langfristig sinkende Leitzinsen. Solche gehen üblicherweise mit sinkenden Anleiherenditen einher.

Warum kommt es zu konjunkturellen Schwankungen und welche Faktoren können eine Rezession hervorrufen?

Immer die Auslöser und Ursachen voneinander unterscheiden!

Auslöser von Rezessionen in der Vergangenheit

- Zu starke Zinserhöhungen, um die steigende Inflation einzudämmen, würgen die ganze Wirtschaft ab.
- Eine rasche und starke Aufwertung der betreffenden Währung lässt die Exporte einbrechen.
- Ein schockartig ansteigender Ölpreis führt zu Inflation und einem Konsumeinbruch.
- Immobilienmärkte, die eine Preisblase bilden. Ein plötzlicher Preisverfall kann dann bereits eine Rezession auslösen.
- Banken, die zu leichtfertig Kredite vergeben und eine Schuldenkrise bei Unternehmen oder Privatpersonen auslösen.
- Handelseinschränkungen, die die Außennachfrage stark einbrechen lassen.

Auslöser von Konjunkturschwankungen

- **Zunahme / Abnahme Exporte**
 - BIP Welt (aber was bestimmt BIP Welt ???)
 - Wechselkurs
- **Zunahme / Abnahme Investitionen**
 - realer Zinssatz
 - Erwartungen (aber was bestimmt Erwartungen ???)
- **privater Konsum** („Stimmung“, Sparen, Vermögen)
- **Fiskalpolitik** (Ausgaben, Steuern)
- **Geldpolitik** (vor allem restriktive)
- **Preisschocks** (Erdölpreis)
- **Politische, militärische Ereignisse** (11/9)

36

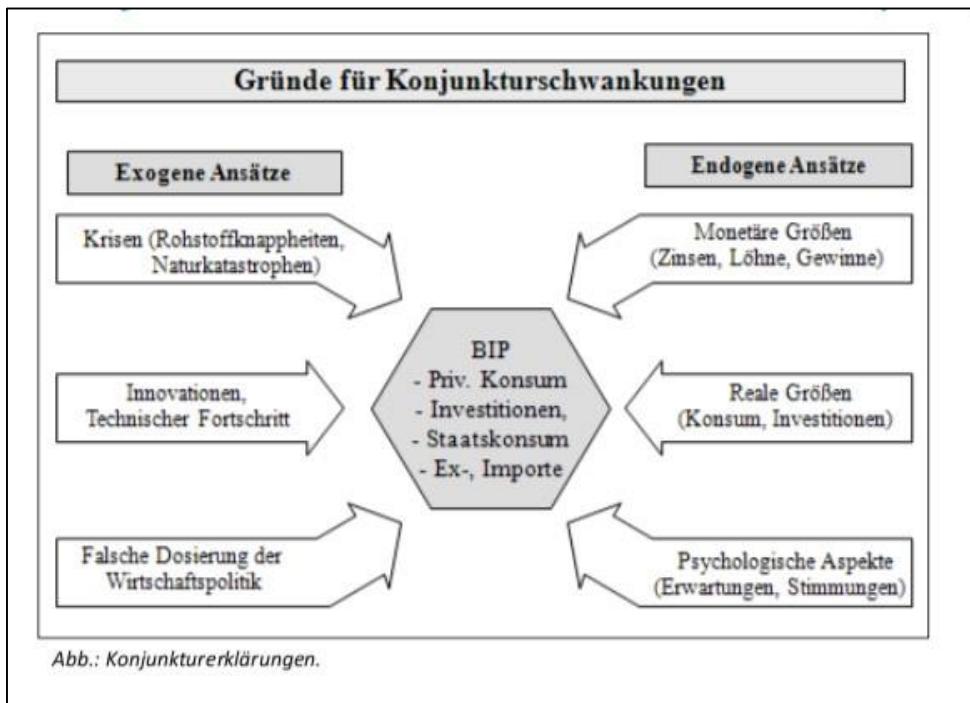
Angebotsschocks

Diese sind plötzliche, von außen ("exogen") verursachte Veränderungen des Angebotes bei einem Gut oder einer Gütergruppe. Ein Beispiel für einen Angebotsschock ist eine plötzliche Verteuerung des Erdöls. Ein Angebotsschock führt zu Kostenerhöhungen, einer Erhöhung des Preisniveaus und meist einer erhöhten Arbeitslosigkeit. Er wird am besten durch Angebotspolitik, d.h. eine Kostensenkungspolitik, bekämpft.

Nachfrageschocks

Diese sind plötzliche, von außen ("exogen") verursachte Veränderungen der Nachfrage bei einem Gut oder einer Gütergruppe. Ein Beispiel für einen Nachfrageschock ist der plötzliche Rückgang des Angebotes aufgrund einer politischen Krisensituation. Ein Nachfrageschock führt meistens zu Preissenkungen (und damit zu Problemen der Kostendeckung in den Unternehmen) und - wie ein Angebotsschock - zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit. Er kann durch Nachfragepolitik, d.h. eine Erhöhung der Nachfrage durch staatliche Maßnahmen, oder durch Angebotspolitik (Kostensenkungen) bekämpft werden.

Gründe für Konjunkturschwankungen



Die möglichen Gründe für konjunkturellen Schwankungen und Wirtschaftskrisen

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es Steitigkeiten darüber, worin die Ursachen für konjunkturelle Schwankungen zu finden sind. Einig ist man sich allenfalls darin, dass Kombinationen verschiedener Faktoren als Ursachen zu betrachten sind:

Zinsen und Geld – Monetäre Faktoren: Demnach werden Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität in erster Linie auf monetäre Faktoren, also Geldmengen- und Zinsveränderungen, zurückgeführt. Danach führen sinkende (Leit-)Zinsen und eine sich daraus ergebende Ausweitung der Kreditvergabe zu einem Aufschwung. Spätestens wenn die Produktionskapazitäten angesichts der kreditgetriebenen steigenden Nachfrage aber ausgelastet sind, erhöhen die Unternehmen die Preise. Das wiederum nötigt die Zentralbank zu Leitzinsanhebungen, um die Inflation einzudämmen – die Kreditvergabe geht zurück, ebenso die Nachfrage und die Produktion. Der Abschwung ist da.

Faktor Investitionen – Überinvestitionen: Hier wird ein Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten mit übertriebener Expansion vor allem in der Investitionsgüterindustrie begründet. Durch einen (in diesem Falle: falschen) unternehmerischen Instinkt (John Maynard Keynes sprach von „animal spirits“) verbunden mit einer Art Herdentrieb neigen Unternehmen phasenweise zu übertriebenem Optimismus, der zu übertriebenen Investitionen und einem zu starken Ausbau der Produktionskapazitäten führt. Die plötzliche Erkenntnis der Übertreibung, gewissermaßen das „Platzen der Blase“, läuten den Abbau von Überkapazitäten und damit den Abschwung ein.

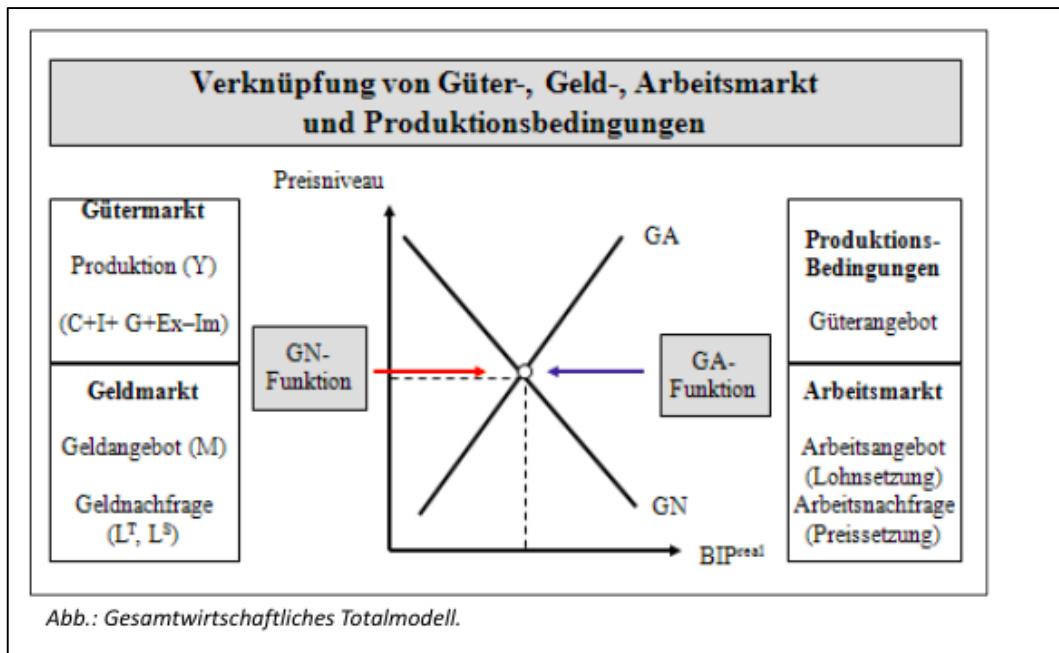
Faktor Einkommensverteilung – Unterkonsumtion: Einige Wirtschaftswissenschaftler:innen sehen die Ursache für Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität in einer ungleichen Einkommensverteilung begründet. Im Aufschwung werde viel investiert und die Gewinne sprudeln, wenn aber in dieser Situation nicht in erheblichem Maße

auch die Reallöhne steigen, können die gesteigerten Produktionskapazitäten nicht ausgelastet werden, weil die Kaufkraft und die Nachfrage der Konsument:innen fehlen. Dass diese Konjunkturtheorie auf Arbeitnehmer:innen- und Gewerkschaftsseite gerne vertreten wird, liegt auf der Hand.



Was versteht man unter gesamtwirtschaftlichem Gleichgewicht?

Als Ziel der Wirtschaftspolitik soll die Übereinstimmung von möglichem gesamtwirtschaftlichem Angebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage bei hohem Beschäftigungsstand, Preisniveaustabilität (Geldwertstabilität) und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht herbeiführen. Zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation und zwecks Zahlungsbilanzausgleich tritt die wachstumspolitische Zielsetzung hinzu.

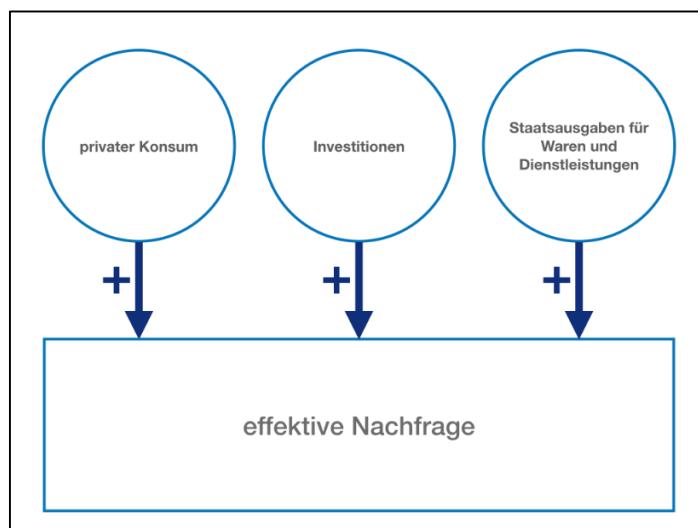


Welche sind die wesentlichen Bestandteile der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage?

Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sind autonomer (Grundbedarf) und einkommensabhängiger Konsum, die Investitionsgüternachfrage sowie die Staatsnachfrage und die des Auslands. Während Staats- und Auslandsnachfrage als exogene, wenig berechenbare Größen gelten, lassen sich für die übrigen Komponenten Modelle bilden und Vorhersagen wagen.

Viele Ökonom*innen sind sich heutzutage darüber einig, dass die **effektive Nachfrage** zumindest in der kurzen Frist die bestimmende gesamtwirtschaftliche Größe ist. Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führen zu Anpassungsprozessen auf Produktions-, Einkommens- und Ausgabeseite der Ökonomie und lösen dadurch Konjunkturbewegungen aus. Die Nachfrage selbst hängt aber wiederum von einer Vielzahl von Faktoren ab, da sie sich aus der Gesamtheit der Ausgabenentscheidungen aller Akteur*innen einer Ökonomie zusammensetzt. Die aggregierte effektive Nachfrage ist damit die Summe der Ausgaben der privaten Haushalte, der Unternehmen und des Staates. In offenen Volkswirtschaften mit Handelsbeziehungen zum Ausland kommt die ausländische Nachfrage nach inländischen Gütern, also die Exporte, hinzu, abzüglich der inländischen Nachfrage nach ausländischen Gütern, der Importe.

Eine Veränderung der Güternachfrage und damit des Produktionsvolumens wirkt sich dann wiederum auf die Nachfrage nach Arbeit in einer Volkswirtschaft aus. Damit ist die effektive Nachfrage auch für die Beschäftigung von immenser Bedeutung. Ob eine Wirtschaft nahe der Vollbeschäftigung ist oder stattdessen von Arbeitslosigkeit geplagt wird, hängt also, zumindest kurzfristig, stark von der effektiven Nachfrage auf dem Gütermarkt ab.



Der private Konsum

Der private Konsum ist in vielen Volkswirtschaften die größte Komponente der aggregierten Nachfrage. Dies gilt insbesondere für relativ große Länder und Regionen, wie die USA oder die Eurozone. Dementsprechend ist der private Konsum für das Verständnis makroökonomischer Zusammenhänge besonders wichtig. Es wäre also darüber nachzudenken, was den privaten Konsum in einer Volkswirtschaft bestimmt, d.h. was die privaten Haushalte dazu veranlasst, mehr oder weniger Güter und Dienstleistungen nachzufragen.

Entsprechend seiner empirischen Bedeutung für die Wirtschaftsleistung spielt der Konsum der privaten Haushalte auch in makroökonomischen Theorien eine zentrale Rolle. In einem makroökonomischen Modell werden die Determinanten des privaten Konsums durch die sogenannte Konsumfunktion dargestellt.

Jede makroökonomische Konsumfunktion impliziert daher auch eine makroökonomische Sparfunktion als ihr Gegenstück. Das Sparen ist dabei der Teil des Einkommens, der nicht konsumiert wird. Es ist damit noch keine Aussage darüber getroffen, was mit dem gesparten Einkommen geschieht, ob es z.B. einfach nur liquide gehalten wird oder gegen einen Zins auf dem Kapitalmarkt angeboten wird.

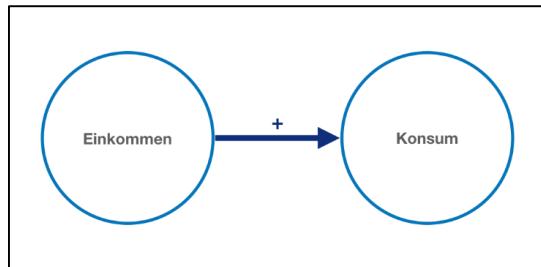
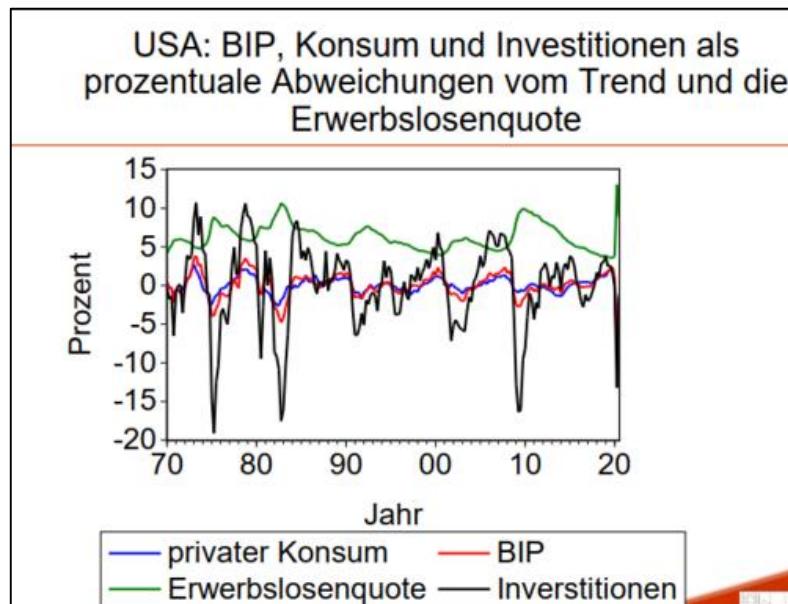


Abbildung: das laufende aggregierte Einkommen als wichtiger Einflussfaktor des aggregierten Konsums.

Die Investitionen

Investitionsausgaben sind für die kurzfristige Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage von enormer Bedeutung. Makroökonomische Variablen schwanken zwar gemeinsam ABER in einem unterschiedlichen Ausmaß! Besonders Investitionen unterliegen sehr starken Schwankungen innerhalb eines Konjunkturzyklus (vor allem in der Rezession). Sie sind in der Regel wesentlich volatiler, d.h. sie schwanken stärker als beispielsweise der private Konsum oder die Staatsausgaben.



Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Investitionen stark vom Optimismus oder auch Pessimismus der Unternehmen getrieben sind. In Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs steigen auch die Investitionen tendenziell an, während sie in einer Rezession schnell zusammenbrechen können. Aufgrund ihrer relativ hohen Volatilität sind die

Investitionen eine zentrale makroökonomische Größe, insbesondere wenn es um die Entwicklung der Konjunktur und der Arbeitslosigkeit geht. Gleichzeitig bestimmen die Investitionen das Wachstum des Kapitalstocks. Sie spielen daher auch eine zentrale Rolle bei der Entwicklung von Produktionskapazitäten, Produktivität und technologischem Fortschritt einer Ökonomie.

Zu den Investitionsausgaben gehören alle Ausgaben der Unternehmen für neu hergestellte Maschinen und Ausrüstungen (Ausrüstungsinvestitionen) sowie für den Bau von gewerblich genutzten Gebäuden (Bauinvestitionen). Hinzu kommen die sonstigen Anlageinvestitionen, die z.B. die Ausgaben für Computerprogramme oder Patente umfassen. Die Anlageinvestitionen setzen sich daher aus den Ausrüstungsinvestitionen, den Bauinvestitionen und den sonstigen Investitionen zusammen. Die Ausgaben der privaten Haushalte für den Bau von Wohnimmobilien werden auch zu den Bauinvestitionen gezählt. Staatliche Ausgaben gehören zu den Investitionen, wenn sie für Gebäude oder Ausrüstungen getätigt werden. Zu den Investitionsausgaben zählen auch die Lagerinvestitionen, d.h. der absichtliche oder unabsichtliche Aufbau von Beständen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen oder Produktionsmaterialien.

Die Investitionsfunktion bestimmt also die Investitionsausgaben der Unternehmen, welche wiederum durch die gewünschte Größe des Kapitalstocks bestimmt werden. Die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage stehen im Mittelpunkt jeder Investitionstheorie. Erwartungen sind empirisch jedoch nicht direkt messbar. In der Investitionstheorie geht es daher zu einem großen Teil darum, Variablen zu finden, welche die Erwartungsbildung der Unternehmen und damit ihre Investitionsbereitschaft beeinflussen. Solche allgemeinen Einschätzungen der Investitionsbereitschaft der Unternehmen werden oft als „**Animal Spirits**“ bezeichnet. Dieser Begriff wurde erstmals von John Maynard Keynes (1936, 161) im Zusammenhang mit der Entstehung ökonomischer Entscheidungen in einem von Unsicherheit geprägten Umfeld verwendet.

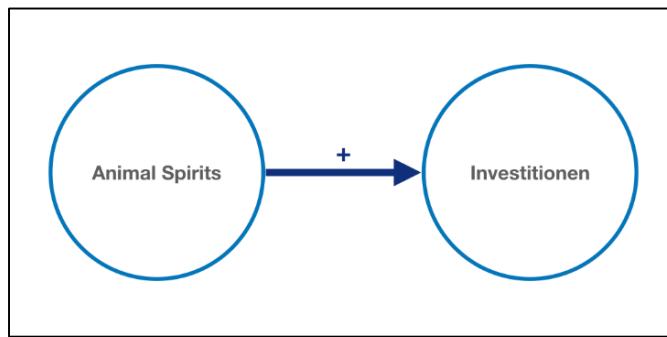


Abbildung: Animal Spirits haben einen positiven Effekt auf die Investitionsnachfrage.

Man könnte immerhin allgemeine Aussagen über wichtige Faktoren machen, die die Investitionsnachfrage oder die Animal Spirits beeinflussen. So scheint es beispielsweise plausibel anzunehmen, dass die Gewinnerwartungen der Unternehmen eine zentrale Rolle für Investitionen spielen: Wenn Unternehmen eine hohe Kapazitätsauslastung und volle Auftragsbücher mit guter Rentabilität erwarten, sind sie bereit, ihre Produktionskapazitäten zu erweitern oder in neue Technologien zu investieren. Da die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der tatsächlichen zukünftigen Nachfrage nach ihren Produkten von Natur aus unsicher sind, können die Gewinnerwartungen plötzlichen Schwankungen

unterliegen. Solche Erwartungsänderungen könnten dann auch die Reaktion der Investitionen auf andere Faktoren wie Zinssätze oder Kapazitätsauslastung beeinflussen.

Die staatliche Nachfrage

Der Staat als wirtschaftlicher Akteur spielt in allen Marktwirtschaften eine wichtige Rolle. Insbesondere trägt der Staat durch seine Ausgaben für Güter und Dienstleistungen entscheidend zur Gesamtnachfrage bei. Darüber hinaus sind staatliche Investitionen in Infrastruktur, Technologieentwicklung, Wissenschaft und Bildung eine wichtige Determinante der langfristigen Produktivitätsentwicklung.

Analyse der gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte (bzw. der Konjunkturzyklen) ausgehend von den obigen Erläuterungen:

Wenn sich im Aufschwung der Kapitalaufbau beschleunigt, sodass sein Anteil steigt und der Konsumanteil sinkt, muss sich dieses Ungleichgewicht irgendwann in einer Rezession entladen. Eine Volkswirtschaft gibt im Aufschwung einen wachsenden Anteil ihres Einkommens für neue Produktionskapazitäten aus – also Maschinen, Geräte, Wirtschaftsgebäude usw. Dabei steigt die Arbeitsproduktivität durch die neuen Ausrüstungen und die Erneuerung alter Ausrüstungen. Beschäftigte werden dann pro Stunde mehr Güter und Dienstleistungen produzieren als zuvor.

Aber nur wenn zugleich die Zahl der Jobs und/oder die Lohnhöhe steigt, wächst überhaupt auch die Nachfrage nach Konsumprodukten. Nur dann kann es stärkeres Wachstum geben. Jede Lohnstagnation bremst dagegen den Anstieg der Wirtschaftsleistung und vernichtet eher Jobs, weil bei dem Unternehmen der Anreiz zum Investieren schwindet. Der Investitionsanreiz kann aber nur auftreten, wenn neben der steigenden Nachfrage sich auch die Profitabilität verbessert. Nur so lässt die steigende Produktivität (dank der verstärkten Investitionen und anderen Effizienzverbesserungen) im Aufschwung auch die Gewinnsumme stärker steigen als die Lohnsumme. Eine steigende operative Gewinnquote wiederum besagt, nur in anderen Worten ausgedrückt, dass auch die Rendite auf das investierte Kapital (auch Profitrate genannt) wächst – zunächst einmal unabhängig davon, wohin sich die Zinsen bewegen.

Schere zwischen Produktion und Konsum

Und wenn die wachsende Konsumnachfrage durch Jobaufbau und Lohnsteigerungen überhaupt erst den Markt erweitert und damit die Grundlage für jedes Wachstum legt, hinkt sie doch im Aufschwung den Investitionen in den neuen Kapitalstock hinterher. Das heißt aber nichts anderes, als dass die Schere zwischen der Produktion von Gütern und Dienstleistung und der Konsumnachfrage im Aufschwung immer weiter aufgeht – ganz schließen lässt sich diese Schere aber gar nicht, denn die Kapitalgüter werden ja immer mit dem Ziel produziert, dass an den Maschinen und Geräten schlussendlich auch mehr Konsumprodukte entstehen, die auf dem Markt profitabel verkauft werden sollen.

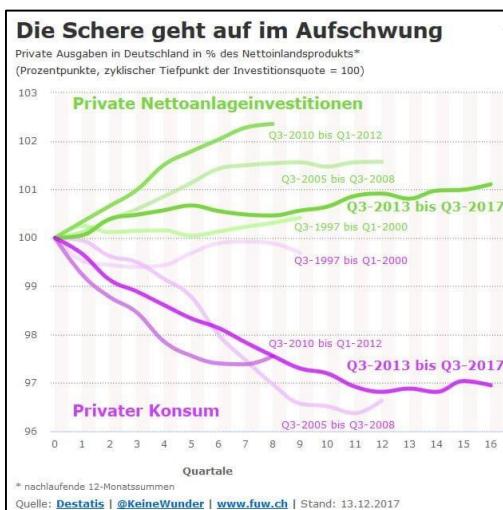
Nur solange Unternehmen Konsumprodukte mit steigender Profitabilität verkaufen können, lassen sich auch Kapitalgüter profitabel verkaufen. Die Investitionen in Kapitalgüter sind zusammen mit den operativen Gewinnen ohnehin die volkswirtschaftlichen Größen, die am stärksten schwanken (wenn wir hier zunächst einmal vom Export absehen). Und genau diese

Schwankungen machen das Auf- und Ab jedes Konjunkturzyklus aus. Dies können wir allerdings nicht erkennen, wenn wir durch diese Schwankungen hindurchsehen würden.

Trendmäßige Wachstumspfade oder die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die Investitions- und Konsumnachfrage zusammenfasst, helfen nur sehr begrenzt weiter. Nach oberflächlicher Betrachtung könnte so zum Beispiel jemand auf die Idee kommen, Deutschland stehe vor einem Boom wie 2006/07 oder 2010/11.



Um aber besser abschätzen zu können, ob jetzt der Boom kommt oder nicht, sollten wir erst einmal klären, was eine Überhitzungsphase ausmacht: Eine Überhitzung lässt sich als die Phase charakterisieren, in der die Schere zwischen Produktion und Konsum nach einer gewissen Zeit des Aufschwungs eben sehr weit aufgeht. Eine Rezession wiederum ist die Phase, in der die Schere sich wieder schließt, um dann im nächsten Aufschwung wieder aufzugehen. Die (Neu)-Investitionsquote steigt im Aufschwung, die Konsumquote sinkt oder hinkt der ersten hinterher. In der Rezession ist es genau umgekehrt. Ob aber eine Überhitzung mit stärkerer Inflation einhergeht oder nicht, kann wie oben gezeigt nicht zwingend behauptet werden.



Was wir hier sehr schön sehen können, ist, dass der Aufschwung seit Mitte 2013 nun schon so langeanhält wie kein anderer seit der deutschen Einheit. Und wir sehen noch mehr.

So spricht jedenfalls viel dafür, dass die Inflation auch durch das Tempo des Kapitalaufbaus bestimmt wird. Läuft ein Aufschwung so ab, dass in kurzer Zeit die Investitionsquote stark steigt, treibt dies die Inflation eben stärker. Oder zieht sich der verstärkte Kapitalaufbau über eine längere Zeit, dafür aber mit weniger Schwung hin, dann sollten die Preise nicht ganz so stark steigen. Letzteres würde übrigens aktuell für Deutschland zutreffen.

Bevor wir uns aber die konkreten Daten anschauen, sei kurz an folgendes fiktives Beispiel aus dem ersten Beitrag dieses Taktikblogs der Konjunkturanalyse erinnert:

Angenommen, ein Land ohne Außenhandel verteilt sein Einkommen von 100 (z.B. Mrd. Fr.) zu 80% auf den Konsum und zu 20% auf die Investitionen. Nun wächst das Einkommen um 10 auf 110, die Konsumausgaben wachsen dabei um 6 auf 86 und die Investitionsausgaben um 4 auf 24. Nehmen wir die unter Ökonomen und Statistikern so beliebten Wachstumsbeiträge, sticht der Konsum mit +6 also die Investitionen mit +4 klar aus.

Schauen wir aber auf die Anteile am Gesamteinkommen, so sinkt der Konsumanteil von 80 auf 78% (=86/110). Der Investitionsanteil aber steigt von 20 auf 22% (=24/110). Die +2 Prozentpunkte der Investitionsquote schlagen ganz klar die Konsumquote mit ihren -2 Prozentpunkten. Während die Investitionen also an Gewicht gewinnen, verliert der Konsum an demselben.

Und so kommen wir auf die zentrale These: Entscheidend für die Konjunkturentwicklung sind nicht die absoluten Wachstumsbeiträge (Konsum 6 von 10 sowie Investitionen 4 von 10), sondern die relative Veränderung der Anteile an den Gesamtausgaben (die Konsumquote sinkt um 2 Prozentpunkte, die Investitionsquote steigt um 2 Prozentpunkte).

Nur was in einer Aufschwungsphase an Gewicht gewinnt, kann auch den Aufschwung antreiben und ihn tragen. Genau so entstehen positive Konjunkturimpulse, die wir beobachten können und wenn möglich auch erklären sollten.

Um zu demonstrieren, wie wichtig die Veränderung der Quoten ist, betrachten wir genauer, welche volkswirtschaftlichen Größen das Wachstum antreiben. Eine wichtige Beobachtung dieses Jahres war, dass die privaten Unternehmensinvestitionen in der Tat einen stärkeren Beitrag zum Wachstum geleistet haben als früher und so dem Bruttoinlandsprodukt vordergründig neuen Schwung gegeben haben. Wahrscheinlich macht sich dabei auch bemerkbar, dass die Investitionen in den abgenutzten Kapitalstock nach einer so langen Aufschwungsphase tatsächlich stärker zulegen.

Ohne die volkswirtschaftlichen Abschreibungen sehen die privaten Nettoanlageinvestitionen in den neuen Kapitalstock allerdings bereits weniger rosig aus. Die Investitionsquote steigt zwar noch, aber das Tempo lässt bereits nach. Damit Deutschland auf eine regelrechte Boomphase mit wachsendem Preisdruck zusteueren könnte, sollten wir erwarten, dass die Nettoanlageinvestitionsquote eher um ungefähr einen Prozentpunkt wächst. Doch das Gegenteil ist derzeit der Fall: die Nettoanlageinvestitionsquote geht Richtung Null. Bislang spricht also einiges dafür, dass Deutschland zunächst einmal seinen Wachstumszenit erreicht hat.

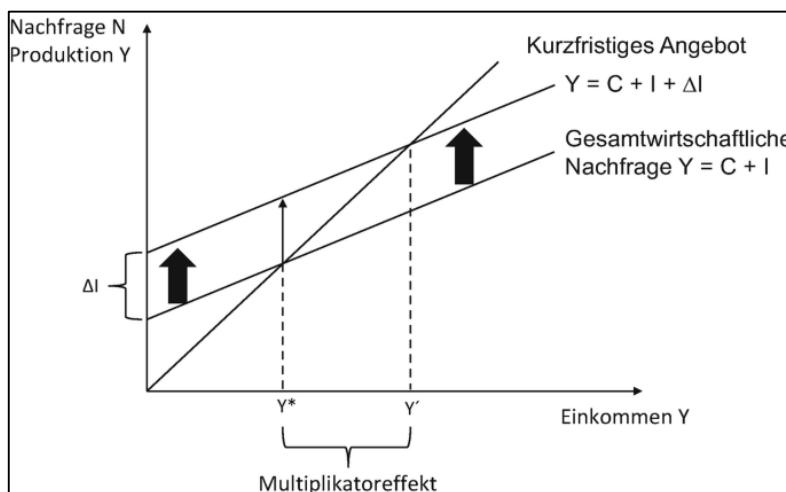


Das Gütermarktgleichgewicht und der Multiplikator

Entlang dieser Linie (siehe Abbildung) ist der Wert des Gesamtangebots auf der horizontalen Achse genau gleich dem Wert der Gesamtnachfrage auf der vertikalen Achse. Wenn sich die Wirtschaft also auf dieser Linie befindet, ist der Gütermarkt unserer Wirtschaft im Gleichgewicht. In dieser Situation stimmen die Pläne von Produzenten und Käufern genau überein, so dass es weder einen Nachfrage- noch einen Angebotsüberschuss gibt.

Was versteht man unter dem volkswirtschaftlichen Ausgaben-Multiplikator und welche Bedeutung kommt seiner möglichen Anwendung zu?

Unter dem Ausgabenmultiplikator versteht man den Effekt, daß zusätzliche Nachfrage (z.B. durch größere Staatsausgaben) sich in ihrer Wirkung auf die Wirtschaftsleistung durch die Weitergabe entsprechend der Konsumquote (Anteil des Konsums am Einkommen) multipliziert.



Die Wirkung dieses Multiplikators wird jedoch i.d.R. durch seine Finanzierung geschmälert. Erfolgt diese durch Steuererhöhung, hebt sich die Multiplikatorwirkung der zusätzlichen Ausgaben mit den negativen Multiplikatorwirkungen der Steuererhöhung gegenseitig

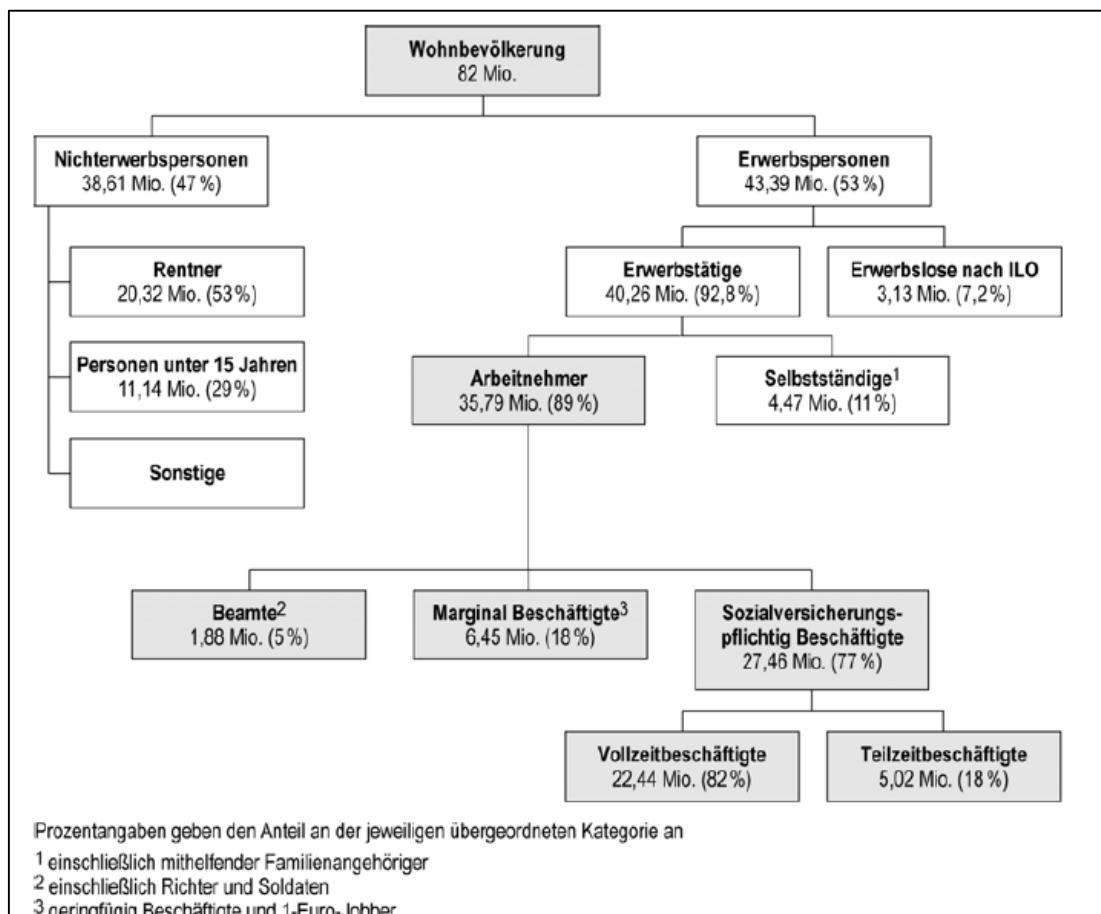
gänzlich auf (Haavelmo-Theorem). Auch eine Kreditfinanzierung schränkt die Multiplikatorwirkung ein, da der Staat durch seine Kapitalnachfrage private Nachfrage über steigende Zinsen und Investitionsgüterpreise verdrängt (Crowding Out). Dennoch sind gesamtwirtschaftliche Multiplikatorwirkungen nachweisbar, insbesondere wenn die Ausgaben gesamtstaatlich finanziert und gleichzeitig regional verwendet werden (Hauptstadteffekte, Olympische Spiele etc.).

4.5- Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung

Abgrenzung:	
Erwerbstätige	Menschen, die gegenwärtig beschäftigt sind
Erwerbslose	Menschen, die aktiv nach einer Arbeit suchen, aber nicht beschäftigt sind
Erwerbspersonen	Summe aus Erwerbstäigen und Erwerbslosen (Arbeitskräftepotenzial)
Nicht-Erwerbspersonen	Menschen, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind (Nur-Konsumenten, insb. Junge und Alte)

Die Zahl der Erwerbspersonen L setzt sich zusammen aus

- der Zahl der Beschäftigten (Erwerbstäigen) N, und
- der Zahl der Erwerbslosen U.



Die Arbeitslosenquote zeigt die relative **Unterauslastung** des **Arbeitskräfteangebots** an. Hierzu werden die offiziell registrierten Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen rechnerisch in Beziehung gesetzt.

Welche Formen der Arbeitslosigkeit gibt es?

Eine Untergliederung der Arbeitslosigkeit erfolgt vor allem nach ihren Ursachen.

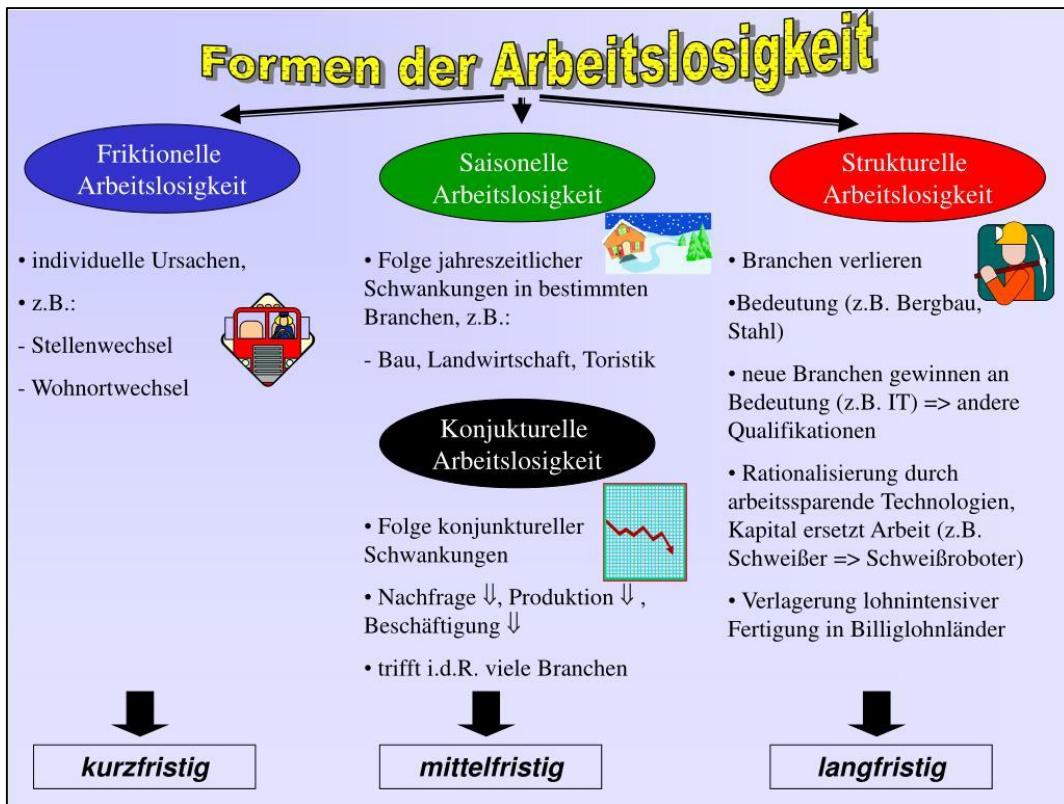
Strukturelle Arbeitslosigkeit: Strukturelle Arbeitslosigkeit ist ein vieldeutiger Begriff, der unterschiedlichste Typen von Arbeitslosigkeit zusammenfasst. Strukturelle Arbeitslosigkeit kann differenziert werden nach sektoralen, regionalen, technologischen oder qualifikationsspezifischen Ursachen. So zeigt sich, dass sich der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit zunächst vom primären Wirtschaftssektor (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) auf den sekundären (produzierendes Gewerbe) und anschließend auf den tertiären Sektor (Dienstleistungen) verlagert hat. Die damit verbundenen Anpassungsprozesse haben häufig zu struktureller Arbeitslosigkeit geführt, da den in einem Sektor beschäftigten Arbeitnehmern die Qualifikationen zur Arbeitsaufnahme in einem anderen Sektor fehlten und erst in beruflicher Weiterbildung zu vermitteln waren.

Fiktionelle Arbeitslosigkeit: Unter fiktioneller Arbeitslosigkeit (auch Fluktuationsarbeitslosigkeit oder Sucharbeitslosigkeit genannt) versteht man die häufig unvermeidliche Arbeitslosigkeit zwischen der Aufgabe der alten und dem Finden einer neuen Tätigkeit. Sie ist in der Regel nur von kurzer Dauer und auch in Phasen einer Vollbeschäftigung unvermeidlich. Eine solche Arbeitslosigkeit ist eine Begleiterscheinung aller durch Arbeitsvertragsfreiheit gekennzeichneten Arbeitsmärkte.

Saisonale Arbeitslosigkeit: Saisonale Schwankungen ergeben sich im Jahresverlauf aufgrund von Klimabedingungen (z. B. Arbeitslosigkeit in der Bau- oder Landwirtschaft im Winter) oder aufgrund von Nachfrageschwankungen (z. B. in der Tourismusbranche in der Nebensaison). Arbeitslosigkeit, die dadurch entsteht, dass einige Sektoren der Volkswirtschaft jahreszeitbedingt unterschiedlich ausgelastet sind, bezeichnet man als saisonale Arbeitslosigkeit.

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit: Sie tritt auf, wenn die Konjunktur schwächer wird und die Nachfrage zurückgeht. Bei einem Mangel an Absatzmöglichkeiten entlassen die Unternehmen Arbeitskräfte, die sie im Aufschwung wieder einstellen. Eine schwache Konjunktur betrifft aber alle Wirtschaftsbereiche, wie das Produzierende Gewerbe, die Exportwirtschaft und die Dienstleistungen unterschiedlich. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit kann ein kurz- oder mittelfristiges Problem sein, sie kann aber auch bei anschließend nur langsam wieder wachsender Wirtschaft zu einem langfristigen Problem werden. In diesen Fällen werden aus Konjunkturarbeitslosen immer öfter Langzeitarbeitslose, die viele Monate oder Jahre arbeitslos sind.

„Freiwillige“ und „unfreiwillige“ Arbeitslosigkeit: Unterschieden wird in der Arbeitsmarkttheorie auch zwischen "freiwilliger" und "unfreiwilliger" Arbeitslosigkeit. "Freiwillige" Arbeitslosigkeit bezieht sich dabei darauf, dass bestehende Arbeitsplätze wegen einer zu geringen Lohnhöhe, wegen zu kurzer Befristung, zu langer Berufswege, fehlender Berufsperspektiven, nicht ganzjähriger oder unterwertiger Beschäftigung nicht angenommen werden. Entweder weil überhaupt auf Arbeit verzichtet wird oder weil der Arbeitslose auf die Suche nach einer besseren Beschäftigung geht. "Unfreiwillige" Arbeitslosigkeit hingegen bezeichnet die Unmöglichkeit einen Arbeitsplatz zu herrschenden Bedingungen zu finden.



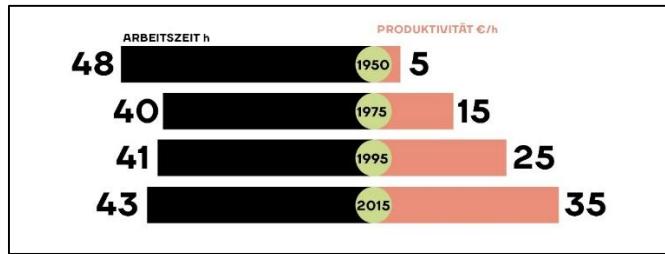
Das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes wurde seit den frühen 70er Jahren ständig und immer eklatanter verfehlt. Die Arbeitslosigkeit war kein Konjunkturphänomen mehr. Besonders besorgniserregend war, dass die „Sockelarbeitslosigkeit“ von einem Konjunkturzyklus zum nächsten stieg.

Sockelarbeitlosigkeit: ist der Anteil an Arbeitslosigkeit, die selbst dann bestehen bleibt, wenn die Konjunktur sich vollständig erholen würde. Um sie zu bestimmen, geht man von einer Vollauslastung der wirtschaftlichen Kapazitäten aus



Was ist der Wert von Arbeit und Arbeitszeitverkürzung?

Für die Produktion einer bestimmten Menge von Gütern wird dadurch im Schnitt weniger Arbeitszeit benötigt, die gleiche Arbeit ist schneller erledigt. Das schafft mehr Wohlstand. Die offene Frage ist: Wer profitiert von diesem Wohlstandswachstum? Und sind diese Produktivitätssteigerungen auch ökologisch nachhaltig? Denn trotz der gestiegenen Produktivität ist die durchschnittliche Arbeitszeit in den letzten Jahrzehnten gewachsen.



Seit 1950 ist die Arbeitszeit nur leicht gesunken - obwohl wir siebenmal so produktiv sind.

Es geht in der Frage der Arbeitszeit nicht nur um ökonomische Zusammenhänge, sondern auch darum, allen Menschen Teilhabe an der Gesellschaft gesichert werden kann. Dazu braucht es Erwerbsarbeit, um das Auskommen zu sichern. Ebenso sichert Arbeit die Beteiligung an gemeinsamen gesellschaftlichen Prozessen, sie gibt eine Struktur für den Lebensalltag und einen Stellenwert in der Gesellschaft. Diese sozialen Effekte sind wesentliche Merkmale guter Arbeit, die zum Wohlergehen der Gesellschaft und zum Funktionieren der Wirtschaft beiträgt, ohne krank zu machen und genügend Zeit lässt für Familie und Freunde für Freizeit.

Diese sozialen Argumente gemeinsam mit der steigenden Produktivität sprechen für eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit.

Was wird diskutiert?

Talking Point	Faktencheck
Eine Arbeitszeitverkürzung sorgt für den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet damit Arbeitsplätze.	Verschiedene Studien zeigen, dass Arbeitszeitverkürzung zu einem Anstieg der Produktivität, etwa durch eine bessere Gesundheit (weniger Stress, mehr Freizeit) führt (De Spiegelaere und Piasna, 2017). Auf internationaler Ebene sind Länder mit höherer durchschnittlicher Arbeitszeit generell weniger produktiv als Länder mit kürzerer Arbeitszeit (Rehm und Tesar, 2018).
Die Arbeitszeit wird sofort von 40h auf 30h gesenkt. Dadurch werden viele Betriebe pleitegehen.	Die Ausgestaltung einer Arbeitszeitverkürzung ist nicht fix vorgegeben, sondern kann im Rahmen von politischen Prozessen so gestaltet werden, dass sowohl Betriebe ihre Abläufe als auch ArbeitnehmerInnen ihre Lebensführung Schritt für Schritt anpassen können. Zur Umsetzung einer Arbeitszeitverkürzung gibt es verschiedene Modelle. (De Spiegelaere und Piasna, 2017)
Viele Jobs erfordern längere Arbeitszeiten als 30 Stunden pro Woche.	Arbeitszeitverkürzung muss nicht unbedingt eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bedeuten. Höherer Urlaubsanspruch oder

	Zeitausgleich, Karenzmodelle für Familie oder Weiterbildung, zusätzliche Feiertage oder Sabbaticals reduzieren ebenfalls die Arbeitszeit.
Niemand will weniger arbeiten.	Die durchschnittlich gewünschte Arbeitszeit in Österreich beträgt laut einer Studie von Eurofound (2016) etwa 31 Stunden. Die Arbeitszeitpräferenz hängt zudem von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab und ist damit politisch gestaltbar. (Huemer, 2017)
Die Länge der Arbeitszeit folgt wirtschaftlichen Notwendigkeiten.	Die Arbeitszeit ist das Ergebnis eines politischen Aushandlungsprozesses und spiegelt gesellschaftliche Machtverhältnisse wider. Es geht um die Verteilung des erarbeiteten Wohlstandes.
Wer mehr arbeitet leistet mehr.	Bei langer Arbeit wird man keineswegs produktiver. Die Konzentration nimmt ab, die Arbeitsschritte dauern länger und das Unfallrisiko steigt.

Welche Probleme entstehen durch Arbeitslosigkeit?

- Verlust an potentieller Produktivität und damit Wohlstand
- Kosten für den Staat (finanzielle Unterstützung der Arbeitslosen)
- Einnahmeausfälle des Staates (keine gezahlten Steuern und Sozialbeiträge)
- Private und soziale Kosten der Arbeitslosigkeit (Verlust von Humankapital, Einkommen, Lebensqualität, Zufriedenheit etc.)

- ➔ Ernsthaftige Probleme bei zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit

Ungleiche Einkommenverteilung

Welche Einkommensarten gibt es und wodurch unterscheiden Sie sich?

Einkommen entstehen bei der Verteilung der Verkaufserlöse und unterteilen sich daher zunächst in Löhne und Gewinne. Durch die Umverteilung durch den Staat entstehen die Transfereinkommen (Übertragungen, Leistungen ohne Gegenleistungen).

Was versteht man unter öffentlichen Gütern? Wodurch unterscheiden diese sich von anderen Gütern?

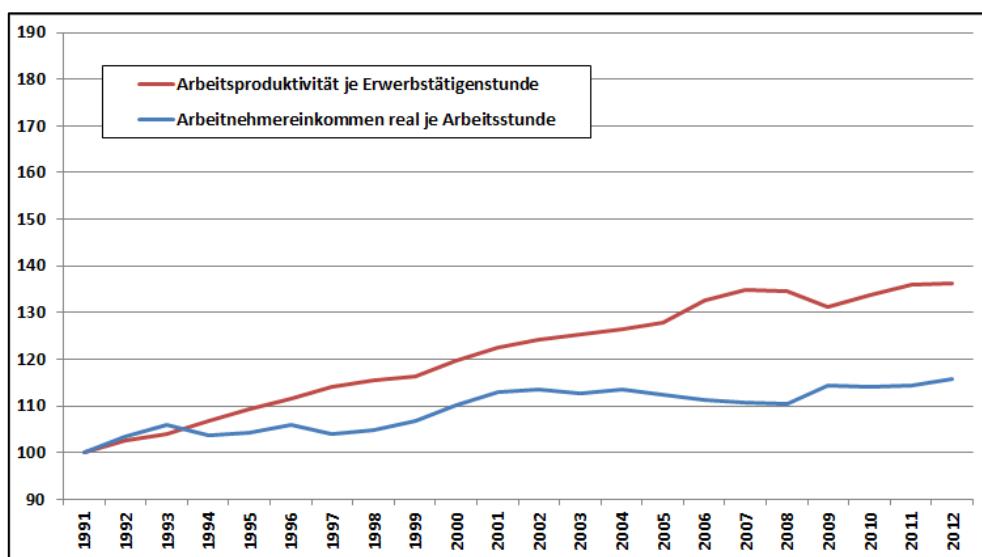
Öffentliche Güter sind Leistungen des Staates (Bildung, Verwaltung, innere und äußere Sicherheit), welche vom Staat durch Steuern finanziert und mangels Marktpreisen mit Kosten bewertet werden. Sie stehen i.d.R. allen kostenfrei bzw. kostengünstig zur Verfügung.

Was versteht man unter Lohnquote?

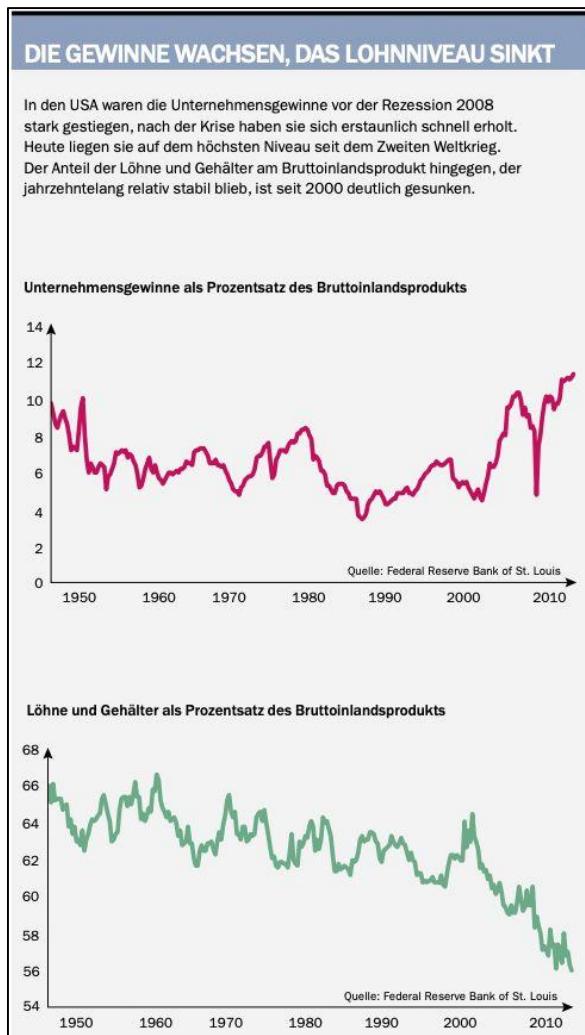
Unter Lohnquote den versteht man den Anteil der Löhne am Nettosozialprodukt (Volkseinkommen).

Die Arbeitsproduktivität je Erwerbstägerstunde in Deutschland wächst seit Jahrzehnten beständig an. Pro Arbeitsstunde werden damit immer mehr Waren und Dienstleistungen produziert. Die abhängig Beschäftigten selbst aber profitieren davon nur unterdurchschnittlich: Ihr inflationsbereinigter Stundenlohn wächst weit weniger stark als ihre Produktivität. Kapital- und Gewinneinkommen hingegen profitieren.

Durch immer effizientere Technologien und durch eine zunehmend bessere Ausbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden die Erwerbstägen in Deutschland immer produktiver. Seit 1991 ist ihre Produktivität je Erwerbstägerstunde um über 36 Prozent angestiegen. Ihr inflationsbereinigter (realer) Stundenlohn allerdings wuchs im genannten Zeitraum nur um knapp 16 Prozent. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstägerstunde sowie das reale Arbeitnehmereinkommen je Arbeitsstunde im wiedervereinigten Deutschland seit 1991.



Fast im gesamten hier abgebildeten Zeitraum wachsen die Arbeitnehmereinkommen langsamer als die Produktivität (dies gilt in ähnlicher Weise auch für die USA). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer produzieren also immer mehr, werden aber an dieser Mehrproduktion nur in geringem Umfang beteiligt.



4.6- Geldmarkt, Finanzmarkt, Zinsen und Kredite

Was ist Geld und was sind die Funktionen des Geldes?

Geld ist ein Gut, welches gleichzeitig drei Funktionen erfüllt:

- Rechenmittel bzw. Wertmaßstab
- staatlich anerkanntes Tausch- bzw Zahlungsmittel

Die Rechenmittelfunktion bedeutet, dass wir alle Güter nicht in anderen Gütern sondern in Geld bewerten und dadurch für Tauschzwecke vergleichbar machen. Wir rechnen nicht in Gütern - 1 Mercedes = x Smarts = y VW Golf = z Opel Astra, also 1 VW Golf = x/y Smarts oder x/z Opel Astras. Wir rechnen stattdessen in Geld. Mit Geld als einheitlichem Maßstab lassen sich der Rechenweg abkürzen. 1 Mercedes = 50 000 €, 1 VW Golf = 20 000 €, 1 Smart = 10 000 €, also 1 Golf = 2 Smarts. Interessant ist hier am Rande, dass in Deutschland und anderen Euro-Länder die D-Mark und andere abgeschaffte Währungen zwar keine Zahlungsmittelfunktion mehr haben aber trotzdem bei vielen Leuten als Recheneinheit dienen.

- Wertaufbewahrungsmittel

Die Wertaufbewahrungsfunktion bedeutet, dass Kaufkraft ohne Wertverlust (aber auch ohne Zinsen) in Form von Geld aufbewahrt werden kann. Im Vordergrund steht in der neoklassischen Makroökonomik die Zahlungsmittelfunktion. Ein Geldstrom ist – quasi als Schmiermittel – notwendig um den Güterstrom zu bewegen.

Welche Motive beeinflussen die volkswirtschaftliche Geldnachfrage?

Als Motive der Geldnachfrage werden bezeichnet:

- Transaktionsmotiv (LT):

Menschen benötigen Geld um es als Tauschmittel einsetzen zu können, als Mittler für Kauf und Verkauf

- Vorsichtsmotiv

Geld wird gehalten um unvorhergesehene Transaktionen zu tätigen, aus Gründen der Absicherung gegen die alltäglichen Unwägbarkeiten.

- Spekulationsmotiv

Vermögen wird in Form von Geld zu Wertaufbewahrungszwecken gehalten, in der Erwartung dessen Wertsteigerung)

Welche Arten des Geldes gibt es?

- Zentralbankgeld
- Geschäftsbankengeld

Geldmarkt

Nur ein fiktiver Markt, da Geld kein Gut im eigentlichen Sinn ist.

Das Gleichgewicht wird beschrieben durch: Geldangebot (M) entspricht der Geldnachfrage (kPY)

Cambridge-Gleichung:

$$M = kPY$$

Quantitätsgleichung:

$$Mv = PY \quad (v = \text{Umlaufgeschwindigkeit})$$

Frage nach dem Wesen von Geld und Zins:

Neoklassik: Monetarisierte Wirtschaft ($W - G - W'$) ; monetäre Theorie des Tausches ($G - W \dots MP \dots W' - G'$) ; Geld ist hier neutral und ist Transaktionsmittel.

Der Zins ist in der Neoklassik eine Belohnung für das Sparen.

Keynes: Geld ist nicht neutral (Transaktionsmittel und Wertaufbewahrungsmittel). Der Zins ist eine Belohnung für die Aufgabe von Liquidität. (In der Theorie von Keynes ist eine monetäre Theorie der Produktion impliziert.)

Steigt die Geldmenge, steigt auch das Preisniveau. Eine Verdopplung der Geldmenge führt unter sonst gleichen Umständen zu einer Verdoppelung des Preisniveaus.

Inflation ist im neoklassischen Modell immer auf eine zu große Geldmenge zurückzuführen. Hieraus folgt für die Geldpolitik: Die Zentralbank darf die Geldmenge nur in dem Maße steigen lassen wie die Gütermenge steigt (unter Berücksichtigung einer veränderten Kassenhaltung bzw. Umlaufgeschwindigkeit des Geldes)

Güter- und Kapitalmarkt: Kapitalangebot (=Ersparnis) hängt positiv vom (Real-)Zinssatz ab.

Investition hängt negativ vom (Real-)Zinssatz ab.

Andererseits ist für die Unternehmen eine Ausweitung der Produktion rentabel. Dafür benötigen sie aber einen größeren Kapitalstock, d.h. Investitionen. Sie werden also versuchen die Haushalte durch höhere Zinsen zum Sparen zu verleiten.

Der Zinssatz steigt, bis sich ein Gleichgewicht einstellt. → Es gibt immer einen Ausgleich zwischen Ersparnis und Investition.

Geldangebot wird von der Zentralbank festgelegt.

Geldnachfrage hängt von der Kassenhaltung der Wirtschaftssubjekte bzw. der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, vom Preisniveau und Gütervolumen ab. Da Kassenhaltungskoeffizient bzw. Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und das Gütervolumen als konstant angenommen werden, muss unter diesen Annahmen der Ausgleich zwischen Geldangebot und Geldnachfrage durch eine Veränderung des Preisniveaus erfolgen.

Fazit des Modells: Es kommt immer zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den Märkten. Staatseingriffe auf dem Arbeitsmarkt oder beim Güter- und Kapitalmarkt sind zur Stabilisierung unnötig. Auf dem Geldmarkt darf die Zentralbank die Geldmenge nur im Umfang des Wachstums des Sozialprodukts und der Veränderung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöhen. Eine Geldmengenerhöhung, die über dieses Ausmaß hinausgeht, führt nur zu Inflation.

Der Kapitalmarktzins ist der Zins für **langfristige Kredite** oder für **langfristige Wertpapiere**. Dieser wird gemessen an der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere. Der Kapitalmarktzins beruht auf Angebot und Nachfrage. Die oberste Grenze des Kapitalmarktzinses wird von den erwarteten Renditen der Investitionen bestimmt.

Ersparnisse: Anteil des Einkommens, das nicht für Konsumausgaben verwendet wird.

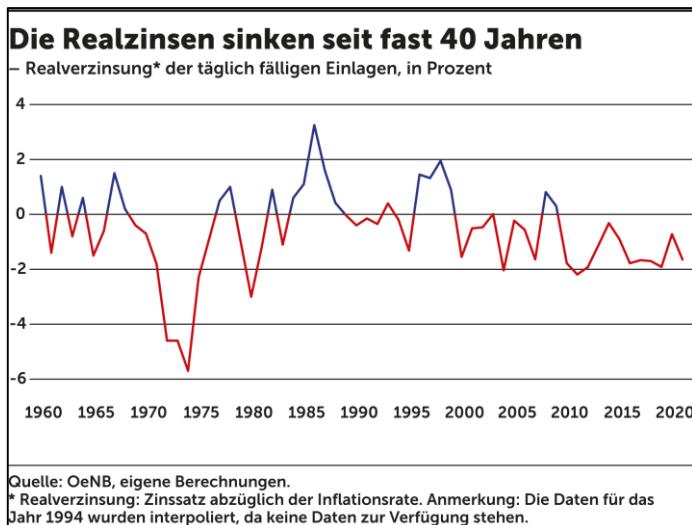
Investitionen (hier: Sachinvestitionen) werden durch Ersparnisse finanziert. Diese sind Ausgaben zur Erhöhung des physischen Kapitalbestandes (bspw. Maschinen, Immobilien usw.)

Finanzkapital: finanzielle Mittel, die für Investitionsausgaben verfügbar sind.

Finanz- bzw. Kreditmarkt: Markt, auf dem diejenigen, die sparen möchten, finanzielle Mittel anbieten und diejenigen, die investieren wollen, finanzielle Mittel nachfragen.

Zinssatz: Preis eines Kredites bzw. Ertag aus Ersparnissen (in % p.a.)

Sinkende Zinsen erleichtern die Refinanzierung, verbessern die Geldversorgung und beschleunigen das Wachstum der Geldmenge. Sinkende Zinsen begünstigen aber auch die Kreditnachfrage und könnten somit wirtschaftliches Wachstum fördern. Trifft die Zinssenkung auf eine Realwirtschaft, in der die Unternehmen ohnehin mit hoher Liquidität ausgestattet sind, sich aber in niedriger Gewinnerwartung mit Investitionen zurückhalten, wäre die eingangs angeführte Zinssenkung einzig inflationsfördernd.



Was versteht man Sie unter Mindestreservesätze und welche Folgen hat eine Erhöhung durch die Zentralbank?

Mindestreserven sind Prozentanteile der Einlagen bei den Geschäftsbanken, welche nicht weiter verliehen werden dürfen, d.h., diese Teile stehen dem Kreditgeschäft nicht mehr zur Verfügung. Die Höhe der Mindestreservesätze wird durch die Zentralbank in der Regel in Abhängig von der Sicherheit und Liquidität der Einlage festgesetzt. Eine Erhöhung dieser Sätze entzieht den Banken und damit dem Kreditgeschäft Geld, erhöht damit die Zinsen und vermindert somit das Geldmengenwachstum. Der Einfluß der Veränderung der Mindestreservesätze auf das Geldmengenwachstum gilt als deutlich und rasch wirksam. Die Mindestreservehaltung zwingt die Geschäftsbanken zur Refinanzierung bei der Zentralbank und ist somit die Voraussetzung für die Wirksamkeit der Leitzinsen.

4.7- Inflation, Preisniveau, Deflation

Wie kann man den Begriff Geldwert definieren und die Faktoren, die ihn beeinflussen können, beschreiben?

Unter Geldwert versteht man die äußere und innerer Kaufkraft einer Währungseinheit. Während die Veränderung der inneren Kaufkraft mit der Inflationsrate gemessen wird, beschreiben die Wechselkurse die äußere Kaufkraft.

Definieren Sie den Begriff Inflation und nennen Sie mindestens zwei mögliche Ursachen ihrer Entstehung.

Als Inflation bezeichnet man eine dauerhafte und durchgängige Erhöhung des Preisniveaus, sie findet auf den Märkten statt. Wörtlich übersetzt heißt *Inflation* „aufblasen“ oder „aufblähen“.

Ein Preisindex wie zum Beispiel der BIP-Deflator misst das Preisniveau. Dieser wird als Quotient aus nominalem (in jeweiligen Preisen) und realem (preisbereinigt) BIP errechnet.

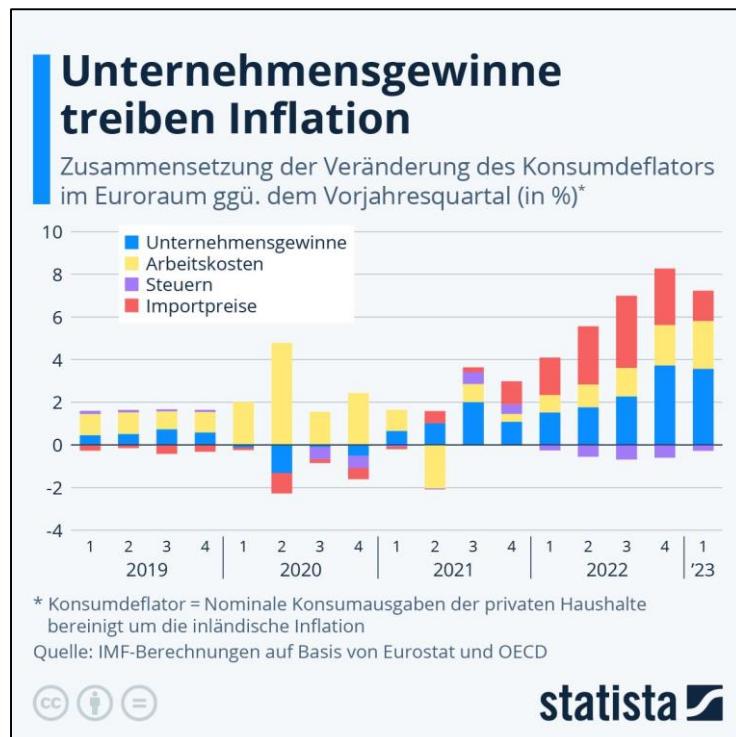
BIP-Deflator= BIP (nominal) / BIP (real)

Auf der Angebotsseite können (1) Kostendruck, z.B. durch stark steigende Rohstoffpreise (Ölkrise), höhere Personalkosten, höhere Steuersätze und (2) Gewinndruck durch Monopolisierungstendenzen die Inflation befördern.

Auf der Nachfrageseite sind es (3) ein direkter Nachfrageanstieg z.B. bei optimistischer Einkommenserwartung sowie ein indirekter Nachfrageanstieg durch vermehrte Geldzufuhr (Geldmengeninflation 4), welche preis- und damit inflationstreibend wirken.

Verschiedene Ursachen (Stützungskäufe einer schwachen Währung, zwangswise Exportüberschuss etc) können zu importierten Inflation (5) führen.

Steigen die Preise, ist das vorhandene Geld weniger wert, denn fürs gleiche Geld kann der Konsument weniger kaufen – die Kaufkraft sinkt.



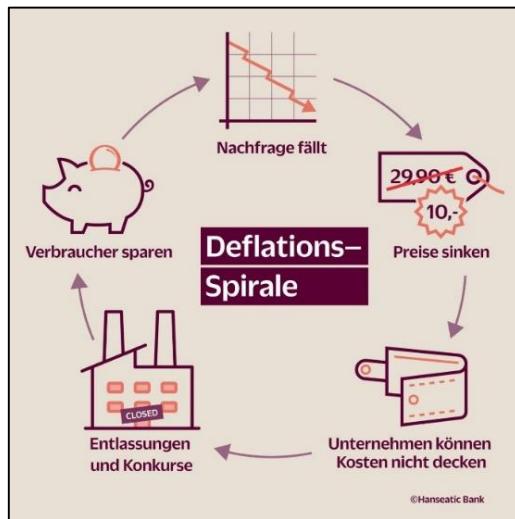
Steigen die Löhne und Gehälter in gleichem Maße, bleibt die Kaufkraft erhalten und es kommt nicht zur Inflation. Steigen die Löhne und Gehälter jedoch langsamer als die Preise, sinkt die Kaufkraft und es kommt zur Inflation.

Die Inflation wird ermittelt, indem ein volkswirtschaftlich durchschnittlicher bzw. repräsentativer Warenkorbs erstellt wird. Die Preise der enthaltenen Waren (Nahrungsmittel, Kleidung etc.) und Dienstleistungen (Friseurbesuch, Versicherungen, etc.) werden ermittelt und mit den Preisen der gleichen Waren zum Vorjahreszeitpunkt verglichen.



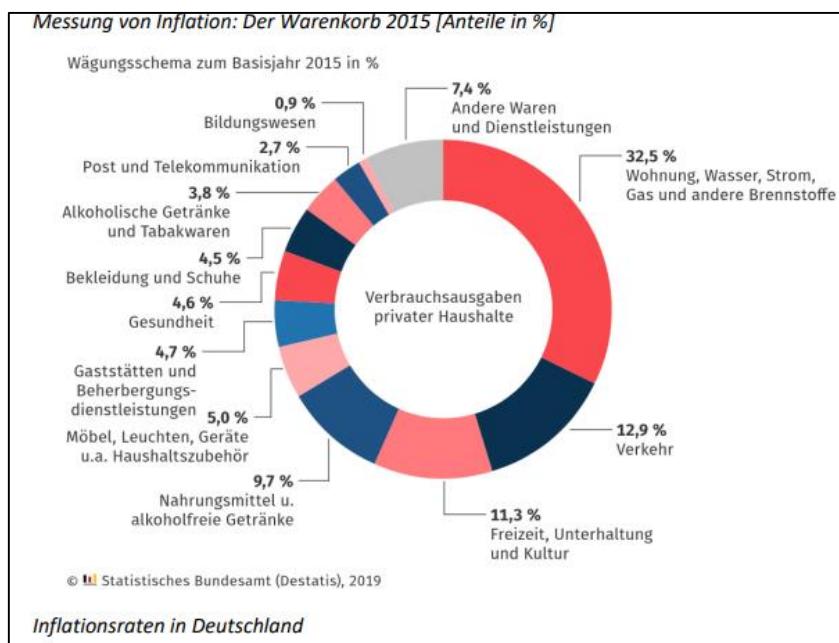
Bei der Deflation sinkt langfristig das allgemeine Preisniveau ab, dadurch steigt die Kaufkraft des Geldes – es ist mehr wert. Das Angebot an Waren und Dienstleistungen ist größer als die Nachfrage. Dadurch sinken die Preise immer weiter. Für die gesamte Wirtschaft des Landes

kann das mittel- und langfristig zu Insolvenzen, steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen führen. Ursachen können zum Beispiel ein Exportrückgang oder ein entstandener Angebotsüberschuss sein. Die Deflation kommt deutlich seltener vor als die Inflation.



Die Inflationsrate entspricht der prozentualen Veränderung des Preisniveaus gegenüber der Vorperiode.

Die **Inflationsrate** beruht auf dem Verbraucherpreisindex. Dieser misst monatlich die durchschnittliche **Preisentwicklung** aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte in Deutschland für Konsumzwecke kaufen. Die hierdurch festgestellte Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat oder zum Vorjahr wird als Teuerungsrate, bzw. als Inflationsrate bezeichnet.



4.8- Außenbeziehungen der Wirtschaft

Die Außenwirtschaftslehre fragt nach den Konsequenzen, die aus der internationalen Verflechtung eines Landes entstehen.

Was sind die Ursachen des internationalen Güterhandels?

Kosten- und Preisunterschiede in der internationalen Arbeitsteilung

Außenwirtschaftliche Transaktionen werden in der Zahlungsbilanz erfasst.

ZAHLUNGSBILANZ		
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 2020		
BILANZPOSITION	MIO. EURO	ERLÄUTERUNG
Warenhandel (Handelsbilanz)	+ 189.532	Exporte und Importe von Waren
Dienstleistungen	+ 1.631	Exporte und Importe von Dienstleistungen
Primäreinkommen	+ 92.497	Arbeits- und Kapitaleinkommen
Sekundäreinkommen	- 51.582	Unentgeltliche Leistungen, für die keine unmittelbare wirtschaftliche Gegenleistung erfolgt, z. B. Überweisungen von ausländischen Arbeitskräften in ihre Heimatländer, Beiträge an internationale Organisationen
LEISTUNGSBILANZ		+ 232.078
Vermögensänderungen	- 4.771	Unentgeltliche Leistungen, die nicht das Einkommen der beteiligten Länder verändern (z. B. Schuldenerlass) und nur einmalig erfolgen
Kapitalbilanz	+ 231.103	Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland und ausländischer Unternehmen in Deutschland Kauf und Verkauf von Wertpapieren
Darunter: Währungsreserven	- 51	International als Zahlungsmittel anerkannte Währungsbestände, insbesondere US-Dollar
Nicht aufgliederbare Transaktionen	+ 3.796	

Tabelle 9 | Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/2021, S. 76*

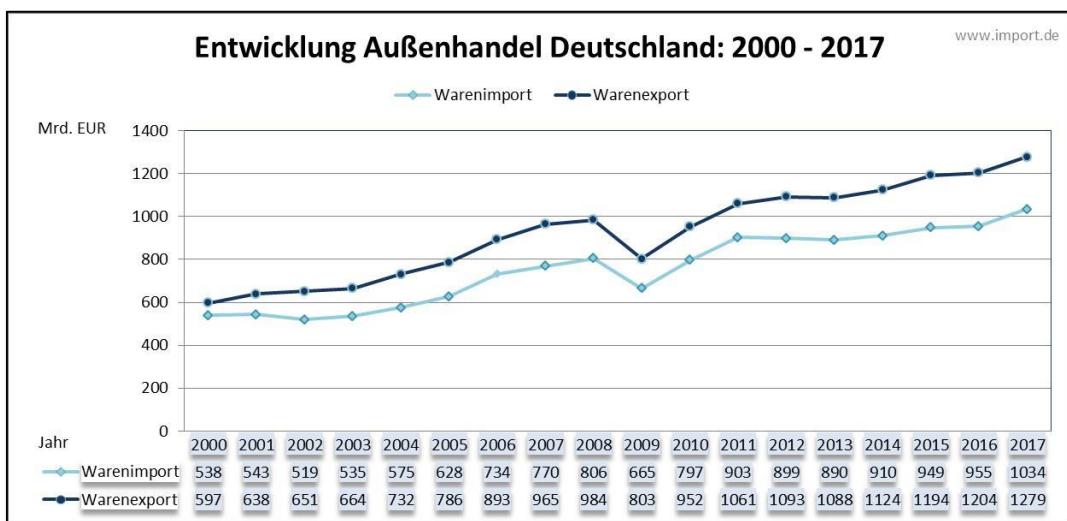
Per Definition ist die Zahlungsbilanz im Ganzen ausgeglichen. „Unausgeglichen“ können nur Teilbilanzen sein.

Was ist unter „außenwirtschaftlichem Gleichgewicht“ zu verstehen?

Bei Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes, zu Zeiten weltweit fester Wechselkurse (des bis 1973 geltenden Bretton-Woods-Systems), war eine ausgeglichene Devisenbilanz vordringliches außenwirtschaftliches Ziel: Bei dauerhaften Devisenverlusten drohte eine Abwertung der Währung, bei dauerhaften Zuflüssen ein „importierte“ Inflation.

Abgesehen davon galt es nach nachfrageseitiger Logik, ein Leistungsbilanzdefizit als „Abzugsposten“ der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu vermeiden. Umgekehrt galt ein Leistungsbilanzüberschuss als unfein: als Indiz für den Versuch, Beschäftigungsprobleme auf Kosten der Handelspartner zu lösen („Beggar-my-neighbour“-Politik“). Heute kann allenfalls die Vermeidung „übermäßiger“ Auslandsverschuldung (fortlaufender Leistungsbilanzdefizite, d.h. von Kapitalimporten) als konsensfähiges Ziel gelten. Was als „übermäßig“ zu werten ist, kommt aber auf die Verwendung der Kapitalimporte an: Wenn sie produktiv verwendet, d.h. investiert werden, kann man die Auslandsschulden später auch bedienen. Wenn sie „verfrühstückt“ - also konsumiert - werden, hat man in der Tat irgendwann ein Problem.

Umgekehrt sind auch ständige Leistungsbilanzüberschüsse, wie sie Deutschland am aktuellen Rand verzeichnet, nicht stets unproblematisch. Denn: Spiegelbild von Leistungsbilanzüberschüssen sind tendenziell Kapitalexporte. Während also manche Beobachter Deutschlands Exportüberschüsse als Beleg internationaler Wettbewerbsfähigkeit werten, sehen andere in ihnen Anzeichen für eine ausgeprägte Standortschwäche: dafür, daß Investitionen im Ausland attraktiver sind.



Was versteht man unter dem Begriff komparativen (Kosten-) Vorteil?

Unter dem komparativen (Kosten-) Vorteil versteht man die Ursache des Außenhandels, welche weniger auf Kostenunterschiede zwischen den Ländern als auf die Produktivitätsunterschiede zwischen den Bereichen eines Landes abhebt. Länder, in denen eine (meist führende) Branche einen raschen Produktivitätsvorsprung und hohes Wachstum erreicht, entzieht anderen Bereichen über die Marktallokation die Produktionsfaktoren, wodurch die Güter dieser Zweige aus dem Ausland zugekauft werden. Dies geschieht obwohl sie möglicherweise im eigenen Land preiswerter hergestellt werden könnten (Eine Verknappung würde ebenfalls zu höheren Preisen führen.) Dies wiederum führt in den Branchen und Ländern des Zukaufs zu verstärktem Wachstum und steigender Produktivität. In der Summe gewinnen durch den Außenhandel beide Volkswirtschaften. (komparative Vorteil nach -> Ricardo bzw. Heckscher-Ohlin, komparativer Vorteil = gesteigerter Vorteil)

Was versteht man unter absoluter (Kosten-) Vorteil?

Die Theorie der absoluten Kostenvorteile sagt aus, dass sich die **Bedingungen für die Produktion eines Gutes in unterschiedlichen Ländern unterscheiden**. Entsprechend der

jeweiligen Vorteile sollte sich ein Land auf einige Güter konzentrieren, während der Bezug anderer Güter durch den Handel erfolgt. Der absolute Kostenvorteil eines Landes liegt dann vor, wenn dieses eine Ware günstiger herstellen kann, als alle anderen Länder.

Was versteht man unter Protektionismus?

Unter Protektionismus versteht man den (vermeintlichen) Schutz der einheimischen Produktion gegen die Konkurrenz des Auslandes durch Maßnahmen der Außenhandelspolitik wie z.B. durch Schutzzölle, Einfuhrkontingente.

Wie kann man den Begriff Wechselkurs definieren und welche wesentliche Einflußfaktoren auf seine Entwicklung nennen?

Ein Wechselkurs ist der Preis einer Währung, ausgedrückt in einer anderen. Als Einflußfaktoren gelten, die Kaufkraftverhältnisse, die Zinsverhältnisse, die Außenhandelsüberschüsse bzw. -defizite sowie die Spekulation.

Was sind die aussenwirtschaftspolitische Maßnahmen?

Als **Außenwirtschaftspolitik** wird die gesamte Ausgestaltung der außenwirtschaftlichen Beziehungen eines Landes zu anderen Staaten verstanden. Dies beinhaltet Kapitalflüsse und Dienstleistungen, aber auch den internationalen Warenverkehr.

Zu den Zielen der Außenwirtschaftspolitik gehören vorwiegend die **Förderung des Wirtschaftswachstums**, der **Schutz der eigenen Wirtschaft** gegenüber anderen Staaten (sogenannter Protektionismus) und die **Verbesserung der Handelsbilanz**.

Prinzipiell stehen sich in der Außenwirtschaftspolitik zwei grundlegende Positionen gegenüber - der **Freihandel** und der **Protektionismus**. In der Praxis sind das jedoch keine absoluten Positionen, da die Grenzen zwischen beiden fließend sind.

Während **Freihandel** für offene Märkte und eine voranschreitende Globalisierung und Vernetzung der einzelnen Märkte eintritt, setzt der **Protektionismus** auf Abschottung und Förderung der nationalen Wirtschaft.

Sowohl beim Freihandel als auch beim Protektionismus spielen Kostenvorteile und Wettbewerbsfähigkeit eine wichtige Rolle. Da der Freihandel zu großen Teilen der wirtschaftsliberalen Theorien entspringt und die Vernetzung der einzelnen Staaten als etwas Positives ansieht, wird hier auf die Spezialisierung der einzelnen Staaten gedrungen, um die **komparativen Kostenvorteile** auszunutzen und **internationale Wettbewerbsfähigkeit** zu gewährleisten.

Der **Protektionismus** hingegen versucht durch verschiedene Instrumente die heimische vor der ausländischen Wirtschaft zu schützen. Das heißt, dass hier **Handelshemmnisse** aufgebaut werden, um den heimischen Produkten einen **Wettbewerbsvorteil** zu verschaffen. Dies soll durch die direkte oder indirekte Beeinflussung der Preisbildung stattfinden.

Freihandel und Protektionismus existieren schon sehr lange in der außenwirtschaftlichen Ausrichtung der Staaten. So hat im 18. und in großen Teilen des 19. Jahrhunderts der Protektionismus dominiert. Die einzelnen europäischen Länder haben hierbei eine Politik der Abschottung und des Nationalismus betrieben. Das Ziel war primär, die heimische Wirtschaft zu schützen und Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Staaten zu erlangen.

Ab Mitte des 19. Jahrhunderts setzte sich immer mehr der Freihandel durch. Dieser war jedoch nur von kurzer Dauer, da die europäischen Mächte wieder den Protektionismus bevorzugten. Ab Ende des Zweiten Weltkrieges begann endgültig der Siegeszug des Freihandels und der Globalisierung.

Durch Freihandelsabkommen, das Begründen einer Zollunion und eines europäischen Binnenmarktes sind die europäischen Länder einer Öffnung der Märkte gefolgt. Diese mündete schließlich in eine Währungsunion, welche den Euro als gemeinsame Währung verwendet und somit der Handel untereinander weiter liberalisiert.

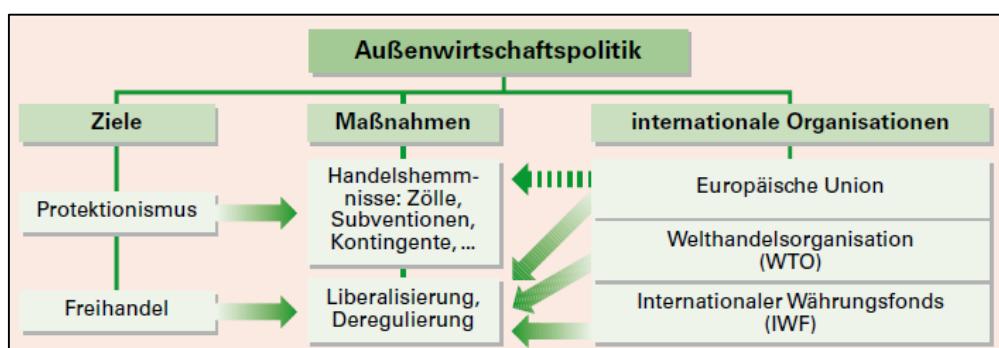
Was sind die Instrumente der Außenwirtschaftspolitik?

Instrumente des Freihandels: Ungehinderter internationaler Warenaustausch.

Instrumente des Protektionismus: Zölle (Zölle beschränken den Außenhandel, indem sie den Importpreis eines Produktes erhöhen), Importbeschränkungen (Importkontingente, Importverbote, Importzölle), Exportbeeinflussung (Exportverbote, Exportkontrolle, Exportförderung, Exportsubventionen), Embargo (Importembargo, Exportembargo, Finanztransaktionsembargo).

Die allgemeinen Instrumente der Außenwirtschaftspolitik sind in tarifäre und in nichttarifäre Handelshemmnisse eingeteilt. Spricht man von tarifären Hemmnissen, so sind dies meist protektionistische Methoden, welche den Außenhandel beschränken, um die nationale Wirtschaft zu schützen. Daß Zölle tarifäre Handelshemmnisse sind, ist eindeutig. Man unterscheidet dabei zwischen preisbeeinflussenden Maßnahmen (Zölle, Import- und Exportsubventionen, Exportkreidte usw.) und den Mengenregulierungen (Importmenge regulieren durch Importquoten usw.).

Nichttarifäre Handelshemmnisse: Nichttarifäre Handelshemmnisse sind all die Maßnahmen, die nicht in Listen oder Zolltarifen geführt werden und ausländischen Teilnehmern den Zugang zum inländischen Markt erschweren. Aufgrund ihrer Intransparenz lassen sich nichttarifäre Maßnahmen nur schwer erfassen und setzen zudem den Preismechanismus außer Kraft. Diese nichttarifären Grundmaßnahmen wären: Gesundheitsstandards, Umweltnormen, Reinheitsgebot, Technische Mindestnormen, Kennzeichnungspflicht (z. B. Made in Germany)



Liberalisierung: im weitesten Sinne Beseitigung aller Zölle und anderen (nichttarifären) Hemmnisse im Außenhandel und damit möglichst umfassende Verwirklichung des Freihandels. Bekanntestes Beispiel für eine weitreichende Liberalisierung ist der Europäische Binnenmarkt mit prinzipiell freiem Personen-, Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr zwischen den Mitgliedstaaten.

Deregulierung: Maßnahmen im Rahmen angebotsorientierter Wirtschaftspolitik zur Verringerung staatlicher Eingriffe (Regulierung) in das Marktgeschehen. Deregulierung verfolgt das Ziel, ineffiziente Normen und

ordnungsrechtliche Vorschriften sowie Marktzutrittsbeschränkungen abzubauen, um für Unternehmen größere Entscheidungsspielräume zu schaffen, wirtschaftliches Wachstum zu begünstigen, Arbeitsplätze zu schaffen und die Schattenwirtschaft einzudämmen. Der Staat soll sich durch die Zurücknahme von Reglementierungen auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für die marktwirtschaftliche Selbststeuerung beschränken. Maßnahmen der Deregulierung sind z. B. der Abbau staatlicher Auflagen, Genehmigungen oder die Auflösung von Monopolen und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen

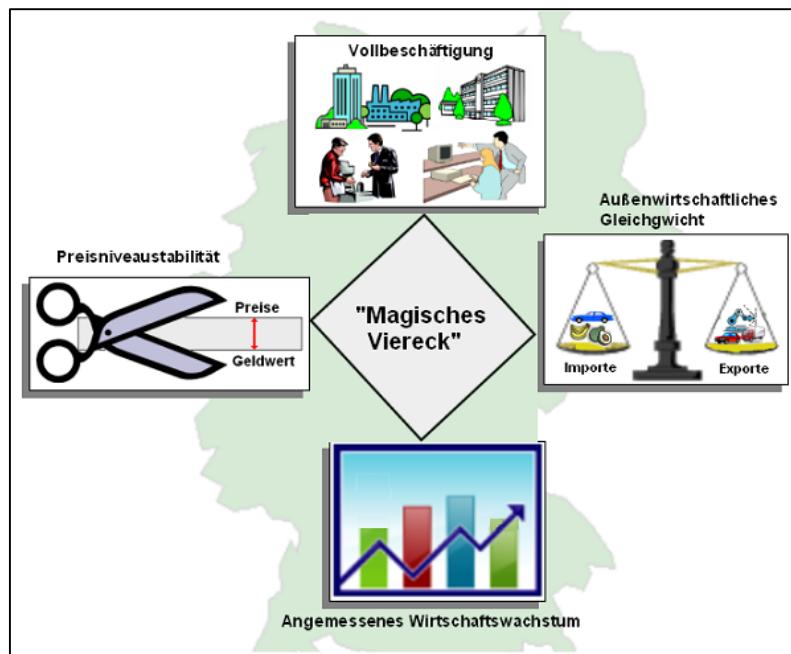
5- Wirtschaftspolitik

Unter **Wirtschaftspolitik** versteht man als Teilgebiet der Volkswirtschaftslehre die angewandte Mikro- und Makroökonomie. Die Anwendung erfolgt durch den **Staat**, welcher sich aus wirtschaftlicher Sicht aus den Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden mit Legislative, Exekutive und Judikative), den staatlichen Pflichtversicherern (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherern) sowie der Zentralbank zusammensetzt. Durch seine zahlreichen Eigenbetriebe und Beteiligungen agiert der Staat auch als Unternehmer.

5.1- Wirtschaftspolitische Ziele

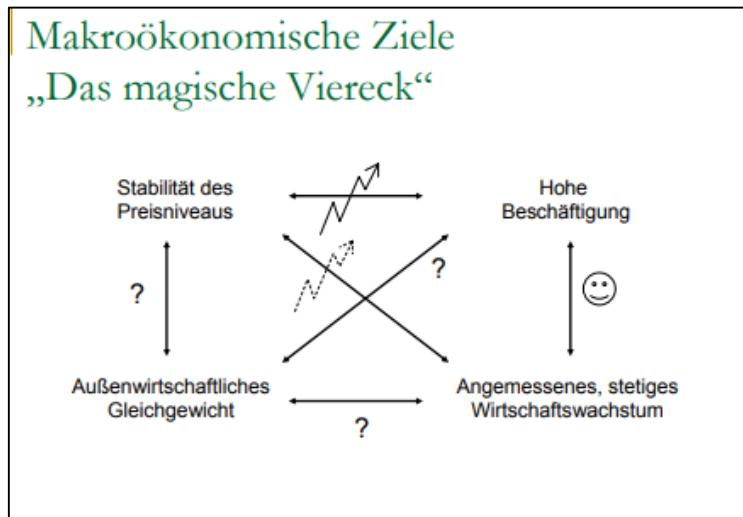
Was sind die wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele und was versteht man unter dem Begriff Magisches Viereck?

Unter dem Magischen Viereck der Wirtschaftspolitik versteht man die Aufforderung, daß der Staat in seiner Wirtschaftspolitik gleichzeitig vier Aufgabenstellungen vorantreiben muß: (1) Sicherung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums, (2) Vollbeschäftigung, (3) Geldwertstabilität und (4) Außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Diese Ziele sind für die Bundesrepublik im Wachstums- und Stabilitätsgesetz von 1967 festgelegt.



Magisch heißt es deshalb, weil es wohl magischer Kräfte bedarf, alle Ziel gleichzeitig voranzutreiben. Bedingt durch den Einsatz der möglichen Mittel zur Zielerreichung gelten die Ziele auch als konkurrenzfähig, denn die Konzentration auf die Erreichung eines einen gefährdet u.U. ein anderes (z.B. hohe Zinsen zur Sicherung der Geldwertstabilität führt über teure Investitionskredite zu Risiken der Wirtschaftsentwicklung und der Beschäftigung). In den

siebziger Jahren wurde das Magische Viereck auch oftmals zum Magischen Vieleck um die Ziele ökologisches und soziales Gleichgewicht ergänzt, wobei deren Zielerreichung nur verbal bestimmbar jedoch nicht meßbar ist.



1. Stabilität des Preisniveaus!

- Preise sollen über langen Zeitraum möglichst gleich bleiben.!
- Ziel: Gesamtwert eines Warenkorbes konstant zu halten + Erreicht = Inflationsrate gering!

2. Hoher Beschäftigungsstand!

- Zahl der Arbeitslosen soll möglichst gering sein. (Weniger Staatsausgaben)!
- Positiv für die ökonomische Entwicklung des Landes und für die Lebensqualität.!

3. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht!

- Die empfangenen Zahlungseingänge (Export) müssen den im gleichen Zeitraum ins Ausland geflossenen Zahlungsausgängen (Import) entsprechen. => Ausgewogenes Import-Export

Verhältnis!

- Defizitländer: gefährden ihre Wirtschaft durch Verschuldung (Mehr Güter etc. einführen als ausführen)!
- Überschussländer: gefährden andere Länder durch Ausnutzung (billig kaufen, teuer verkaufen)!

4. Stetig und angemessenes Wirtschaftswachstum!

- Langfristige Kontinuität des Wirtschaftswachstums!
- Kein rückartiger Auf- und Abbruch der Wirtschaft!
- Dadurch Vermeidung von Massenentlassungen bei Talfahrt einer Wirtschaft!

- Gemessen an Zunahme des realen BIP!



Was sind die wirtschaftspolitischen Instrumente?

Wirtschaftspolitische Instrumente stellen die übergeordneten Mittel dar, welche einen Einfluss auf die Wirtschaft nehmen können. Diese können sein:

- Fiskalpolitik
- Außenwirtschaftspolitik
- Geldpolitik der EZB
- Arbeitsmarktpolitik
- Lohnpolitik

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind die direkten Mittel, welche eingesetzt werden, um die wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Die wirtschaftspolitischen Instrumente werden direkt auf spezifische Maßnahmen konkretisiert. Beispiele davon sind:

- Steuersenkungen
- Staatliche Investitionen
- Subventionen
- Änderung des Geldumlaufs

Was versteht man unter Staatsquote?

Unter der Staatsquote versteht man den Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, i.d.R. als Prozentsatz ausgewiesen.

Was sind Transferzahlungen bzw. -einkommen?

Diese sind staatliche Leistungen an natürliche Personen und Unternehmen, ohne dass eine Gegenleistung durch die begünstigten Transferempfänger erfolgt. Transferleistungen sind ein Instrument des Sozialstaates zur Vermögensumverteilung. Aus der Perspektive des zahlenden Staates spricht man von Transferleistungen, aus der Sicht des Empfängers von Transfereinkommen. Klassische Transferleistungen sind Sozialleistungen, denen keine

vorherige Zahlung von Beiträgen vorangeht, beispielsweise Arbeitslosengeld, Kinder geld, Elterngeld, Kurzarbeitergeld, staatliche Rentenzuschüsse für ehemalige Geringverdiener und die staatliche Förderung von Auffanggesellschaften. (Der Wechsel in eine Auffangs- bzw Transfergesellschaft ist für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten freiwillig. Transfergesellschaften werden über ein gesetzlich definiertes Verfahren in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit installiert.)

5.2- Geldpolitik

Was versteht man unter Geldpolitik?

Unter Geldpolitik versteht man die auf Geldwertstabilität gerichtete Anwendung der Instrumente der Geldpolitik (vor allem Zinssatz) durch die jeweilige Zentralbank.

Sinkende Zinsen erleichtern die Refinanzierung, verbessern die Geldversorgung und beschleunigen das Wachstum der Geldmenge. Sinkende Zinsen begünstigen aber auch die Kreditnachfrage und könnten somit wirtschaftliches Wachstum fördern. Trifft die Zinssenkung auf eine Realwirtschaft, in der die Unternehmen ohnehin mit hoher Liquidität ausgestattet sind, sich aber in niedriger Gewinnerwartung mit Investitionen zurückhalten, wäre die eingangs angeführte Zinssenkung einzig inflationsfördernd.

Auf der anderen Seite hat beispielsweise eine restriktive Geldpolitik der Zentralbank (durch hohe Zinsen) zwar einen günstigen Einfluß auf die Geldwertstabilität, gleichzeitig behindern die hohen Kapitalkosten Konjunktur und Wachstum

Politik der Notenbank / Zentralbank

Mechanismus: Steuerung der Geldmenge

- Erhöhung der Geldmenge = expansive Geldpolitik
- Verknappung der Geldmenge = kontraktive Geldpolitik

Ziele:

- Preisniveaustabilität
- Wechselkursziele
- Zinssteuerung
- Unterstützung der Wirtschaftspolitik
- Wachstums- und Beschäftigungsziele

Wirkungen expansiver Geldpolitik

Kurzfristig:

- Senkung des Nominal- und des Realzinses

Mittelfristig:

- Durch Realzinssenkung steigen die Investitionen und somit steigt das Nationaleinkommen

- Nominalzinsenkung führt zu Abwertung und dies zu erhöhten Nettoexporten die das Nationaleinkommen erhöhen.

Langfristig:

- Anstieg des Preisniveaus bzw. der Inflationsrate

5.3- Fiskalpolitik

Was versteht man unter Fiskalpolitik?

Die Festlegung von Steuern T und Staatsausgaben G (Erhöhung bzw. Senkung) durch die Regierung nennt man Fiskalpolitik. Hierzu zählen alle Entscheidungen zu Staatskäufen, Transferzahlungen und Steuerstruktur. Fiskalpolitik ist ein Teil der Finanzpolitik. Soll ein staatliches Budgetdefizit abgebaut werden, indem der Staat die Steuern erhöht bzw. die Staatsausgaben senkt, so wird dies kontraktive Fiskalpolitik genannt. Wird dagegen das Staatsdefizit ausgeweitet durch eine Steuersenkung bzw. Erhöhung der Staatsausgaben, so wird dies als expansive Fiskalpolitik bezeichnet.

Über den Tatbestand der Staatsverschuldung (Kreditnachfrage mit Auswirkungen auf das Zinsniveau) und die Budgetpolitik (direkte und indirekte Nachfrage nach Gütern und Leistungen auf das Preisniveau) wirkt die Fiskalpolitik auf die Geldpolitik, die wiederum durch ihren Einfluß auf das Zinsniveau viele realwirtschaftliche Größen tangiert. So kann z.B. eine expansive Fiskalpolitik c.p. zu Inflation und z.B. eine zu restriktive Geldpolitik c.p. zu einer Rezession führen.

Fiskalpolitik und Budgetdefizits

Die Regierung eines jeden Landes bestimmt über ihre Fiskalpolitik die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Aktivität von Firmen, aber auch für die Entscheidungen von Arbeitnehmern. Gleichzeitig hat eine Regierung die Möglichkeit, Staatsausgaben über Budgetdefizits zu finanzieren.

Mechanismus: Nachfrage des Staates /Steuern

5.4- Angebots- und nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Theorien

Anhand der wirtschaftspolitischen Theorien kann ein Staat entscheiden, welche wirtschaftspolitischen Grundpositionen er annimmt. Anhand dieser kann er entscheiden, welche wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen ergriffen werden müssen. Was die einzelnen Begriffe bedeuten, erfährst du in den folgenden Absätzen.

Was bedeutet Neoklassik?

Die sogenannte **Neoklassik** spielte im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert die dominierende Rolle in der Volkswirtschaftslehre. Deren Grundlage ist, dass Arbeitsgüter, Finanzgüter und die Geldpolitik insgesamt zu einer Selbstregulierung neigen und das ohne staatliche Eingriffe das makroökonomische Gleichgewicht gehalten werden kann. In dieser Makroökonomie ist auch der **Arbeitsmarkt** von einem solchen Gleichgewicht und im Gütermarkt herrschend **Angebot und Nachfrage**.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führten in den 1920er und 1930er Jahren dann zu einem Sinneswandel in der Volkswirtschaftslehre. Die sogenannte große Depression der Wirtschaft hatte auch die Makroökonomie nachhaltig erschüttert.

Was versteht man unter der Keynesianismus?

Der britische Ökonom **John Maynard Keynes** publizierte nach der Depression im Jahr 1936 seine *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Das Werk veränderte die Volkswirtschaftslehre. Keynes stellte fest, dass der Rückgang in der Produktion und der Anstieg der Arbeitslosigkeit am Anfang der 1930er Jahren in Beziehung zu dem allgemeinen Mangel an Güternachfrage standen. Dieses Verhalten war nach der Theorie der Neoklassik eigentlich nicht möglich. Keynes setzte sich für die **aktive staatliche Steuerung der Geldpolitik und der Nachfrage** ein. Dies umfasste auch die Zinspolitik der Zentralbanken. In diesem Zusammenhang spricht man in der Volkswirtschaftslehre und der Makroökonomie noch immer von der “keynesianischen Revolution”. Die Analyse von Keynes beeinflusste die Wissenschaft um die **Makrotheorie** bis nach dem zweiten Weltkrieg. Auch die Wirtschaftspolitik und die Geldpolitik richteten sich danach aus.

<i>Übersicht 3: Unterschiede zwischen Neoklassik und Keynesianismus</i>	
Neoklassiker	Keynesianer
<ul style="list-style-type: none">○ Stabilität des Marktmechanismus○ Angebotsorientierung○ Argumentation vom Arbeits- zum Gütermarkt○ Lohn als Kostenfaktor○ Volle Preisflexibilität○ Dualität zwischen Real- und Geldsphäre	<ul style="list-style-type: none">○ Instabilität der Marktwirtschaft○ Nachfrageorientierung○ Argumentation vom Güter- zum Arbeitsmarkt○ Lohn zur Nachfragestimulierung○ Preisstarrheiten○ Interdependenz zwischen Real- und Geldsphäre

Verhaltensannahmen	
Neoklassik/Monetarismus	Keynesianismus
Arbeitsnachfrage hängt negativ vom Reallohn ab Arbeitsangebot hängt positiv vom Reallohn ab	Arbeitsnachfrage hängt auch von der Güternachfrage ab Arbeitsangebot hängt vom Reallohn ab.
Die Ersparnis hängt positiv vom Zinssatz ab:	Der Konsum und damit die Ersparnis als Restgröße hängen vom laufenden verfügbaren Einkommen ab
Die Investition hängt negativ vom Zinssatz ab: Zinselastizität der Investitionen hoch. Bestimmung über Grenzproduktivität des Kapitals	Die Investition hängt negativ vom Zinssatz ab: Zinselastizität eher gering (animal spirits); Bestimmung über Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals
Gütermarkt bestimmt über den Arbeitsmarkt lediglich die Struktur des BIP aufgeteilt in Konsum und Investitionen	Gütermarkt (die effektive Nachfrage) bestimmt die Höhe des BIP und Arbeitsmarkt hängt vom Gütermarkt ab
Gültigkeit der Quantitätstheorie des Geldes : Geld hat keinen Einfluss auf die reale Wirtschaft (klassische Dichotomie)	Geld beeinflusst die realen Größen. Dichotomie nicht gegeben
Gültigkeit des Say'schen Theorems	Ungültigkeit des Say'schen Theorems : Effektive Nachfrage möglicherweise nicht ausreichend zur Absorption des Angebots bei Vollbeschäftigung
Geldnachfrage nur für Transaktionszwecke	Geldnachfrage auch für zinsabhängige Spekulationskasse

Angebotstheorie nach Milton Friedman (Monetarismus)

Grundgedanke: konjunkturelle Schwankungen beseitigen → Verbesserung der unzureichenden Angebotsbedingungen seitens der Unternehmen (gleichzeitig Kaufbereitschaft von Privatpersonen erhöht)

Investitionsbereitschaft = Grundlage für wirtschaftliches Wachstum & hohen Beschäftigungsgrad

Glaube an Stabilität des privaten Sektors → Wirtschaftssystem: starkes Immunsystem.

Maßnahmen: Der Staat enthält sich weitestgehend (ordnungskonforme Rahmenbedingungen).

Schaffen von besseren Angebotsbedingungen (= Produktionsbedingungen, Löhne, Steuern, Infrastruktur) durch Geldmengensteuerung.

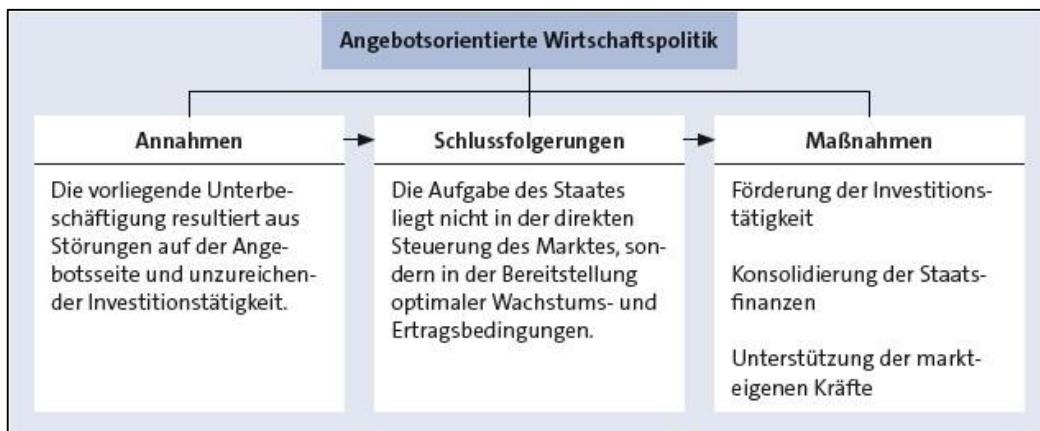
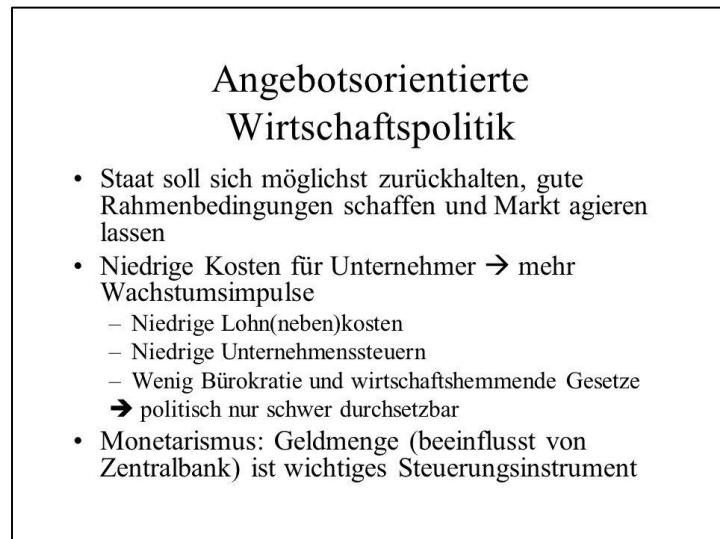
Geldpolitik entscheidend → Preisniveaustabilität aufrechterhalten.

Theoretische Basis: Say'sche Theorem (Jedes Angebot schafft sich seine erforderliche Nachfrage).

Verbesserte Bedingungen für Angebotssektor: Produktion -> Einkommen steigt -> Nachfrage steigt.

Ziele: Mittel- bis längerfristige Beseitigung gleichgewichtsstörender Auslösefaktoren (Ursachenbekämpfung); Höhere Investitionsbereitschaft durch günstige Angebotsbedingungen.

Kritik: Nichtberücksichtigung der Nachfrageseite; Investitionsfähigkeit \neq Bereitschaft; Grundlage des Sozialstaates gefährdet (große Einkommensungleichheit; Beschäftigungstand kann sinken).



Nachfrage-theorie nach John M. Keynes (Fiskalismus)

Grundgedanke: Konjunkturelle Schwankungen \rightarrow durch antizyklische Wirtschaftspolitik (künstliche Anhebung der zu geringen Nachfrage) \rightarrow kurzfristig beseitigen.

Ausgabeprogramme \rightarrow Anstieg: Staatsverschuldung \rightarrow in Kauf genommen, wegen: zusätzliche Steuereinnahmen + weniger Transferzahlungen.

Maßnahmen: Staat greift in Zeiten der Depression & Rezession bewußt ein.

Fiskalpolitische Maßnahmen:

Steigung der öffentlichen Ausgaben oder Senkung der Steuerbelastung (Einkommen steigen). Staat muss Investitionen selbst aktiv steuern: Multiplikator-Effekt (Investitionen steigern Wirtschaftsleistung \rightarrow Einkommen steigt \rightarrow Konsum nimmt zu \rightarrow usw.)

Finanzierung der Maßnahmen:

”Deficit spending”: Erhöhung & Finanzierung öffentlicher Ausgaben, ohne dass vorhandene Finanzen zur Deckung ausreichen (Staat nimmt Kredite auf um Ausgaben zu erhöhen).

Konjunkturausgleichsrücklage: Budgetüberschüsse (Staat → in “guten” Zeiten bei Zentralbank angesammelt).

Ziele: Priorität Vollbeschäftigung; geringe Arbeitslosigkeit; normale Auslastung (Inflationsgefahr)

Kritik: Unkalkulierbare Wirkungsverzögerung (Time lags); wachsende Staatsverschuldung; wenig Rücksicht auf Unternehmen → Zahlung von höheren Löhnen; nur kurzfristig effektiv.



Politische Maßnahmen für Wirtschaftswachstum



Nachfrageseitige Maßnahmen

Geldpolitische Maßnahmen

Es gibt eine Reihe von geldpolitischen Maßnahmen, die zur Förderung des Wirtschaftswachstums eingesetzt werden können. Ein gängiger Ansatz ist die Senkung der Zinssätze, wodurch es für

Unternehmen billiger wird, Geld für Investitionen zu leihen. Dies kann zu einem Anstieg der Produktion und der Arbeitsplätze sowie zu höheren Löhnen führen. Eine weitere Maßnahme ist die quantitative Lockerung, bei der die Zentralbank Finanzaktiva von den Geschäftsbanken aufkauft, um die Geldmenge im Umlauf zu erhöhen. Dies kann ebenfalls zu einer erhöhten Kreditvergabe und Investitionstätigkeit und damit zu einer Steigerung der Wirtschaftstätigkeit führen. Beide Ansätze haben ihre Vor- und Nachteile, und welche Politik am wirksamsten ist, hängt von den spezifischen Umständen der Wirtschaft ab. Die Geldpolitik kann jedoch ein wirksames Instrument zur Förderung des Wirtschaftswachstums sein.

Fiskalpolitik

Um Wirtschaftswachstum zu erzielen, muss eine Regierung ihre Finanzpolitik sorgfältig steuern. Dazu gehören sowohl die Besteuerung als auch die Ausgaben. Zu hohe Steuern können die Wirtschaftstätigkeit abwürgen, während zu hohe Staatsausgaben zu Inflation führen können. Der Schlüssel liegt darin, ein Gleichgewicht zwischen diesen beiden Faktoren zu finden. Außerdem muss die Regierung sicherstellen, dass ihre Verschuldung tragfähig ist. Eine zu hohe Verschuldung kann die öffentlichen Finanzen belasten und zu höheren Zinssätzen führen. Folglich muss die Regierung ihre Finanzpolitik sorgfältig steuern, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Abwertung der Währung

Unter Abwertung versteht man die absichtliche Anpassung des Wechselkurses einer Währung gegenüber anderen Währungen nach unten. Zu einer Abwertung kommt es häufig, wenn die Währung eines Landes überbewertet ist, d. h. ihr Wechselkurs liegt über dem, was als fairer Wert angesehen wird. In diesem Fall werden die Exporte des Landes teurer und die Importe billiger. Infolgedessen verschlechtert sich die Handelsbilanz des Landes und seine Wirtschaft verlangsamt sich. Um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, kann das Land beschließen, seine Währung abzuwerten. Dadurch werden seine Exporte wettbewerbsfähiger und seine Importe teurer. Dies kann dazu beitragen, die Handelsbilanz des Landes zu verbessern und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Quantitative Easing (=Lockerung)

Quantitative Lockerung ist ein geldpolitisches Instrument, das zur Förderung des Wirtschaftswachstums eingesetzt werden kann. Dabei schöpft die Zentralbank neues Geld und verwendet es zum Ankauf von Finanzaktiva, z. B. Staatsanleihen. Dadurch werden die Zinssätze gesenkt und die Geldmenge erhöht, was zu einer Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit beitragen kann. Die quantitative Lockerung kann auch auf bestimmte Wirtschaftssektoren, wie den Wohnungsbau oder die Infrastruktur, ausgerichtet werden. Durch die Erhöhung der für die Kreditvergabe zur Verfügung stehenden Geldmenge kann die quantitative Lockerung dazu beitragen, Investitionen anzuregen und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Es ist jedoch zu beachten, dass die quantitative Lockerung nicht ohne Risiken ist und mit Bedacht eingesetzt werden sollte, um Inflationsdruck zu vermeiden.

Angebotsseitige Maßnahmen

Privatisierung und Deregulierung

Wie jeder Wirtschaftswissenschaftler weiß, ist eine der wichtigsten Triebfedern des Wirtschaftswachstums der Wettbewerb. Wenn Unternehmen gezwungen sind, um Marktanteile zu konkurrieren, haben sie einen Anreiz, innovativ zu sein und ihre Produkte und Dienstleistungen zu verbessern. Dies wiederum führt zu größerer Effizienz und Produktivität, was wiederum die Kosten senkt und den Lebensstandard anhebt. Eine Möglichkeit, den Wettbewerb zu fördern, sind Privatisierung und Deregulierung. Eine Privatisierung liegt vor, wenn die Regierung staatliche Vermögenswerte an private Unternehmen verkauft. Dies kann dazu beitragen, den Wettbewerb zu erhöhen, indem neue Märkte erschlossen werden und die Zahl der Akteure in einer Branche steigt. Bei

der Deregulierung hingegen werden die staatlichen Vorschriften für Unternehmen gelockert. Auch dies kann zur Förderung des Wettbewerbs beitragen, indem neuen Unternehmen der Markteintritt erleichtert wird und bestehende Unternehmen gezwungen werden, ihre Effizienz zu steigern. Sowohl Privatisierung als auch Deregulierung können umstritten sein, aber es ist unbestritten, dass sie wirksame Instrumente zur Förderung des Wirtschaftswachstums sein können.

Investitionen in Bildung und Ausbildung

Gut ausgebildete Arbeitskräfte sind für jede Volkswirtschaft, die auf dem globalen Markt konkurrieren will, unerlässlich. Eine kürzlich von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführte Studie ergab, dass jedes zusätzliche Schuljahr das Einkommen einer Person im Durchschnitt um 10 % steigern kann. Darüber hinaus ergab die Studie, dass Investitionen in die Bildung einen Multiplikatoreffekt haben, der zu noch mehr Wirtschaftswachstum führt. Dies liegt daran, dass gebildete Arbeitnehmer produktiver und innovativer sind und auch eher ein eigenes Unternehmen gründen.

Flexible Arbeitsmärkte

Ein gut funktionierender Arbeitsmarkt ist der Schlüssel zu einer gesunden Wirtschaft. Er trägt dazu bei, dass Arbeitnehmer Arbeitsplätze finden können, die ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechen, und dass Unternehmen freie Stellen rechtzeitig und effizient besetzen können. Ein flexibler Arbeitsmarkt ist ein Markt, auf dem es nur wenige Beschränkungen für Einstellungen und Entlassungen gibt und auf dem die Löhne als Reaktion auf Veränderungen der Nachfrage steigen und fallen können. Diese Art von Markt wird oft als reaktionsschneller auf die Bedürfnisse der Unternehmen und als effizienter bei der Zuordnung von Arbeitnehmern zu freien Stellen angesehen. Daher argumentieren viele Wirtschaftswissenschaftler, dass ein flexibler Arbeitsmarkt für das Wirtschaftswachstum unerlässlich ist. Es stimmt zwar, dass ein starrer Arbeitsmarkt ein Wachstumshemmnis sein kann, aber man darf auch nicht vergessen, dass zu viel Flexibilität zu Instabilität und Unsicherheit führen kann. Es kommt darauf an, das richtige Gleichgewicht zwischen diesen beiden Faktoren zu finden.

Senkung der Steuersätze

Die Senkung von Steuersätzen wird oft als Mittel zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums angepriesen. Die Logik dahinter ist, dass niedrigere Steuern mehr Geld in den Taschen der Menschen bedeuten, das sie dann für Waren und Dienstleistungen ausgeben, was die Nachfrage ankurbelt und die Produktion steigert. Es gibt einige Belege dafür, dass dies kurzfristig funktionieren kann, aber es ist weniger klar, ob es zu einem dauerhaften Wirtschaftswachstum führt. Ein Problem besteht darin, dass Steuersenkungen in der Regel den wohlhabendsten Menschen am meisten zugute kommen, die ihr zusätzliches Geld eher nicht ausgeben werden. Ein weiteres Problem ist, dass die Steuereinnahmen der Regierung wichtige öffentliche Investitionen wie Infrastruktur und Bildung finanzieren, die das langfristige Wirtschaftswachstum fördern können. Auch wenn niedrigere Steuern die Wirtschaft kurzfristig ankurbeln können, birgt es Risiken, sie zu einem zentralen Bestandteil der Wirtschaftspolitik zu machen.

Die Macht der Gewerkschaften kontrollieren

In den letzten Jahren hat es eine wachsende Bewegung gegeben, um die Macht der Gewerkschaften zu beschneiden. Das Argument ist, dass die Gewerkschaften eine künstliche Untergrenze für die Löhne schaffen, was die Anreize für Unternehmen verringert, in produktivitätssteigernde Technologien zu investieren. Dies führt letztlich zu einem langsameren Wirtschaftswachstum und höherer Arbeitslosigkeit.

LESETEXTE

(1) Probleme der Weltwirtschaft nehmen zu

Veröffentlicht am 16.07.2018, welt.de



Der IWF rechnet mit einem Wachstum der Weltwirtschaft von 3,9 Prozent für das laufende und das nächste Jahr. Foto: Jim Lo Scalzo/EPA, Quelle: dpa-infocom GmbH

Die Weltwirtschaft boomt derzeit - doch die Experten des IWF sehen in der Zukunft einige Probleme. Nicht zuletzt wegen politischer Risiken droht sich die globale Konjunktur insgesamt abzuschwächen.

Washington (dpa) - Die Lage der Weltwirtschaft hat sich nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch wegen politischer Unsicherheiten leicht eingetrübt.

Das Wachstum in wichtigen Ländern wie dem vom Brexit verunsicherten Großbritannien, Japan und bei einigen Mitgliedern der Eurozone habe sich verlangsamt, sagte IWF-Chefvolkswirt Maury Obstfeld bei der Vorstellung des aktualisierten Weltwirtschaftsberichtes in Washington.

Selbst in den USA werde langfristig ein geringeres Wachstum erwartet, wenn stimulierende Effekte der Regierung von Präsident Donald Trump etwa durch die jüngste Steuerreform nachlassen. «In Europa ist die politische Unsicherheit größer geworden, die Europäische Union steht fundamentalen Herausforderungen bezüglich der Migrationspolitik, der Wirtschaftspolitik, der Rechtstreue und der institutionellen Architektur der Eurozone gegenüber», erklärte Obstfeld. Die Finanzmärkte zeigten sich selbstzufrieden.

Hohe Staatsschulden machten viele Länder anfällig für Risiken. Der IWF forderte die Regierungen auch auf, eine gerechte Verteilung in der Gesellschaft zu berücksichtigen. «Die Regierungen müssen mehr auf wirtschaftliche Gerechtigkeit unter ihren Bürgern achten und besonders darauf, die Ärmsten zu schützen», forderte Obstfeld. Er sprach von einer politischen «Malaise», die ihre Wurzeln auch in der Tatsache habe, dass das Wachstum nicht gleichmäßig bei allen ankommt.

Der IWF rechnet nach Angaben Obstsfelds weiter mit einem Plus der Weltwirtschaft von 3,9 Prozent für das laufende und das nächste Jahr. Er lässt damit seine ursprüngliche Prognose vom April unverändert. Allerdings senkte der Fonds seinen Ausblick für die Industrieländer leicht um 0,1 Punkte auf 2,4 Prozent für das laufende Jahr. Für 2019 blieb der IWF auch bei den

Industrieländern bei seiner Voraussage von 2,2 Prozent. Die Schwellenländer sollen in diesem Jahr um 4,9 Prozent und 2019 dann um 5,1 Prozent wachsen.

Der Geldpolitik der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) könnte in nächster Zeit entscheidende Bedeutung zukommen - weit über die Vereinigten Staaten hinaus. Der IWF geht davon aus, dass wegen anhaltend guter Arbeitsmarktdaten und steigender Inflation die Politik der Zinsanhebungen in den kommenden beiden Jahren weitergeht und der US-Dollar so weiter gestärkt wird. Bei steigenden Zinsen können etwa Finanzanlagen in den USA attraktiver werden.

«Sollte die Fed schneller als erwartet erhöhen, könnte eine größere Zahl von Ländern intensiveren Druck zu spüren bekommen», sagte Obstfeld. Dies gilt vor allem für Länder, deren Staatshaushalte oder Konzerne in US-Dollar verschuldet sind.

(2) Vergleich der theoretischen Ansätze im Überblick

Wirtschaftspolitische Theorien

Die Politik versucht mit ihren Maßnahmen an ein Idealbild der Wirtschaft heranzukommen. Dieses Idealbild ist rein rational gedacht und lässt emotionale Aspekte außer Acht. So sollen die volkswirtschaftlichen Ziele bestmöglich erreicht werden. Zur Orientierung nutzt man wirtschaftspolitische Theorien.

Im Verlauf der Zeit wurden verschiedene wirtschaftspolitische Theorien, auch **ökonomische Theorien** genannt, verwendet, um die Vorgänge in einer Volkswirtschaft zu erklären. Sie sollen die theoretischen Grundlagen für die wirtschaftlichen Entscheidungen eines Staates liefern.

Anhand der wirtschaftspolitischen Theorien kann ein Staat entscheiden, welche wirtschaftspolitischen Grundpositionen er annimmt. Anhand dieser kann er entscheiden, welche wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen ergriffen werden müssen. Was die einzelnen Begriffe bedeuten, erfährst du in den folgenden Absätzen.

Wirtschaftspolitische Grundpositionen

Wirtschaftspolitische Grundpositionen stellen die Ziele einer Volkswirtschaft dar. Diese können aus dem magischen Sechseck abgeleitet werden. Dabei können mögliche Ziele sein:

- Vollbeschäftigung
- Stabiles Preisniveau
- Angemessenes Wirtschaftswachstum
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Schutz der natürlichen Umwelt
- Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Wirtschaftspolitische Instrumente

Wirtschaftspolitische Instrumente stellen die übergeordneten Mittel dar, welche einen Einfluss auf die Wirtschaft nehmen können. Diese können sein:

- Fiskalpolitik
- Außenwirtschaftspolitik
- Geldpolitik der EZB

- Arbeitsmarktpolitik
- Lohnpolitik

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind die direkten Mittel, welche eingesetzt werden, um die wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Die wirtschaftspolitischen Instrumente werden direkt auf spezifische Maßnahmen konkretisiert. Beispiele davon sind:

- Steuersenkungen
- Staatliche Investitionen
- Subventionen
- Änderung des Geldumlaufs

Wirtschaftspolitische Theorien – Historische Entwicklung

Bis zur Zeit des Absolutismus im 16/17. Jahrhundert gab es keine wissenschaftliche Betrachtung hinsichtlich wirtschaftlicher Handlungen. Es gab aber auch schon in der Antike (beispielsweise bei Platon und Aristoteles) und in der Zeit der Aufklärung (Thomas Hobbes und John Locke) einige Philosophen und Wissenschaftler, welche sich mit wirtschaftlichen Abläufen beschäftigten. Diese Theorien waren aber nie wirklich bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen berücksichtigt worden.

Zur Zeit des Absolutismus wurden dann die ersten wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt. Mithilfe der Theorie des Merkantilismus griffen die Staaten direkt in das Wirtschaftsgeschehen ein.

Beim Merkantilismus sollten möglichst viele Güter exportiert werden. Die einzelnen Länder spezialisierten sich dabei auf einzelne Güter und verbesserten dadurch ihre Qualität und konnten dadurch andere Länder ausstechen. Die Marktmacht sollte auch die sonstige Stärke der Staaten widerspiegeln.

Zum Beispiel stieg England zum größten Wollproduzenten in Europa auf. Dies führte dazu, dass in anderen Ländern die Wollproduktion komplett zurückging. Trotzdem gab es auch Nachteile, so wurden manche lebenswichtigen Wirtschaftssektoren, wie die Landwirtschaft, komplett vernachlässigt.

Da die komplette staatliche Kontrolle der Ökonomie aber zu einer ineffizienten und einseitigen Wirtschaft geführt hatte, wendeten sich viele Staaten von dem Merkantilismus ab. Viele Staaten führten ihre Wirtschaftspolitik auf Grundlage der klassischen Nationalökonomie durch.

Einer der Hauptbegründer dieser Theorie ist der Schotte Adam Smith. Die Eingriffe des Staates wurden reduziert und die Wirtschaft liberaler gestaltet. Die sogenannte unsichtbare Hand des Marktes war ein Stichwort dieser Theorie. Das bedeutet, dass ohne staatliches Eingreifen die Akteure auf dem Markt die effizienteste Lösung finden. Dies führt zu einer Optimierung für alle Beteiligten. Die klassische Nationalökonomie wurde später zur Neoklassik weiterentwickelt. Die Nationalökonomie wurde dabei um mikroökonomische Prinzipien, wie dynamische Angebots- und Nachfragekurven erweitert. Diese Theorie herrscht in der Wirtschaftswissenschaft bis heute vor.

Mit Beginn der Industrialisierung kam die klassische Nationalökonomie und die damit einhergehenden marktwirtschaftlichen Freiheiten an ihre Grenzen. Durch die Nationalökonomie bildeten sich große soziale Ungleichheiten. Zum einen gab es reiche Fabrikbesitzer und zum anderen eine in Armut lebende Arbeiterschicht. Dies führte zur Entstehung des Sozialismus oder dem Marxismus.

Einer der Hauptbegründer dieser Theorie war Karl Marx. Marx forderte wieder ein stärkeres Eingreifen in die wirtschaftlichen Vorgänge. Damit sollten die Arbeiter geschützt und das Vermögen gleichmäßiger verteilt werden. Es sollte zu Enteignungen von Großgrundbesitzern kommen. Viele Güter sollten allen gehören. Die Theorie wurde immer weiter entwickelt, bis sie in den Kommunismus gipfelte. Seine Theorie war einer der Grundsteine der Planwirtschaft.

Auf der anderen Seite gab es zu der gleichen Zeit auch nationalistisch geprägte Ökonomen, welche auch mehr staatliche Eingriffe forderten, aber nicht zum Schutz der Arbeiter, sondern zum Schutz der heimischen Wirtschaft und zum Fortschritt gegenüber anderen. Auf Grundlage der neuen Strömungen wurden die alten Praktiken aufgelockert und es kam wieder zu mehr Eingriffen. Beispielsweise wurden die Sozialversicherungen in den 1880er Jahren in Deutschland eingeführt.

In der neueren Zeit wurde das neoklassische Modell weiter aufgespalten und um makroökonomische Theorien erweitert. So entwickelte sich zum einen der angebotsorientierte Monetarismus und zum anderen der nachfrageorientierte Keynesianismus. Heutzutage berücksichtigt die Politik mehrere wirtschaftspolitische Theorien. In Deutschland hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg die soziale Marktwirtschaft gebildet, welche staatliche Eingriffe zulässt, aber trotzdem die Wirtschaft sich natürlich entwickeln lässt.

Zentrale wirtschaftspolitische Theorien

Neoklassik

Die neoklassische Wirtschaftstheorie wurde in den 1870er Jahren unabhängig von verschiedenen Ökonomen erarbeitet. Ein bekannter Vertreter im deutschsprachigen Raum war Carl Menger aus Österreich. Wegen den verschiedenen Strömungen gibt es heute auch keine einheitliche neoklassische Theorie, aber einige Grundannahmen.

Die Theorie sieht sich als Weiterentwicklung der klassischen Nationalökonomie. Das Modell wurde um die mikroökonomische Theorie erweitert. Dies bedeutet eine Erweiterung um das Marginalprinzip mit Grenzkosten und Grenzerlösen. Dadurch können Angebots- und Nachfragekurven abgeleitet werden. Das Optimum bildet sich immer da, wo Angebot und Nachfrage gleich sind. Das Geld ist in dieser Theorie komplett unabhängig vom Gütermarkt. Weiterhin gelten die Annahmen der unsichtbaren Hand des Marktes und ein individuelles und rational denkendes Verhalten der Marktteilnehmer. Diese Theorie wird bis heute am häufigsten verwendet.

Monetarismus (Angebottspolitik)

Der Monetarismus oder auch Angebotspolitik genannt, wurde in den 1930er Jahren als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise hauptsächlich von Milton Friedman entwickelt. Der Monetarismus geht in erster Linie davon aus, dass Arbeitsplätze und Neuinvestitionen von Unternehmen (als Anbieter) geschaffen werden. Die Investitionen werden auf Grundlage von

Gewinnerwartungen getroffen. Der Staat sollte in dieser Konzeption keine große Wirtschaftspolitik betreiben, sondern sollte so viel wie möglich in private Hand übergeben werden. Die Hauptaufgabe des Staates ist die Firmen durch Steuererleichterungen und den Abbau bürokratischer Hindernisse zu fördern. Insgesamt wird in dieser Theorie davon ausgegangen, dass staatliche Eingriffe nur sehr langfristig eine Veränderung bewirken.

Keynesianismus (Nachfragepolitik)

Der Keynesianismus oder auch Nachfragepolitik genannt, wurde ebenfalls in den 1930er Jahren entwickelt. Namensgeber und einer der Hauptverantwortlichen war John Maynard Keynes. Keynes war der Überzeugung, dass die Weltwirtschaftskrise mit mehr staatlichen Eingriffen abgemildert hätte werden können.

Der Keynesianismus oder auch Nachfragepolitik genannt, wurde ebenfalls in den 1930er Jahren entwickelt. Namensgeber und einer der Hauptverantwortlichen war John Maynard Keynes. Keynes war der Überzeugung, dass die Weltwirtschaftskrise mit mehr staatlichen Eingriffen abgemildert hätte werden können.

Der Keynesianismus wendet sich wieder mehr von den neoklassischen Ideen ab, die besagen, dass der Staat sich nicht in das wirtschaftliche Geschehen einmischen soll. Der Markt ist nicht immer in der Lage sich selbst wieder zu stabilisieren. Nach dieser Theorie soll der Staat wieder aktiv den Wirtschaftskreislauf beeinflussen, um konjunkturelle Schwankungen abzumildern.

So soll der Staat während einer Rezession seine Staatsausgaben erhöhen und während einer Boomphase die Ausgaben senken. Dadurch soll die Wirtschaft immer in den richtigen Momenten vom Staat angekurbelt werden. Der Staat soll also aktiv die Nachfrage steuern.

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 hat dafür gesorgt, dass in der Bundesrepublik Deutschland seitdem die Wirtschaftspolitik anhand der von Keynes festgeschriebenen Regeln gesteuert wird. Dies erkennt man zum Beispiel an den Maßnahmen zur Rettung von Firmen und Staatskäufen während Wirtschaftskrisen.

Zentrale wirtschaftspolitische Theorien – Gegenüberstellung

Anhand von vier unterschiedlichen Punkten werden die drei zentralen Theorien gegenübergestellt:

Unterschiede in den Ansichten	Neoklassik	Monetarismus (Angebots politik)	Keynesianismus (Nachfragepolitik)
Sichtweise	mikroökonomische Sichtweise	makroökonomische Sichtweise	makroökonomische Sichtweise
Einkommen	Die Individuen optimieren ihren Nutzen mit ihrem Einkommen. Je nachdem was den Nutzen erhöht, wird	Das Einkommen ist stabil und die Sparquote bleibt daher auch immer gleich. Bei steigendem Einkommen steigt der Konsum, aber die Sparquote bleibt gleich.	Wenn das Einkommen steigt, steigt der Konsum und die Sparquote gleichermaßen.

	die Sparquote oder die Nutzenquote erhöht.		
Wirtschaft	Der Staat sollte so gut wie gar nicht in die Wirtschaft eingreifen. Die unsichtbare Hand des Marktes sorgt immer für das optimale Ergebnis.	Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft müssen immer langfristig geplant werden, da staatliche Investitionen erst sehr spät greifen und zu Veränderungen führen.	Der Staat kann auch kurzfristig eingreifen und die Wirtschaft wieder ankurbeln.
Geld	Geld ist neutral und die Wirtschaft nimmt keinen Einfluss auf das Geld	Geld hängt direkt mit der Wirtschaft zusammen. Mithilfe von einer Ausweitung der Geldmenge können konjunkturelle Schwankungen kurzfristig verbessert werden. Das bedeutet, dass das <u>Wirtschaftswachstum</u> verbessert werden kann.	Geld hängt nicht direkt mit der Wirtschaft zusammen, sondern die Zinsen. Mithilfe der Regulierung von Zinsen können Investitionen angekurbelt werden und die Wirtschaft steigt wieder.

(3) Geschichte des Kapitalismus

Der Kapitalismus bestimmt nicht nur unsere Wirtschaftswelt, sondern auch Gesellschaft, Bildung, ja sogar Freizeit und Privatleben. Doch was ist das eigentlich, "der Kapitalismus"?

Von Martina Frietsch, (<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/wirtschaft/kapitalismus/index.html>)

Kapitalistische Formenvielfalt

Was ist der Kapitalismus?

Es kommt ganz darauf an, wen man fragt. Seit der Begriff geprägt wurde, haben viele Theoretiker versucht, ihn zu definieren – mit höchst unterschiedlichen Ergebnissen. Dazu kommt, dass es den Kapitalismus in der Reform im Grunde nicht gibt. Er entwickelt und ändert sich; es gibt verschiedene zeitliche Phasen und verschiedene Ausprägungen.

Der angelsächsische Kapitalismus in Nordamerika unterscheidet sich von dem in Europa. Und in Europa gibt es wiederum unterschiedliche Formen, beispielsweise den deutschen, der "Rheinischer Kapitalismus" genannt wird. Eine ganz andere Spielart entsteht seit einigen Jahren in China, Brasilien und Indien: der sogenannte Staatskapitalismus.

Wichtige Grundlagen

Grundsätzlich handelt es sich beim Kapitalismus nicht einfach um Geld und auch nicht einfach um Handel oder Märkte. All das gibt es schon sehr lange. Vielmehr ist der Kapitalismus eine ganze Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die bestimmte Merkmale aufweist und diese auch braucht, um zu funktionieren.

Zentral ist die Ausrichtung auf Wachstum. Technikeinsatz und Investitionen sorgen dafür, dass immer mehr Waren und Dienstleistungen produziert werden können. Dabei befinden sich sowohl das eingesetzte Geld wie auch Fabriken und Maschinen überwiegend in Privatbesitz.

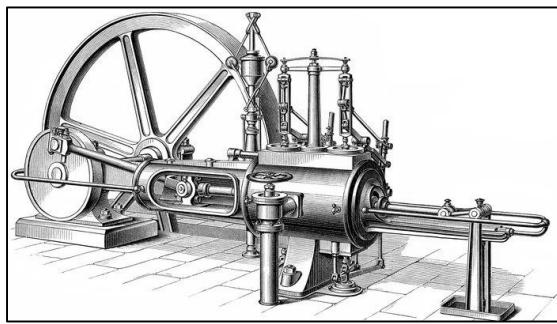
Gesteuert wird die Wirtschaft, in der Großkonzerne eine beherrschende Stellung haben, dezentral und über den Markt. Der Staat greift nur ein, wenn es nötig ist – beispielsweise wenn es um Soziales oder das Wettbewerbsrecht geht.

Gute Löhne und starke Gewerkschaften, die sie durchsetzen, sind ebenfalls eine wichtige Säule, ohne die das System Kapitalismus nicht funktioniert. Wichtig deshalb, weil auch die Arbeitnehmer profitieren müssen. Ohne sie gäbe es schließlich keine Märkte für die Waren.

Die Entstehung

Als der Kapitalismus etwa Mitte bis Ende des 18. Jahrhunderts in Nordengland entstand, geschah dies völlig unbemerkt. Eine der Voraussetzungen, die er zum Gedeihen brauchte, war das hohe Lohnniveau der Arbeiter. Es sorgte dafür, dass England international mit seinen Textilien nicht mehr konkurrenzfähig war. Erstmals lohnte sich nun der teure Einsatz von Technik, um produktiver zu werden und die ausländische Konkurrenz zu überflügeln.

Neue Techniken wie der mechanische Webstuhl, die mechanische Spinnmaschine und die Dampfmaschine machten diese Entwicklung möglich. Dazu kamen Investitionen in die Infrastruktur – in das neu entstehende Eisenbahnnetz und in den Ausbau von Kanälen und Straßen.



Die Dampfmaschine war Motor der neuen Technik

Erste Krisen

Die Wirtschaft wuchs und dennoch entstand in England eine Schieflage: Die breite Masse der Arbeitnehmer wurde immer ärmer. Grund dafür war das Fehlen einer wichtigen Säule des Kapitalismus: der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer.

Erst ihre Gründung und ihr Eintreten für die Arbeiter sorgten dafür, dass auch die Werktätigen profitierten, dass der Lebensstandard stieg und gleichzeitig die Wirtschaft weiter angekurbelt wurde.

Seine schlimmste Krise erlebte der Kapitalismus 1929: Am 24. Oktober, dem "Schwarzen Donnerstag", nahm die Weltwirtschaftskrise in den USA mit dem Börsencrash ihren Anfang.

Dem vorausgegangen waren Jahre steigender Produktivität und Gewinne, während die Löhne in den USA eher stagnierten. In der Folge schrumpfte der Absatzmarkt und die Unternehmer saßen buchstäblich auf ihrem Geld.

Zum Problem der zu geringen Löhne kam nun ein zweites hinzu: Die Kapitaleigner fingen an zu spekulieren und ihr Geld mehr oder minder unkontrolliert am Finanzmarkt zu vermehren, bis das Kartenhaus aus Scheingewinnen und Spekulationen in sich zusammenfiel.

Eine mehrjährige weltweite Wirtschaftskrise war die Folge. Schon damals zeigte sich, dass der Kapitalismus in manchen Bereichen auf einen starken Staat und auf Regulierungen angewiesen ist.



Beginn der Weltwirtschaftskrise: der Börsencrash in den USA

Was kommt danach?

Der Kapitalismus überstand die Krise – und wurde viele Jahrzehnte lang stärker reguliert. Mit dem Wegfall des "Konkurrenten" Kommunismus Ende der 1980er-Jahre änderte sich die Situation jedoch wieder. Vormals sozialistische Staaten wie Russland und China wandten sich der freien Marktwirtschaft zu.

Die kapitalistischen Staaten des Westens setzten auf Deregulierung, um Wachstumshemmnisse zu beseitigen. Eine neue Phase begann: die des sogenannten "Turbokapitalismus".

Und während an den Finanzmärkten Traumsummen verdient werden, tritt die Realwirtschaft auf der Stelle, die Löhne bleiben niedrig und die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich immer weiter.

Bereits zweimal kam es seit der Jahrtausendwende zu weltweiten Krisen, einmal ausgelöst durch die sogenannte "Dotcom-Blase" 2000, den Zusammenbruch des Markts für neue Technologieunternehmen. Und bereits 2007 wieder, nachdem in den USA die sogenannte "Immobilien-Blase" geplatzt war.